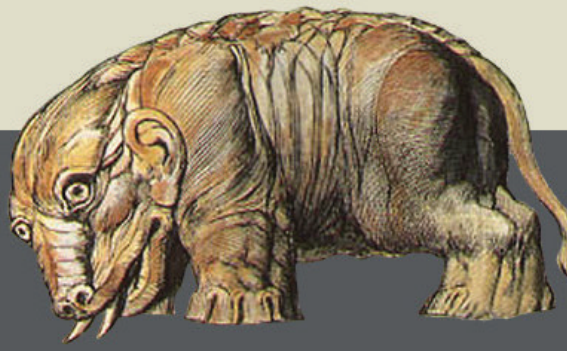
Behemoth
A Journal on Civilisation



VOL. 12 • NO. 2/2019

(DE-)RADIKALISIERUNG

Christoph Panzer

Christoph Panzer
Editorial: ‚Radikalisierung' zwischen semantischem Platzhalter und Schlüsselbegriff

Nadine Jukschat, Katharina Leimbach
Radikalisierung als hegemoniales Paradigma: Eine empiriebasierte kritische Bestandsaufnahme

Holger Marcks
Radikalismus und Extremismus als konträre Rationalitäten: Eine Radikalisierung des Radikalisierungsbegriffs

Manjana Sold, Hande Abay Gaspar
Wehrlos gegen Salafismus im Netz? Chancen und Grenzen von Gegennarrativen

Maik Fielitz, Philip Wallmeier
Exit als Radikalisierung: Zur Radikalität rechtsextremer Rückzugsbewegungen

Rezension *review*

Ole Bogner
Jan Klaus Müggenburg: Lebhafte Artefakte: Heinz von Foerster und die Maschinen des Biological Computer Laboratory

Maurits Heumann
Wendy Brown, Peter E. Gordon, Max Pensky: Authoritarianism. Three Inquiries in Critical Theory

Lukas Potsch
Sebastian Huhnholz: Von Carl Schmitt zu Hannah Arendt? Heidelberger Entstehungsspuren und bundesrepublikanische Liberalisierungsgeschichten von Reinhart Kosellecks Kritik und Krise

Florentine Schoog
Jürgen Link: Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne. Krise, New Normal, Populismus

http://ojs.ub.uni-freiburg.de/behemoth

10.6094/behemoth.2019.12.2.1021

BEHEMOTH A Journal on Civilisation
2019 Volume 12 Issue No. 2

Mitteilung der Herausgeberinnen und Herausgeber

Die Zusammensetzung des Herausgeberkreises der Zeitschrift hat sich verändert: Rebecca Pates und Wolfgang Fach, die 2008 die Idee für die Zeitschrift entwickelt und sie zusammen mit Ulrich Bröckling an der Universität Leipzig gegründet haben, haben ihre Mitarbeit am „Behemoth“ beendet. Wir danken den beiden herzlich für ihr langjähriges Engagement. Neu hinzugekommen als Herausgeber sind Andreas Langenohl von der Justus-Liebig-Universität Gießen und Frieder Vogelmann von der Universität Bremen. Beide sind der Zeitschrift schon länger als Autoren und Gutachter verbunden.

Einen Wechsel gab es auch in der Redaktion: Wibke Liebhart, die in den letzten beiden Jahren die Redaktionsgeschäfte geführt und den „Behemoth“ in dieser Zeit maßgeblich geprägt hat, ist zum Juli ausgeschieden, um eine Stelle als Redakteurin am Hamburger Institut für Sozialforschung anzutreten. Ein herzlicher Dank gilt auch ihr. Seit Oktober führen Amelie Bihl und Mila Obert gemeinsam die Redaktion. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den neuen Herausgebern und den beiden Redakteurinnen.

Die nächste Ausgabe zum Thema „The Politics of Techno-Futures“ erscheint im Juni 2020.

Für den Herausgeberkreis
Ulrich Bröckling

10.6094/behemoth.2019.12.2.1022

BEHEMOTH A Journal on Civilisation
2019 Volume 12 Issue No. 2

Editorial: ‚Radikalisierung' zwischen semantischem Platzhalter und Schlüsselbegriff

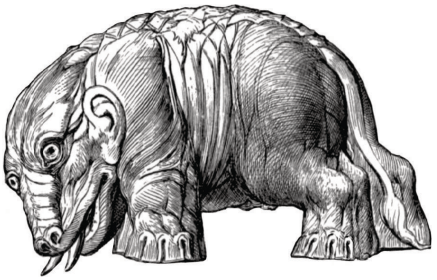
Christoph Panzer

Es gibt wohl kaum eine sicherheitspolitische Debatte, die gegenwärtig ohne den Begriff ‚Radikalisierung' auskommt. Er prägt staatliches Handeln auf den unterschiedlichsten Ebenen, in Polizei- und Verwaltungsapparaten ebenso wie in dezentralen Förderprogrammen; zivilgesellschaftliche Initiativen müssen sich ebenso zu ihm verhalten wie Wissenschaftler*innen. Der Politikwissenschaftler Reiner Becker spricht davon, dass er „für eine zukünftige historische Betrachtung unserer Zeit ein Schlüsselbegriff sein könnte." (2018, 5) Es sei zunächst dahingestellt, ob die Annahme einer solchen epochalen Bedeutung angemessen ist – als unstrittig kann gelten, dass der Begriff sich in den vergangenen Jahren vor allen Dingen in Reaktion auf die reale (manchmal auch imaginierte) Bedrohung durch dschihadistischen Terrorismus etabliert hat.

Etymologisch auf das lateinische *radix*, die Wurzel, zurückzuführen, knüpft der Begriff an bereits bestehende und lange tradierte Wissensbestände über die Einordnung bestimmter politischer Positionen oder Handlungsweisen als ‚radikal' und die Bedrohung der Ordnung durch ‚das Radikale' an. Bis Mitte der 2000er Jahre fand ‚Radikalisierung' vorrangig in der Selbst- und Fremdbeschreibung von politischen Handlungsformen, Weltanschauungen, Gruppen und sozialen Bewegungen Anwendung. Die Breite der durch diese Linse betrachteten Gegenstände wird schon anhand einiger weniger Beispiele deutlich: Paul Nolte (1994) greift in der Betrachtung der politischen Bewegungen in Baden Mitte des 19. Jahrhunderts auf das „zeitgenössische Selbstverständnis" (ebd., 234) liberal-demokratischer Kräfte als ‚radikal' zurück, Christian Scheider (1989) betrachtet damit politische Bewegungen im Jemen zur Zeit des sowjetischen Einflusses, Hans Mommsen (1976) fasst die Entwicklung des NS-Regimes als *kumulative Radikalisierung*, und auch Jürgen Falter (1982) beschreibt die Entwicklung des Wahlverhaltens in Deutschland vor 1933 als ‚Radikalisierung'. Besondere Bedeutung erhielt der Vorwurf der ‚Radikalisierung' in der Konfrontation mit den sozialen Bewegungen der späten 1960er und 1970er Jahre. Hier tauchte der Begriff vor allen Dingen zur Beschreibung einer vermeintlichen Gefahr und zur politischen Abgrenzung auf (vgl. exemplarisch Eick et al. 1971; sowie zur Begriffsbildung Mann 1971; für eine frühe Problematisierung der Effekte Gipser et al. 1984). Diese Bedeutung findet sich auch in Forschungsarbeiten zu anderen Themenfeldern, etwa in einem Vergleich des politischen Islam in Ägypten und der christlichen Befreiungstheologie in Brasilien (Sträter 2007) oder aktuell bei der Beschreibung der Entwicklung der AfD seit der Parteigründung 2014 (vgl. exemplarisch Häusler 2019; Ruhose 2019).

Dominant ist gegenwärtig jedoch ein anderes Verständnis, bei dem ‚Radikalisierung' als „durchweg pejorative Bezeichnung" fungiert, die „nicht

Die Realisierung dieser Ausgabe wäre ohne die Unterstützung durch Wibke Liebhart nicht möglich gewesen, die bis über das Ende ihrer Tätigkeit in der Redaktion des *Behemoth* hinaus den Entstehungsprozess begleitet und ermöglicht hat. Amelie Bihl und Mila Obert gilt mein Dank für ihre enorme Unterstützung im Abschluss dieses Prozesses, insbesondere für ihr Lektorat und den Satz.



mehr zur Selbstbezeichnung taugt“ (Reichardt 2017, 71; dazu auch Marcks in dieser Ausgabe) und bei dem explizit nicht Gruppierungen und Strukturen, sondern die handelnden Individuen im Fokus der Aufmerksamkeit stehen. Farhad Khosrokhavar unterscheidet in diesem Sinne zwischen ‚Terrorismus‘ und ‚Radikalisierung‘:

> Wenn es um den Begriff Terrorismus geht, interessiert sich der Soziologe weniger dafür, dass Individuen sich radikalisieren, als vielmehr für die politische und soziale Bedeutung des Problems. Die Rolle der Individuen, ihrer mentalen und psychischen Verfassung, bleibt der sozialen, politischen und internationalen Dynamik untergeordnet. Der Begriff der Radikalisierung dagegen lenkt die Aufmerksamkeit des Soziologen auf das Individuum, seine Subjektivität, die Modalitäten seiner Subjektwerdung und seines Anschlusses an die Gruppe. (Khosrokhavar 2016, 40)

Vom *War On Terror* zu *Radikalisierung*

In dieser Abgrenzung bilden sich Veränderungen gesellschaftlicher und sicherheitspolitischer Debatten seit *9/11* ab, seit den Anschlägen also, die zum „plot point“ (Seeßlen 2014) geworden sind.**[1]** Tatsächlich formulierte der damalige US-Präsident George W. Bush noch am Abend des 11. September 2001 eine Deutung der Geschehnisse als Kriegserklärung und sprach vom zu führenden globalen ‚War on Terror‘ (vgl. Kirchhoff 2018, 439). Der Feind war in dieser Terminologie klar verortet, die Bedrohung ging von einem internationalen Netzwerk aus, das in mehreren Ländern des Nahen Ostens bekämpft werden musste. Der Ursprung der Gewalt wurde in der als rückständig, mittelalterlich und antimodern beschriebenen Ideologie des Islamismus gesucht. Auf diesen beiden Ebenen sollte eine direkte militärische Konfrontation die treffende Antwort sein: Die räumliche Bestimmung markierte das Kampffeld, die Beschreibung der islamistischen Gewaltbegründung als vor- und antimodern gab dem ‚War on Terror‘ zusätzlich die Legitimation eines aufklärerischen Projekts.**[2]**

Diese militärische Antwort ist allerdings schon früh in mehrfacher Hinsicht gescheitert. Zunächst waren ‚Sieg‘ und ‚Niederlage‘ im Krieg gegen den Terror bald keine relevanten Kategorien mehr; die anfänglichen schnellen militärischen Erfolge wurden abgelöst durch mittlerweile fast zwei Jahrzehnte kontinuierlicher Kriegführung ohne absehbares Ende. Außerdem, und das ist der für die Etablierung des Begriffs ‚Radikalisierung‘ entscheidende Punkt, war spätestens im Umgang mit den Anschlägen in Madrid (2004) und London (2005) auch die Formel des „we are fighting them there, so we don’t have to fight them here“ (George W. Bush 2003, zit. nach Mullins 2016, 13) nicht mehr zu halten, die für die Einordnung der Anschläge als Kriegserklärung von außen entscheidend gewesen war. Bis zu diesem Zeitpunkt, so hält der ehemalige Mitarbeiter eines US-Geheimdienstes und heutige Terrorismusforscher Marc Sageman fest, „it was assumed that the danger to the West came from the outside“ (2017, 9). Nun aber wurden die Anschläge von Personen mit der Staatsbürgerschaft oder zumindest einem langfristigen Aufenthaltstitel in den Ländern verübt, die Ziel der Angriffe wa-

[1] Seeßlen charakterisiert „plot points“ als verdichtete Marker diskursiver Brüche: „Etwas ist dramatisch zu Ende gegangen, etwas muss vollkommen neu beginnen.“ (Seeßlen 2014, 3).

[2] Zu den (sicherheits-)politischen Auswirkungen der Metaphorik des ‚War on Terror‘ siehe ausführlich Kirchhoff (2018).

ren. Zwar konnte die ideologische Begründung der Taten, die dschihadistische Auslegung des Islam, weiterhin als Eindringen der Vormoderne in die moderne Gesellschaft verstanden werden, und die veränderte Bedrohungslage bedeutete auch nicht das Ende der militärischen Interventionen in Afghanistan, Irak, Pakistan oder aktuell auch in Mali. Dass es sich jetzt aber um einen „home-grown islamist terrorism" (Mullins 2016, XI) handelte und auch von einer direkten Steuerung der Attentate von außen nicht mehr zwingend ausgegangen werden konnte, warf eine andere Problemstellung als die der militärischen Feindbestimmung auf. Im Fokus der Betrachtung standen nunmehr eben diese handelnden Individuen – und die Frage danach, wie es sein kann, dass Menschen *so etwas* tun.**[3]** Genau diese Frage ist die Ausgangsfrage der „Radikalisierungsforschung", die „angetreten [ist], hierauf eine Antwort zu geben." (Jost 2017, 80)

Die frühen Verwendungen des Topos ‚Radikalisierung' in der Auseinandersetzung mit politisch motivierter Gewalt und insbesondere mit dschihadistischem Terrorismus gingen von einer passiven Indoktrinierung, einer Form des „brainwashing" (Crone 2016, 589) aus, in deren Verlauf „‚unremarkable' people" (Silber und Bhatt 2007, 5) zunehmend islamistische beziehungsweise dschihadistische Überzeugungen übernehmen. Terroristische Gewalt im Namen des Islam galt als die mehr oder weniger zwangsläufige Folge dieser weltanschaulichen Veränderung. Im Laufe der enormen Verbreitung des Begriffs und der Ausweitung seiner Verwendung zur Analyse anderer ‚Extremismen' in den vergangenen Jahren haben sich auch seine Bedeutungsdimensionen vervielfältigt. Unter dem Stichwort ‚Radikalisierung' werden unterschiedliche Fragen verhandelt und widersprüchliche Antwortversuche unternommen – ein Umstand, der zu starken Problematisierungen bis hin zur vollständigen Ablehnung des Begriffs geführt hat. Schon vor zehn Jahren hatte David R. Mandel die Frage aufgeworfen, ob mit „radicalization (…) no more than a catchall phrase or semantic placeholder designed to vaguely capture *what goes on before the bombs go off*" bezeichnet sei (2009, 107).**[4]** Anja Schmidt-Kleinert wiederum hat ‚Radikalisierung' als „Modebegriff" (2018, 39) bezeichnet, der „mehr konzeptionelle und empirische Probleme [schafft], als seine Verwendung zu lösen vermag" (ebd., 48), und festgehalten, dass der Minimalkonsens darüber, was damit bezeichnet wird, gegenwärtig nicht viel mehr als die Feststellung umfasst, dass es sich um einen Prozess handelt, „auf den Faktoren auf mehreren Interaktionsebenen (Mikro-, Meso- und Makroebene) einwirken" (ebd., 41). Andere Autor*innen betonen hingegen, dass die unterschiedlichen Konzeptualisierungen des Begriffs ein breites analytisches Instrumentarium zur Verfügung stellen und sozialwissenschaftliche Analysen der „Vielschichtigkeit eines sozialen Problems" so „mit entsprechend differenzierten und angemessenen Mitteln entgegentreten [können]." (Kiefer et al. 2017, 137) Erledigt sind die Auseinandersetzungen um den Begriff jedenfalls nicht: Derek Silva stellte für die Verwendung des Begriffs seit 2012 nicht nur fest, dass er sich weiter etabliert hat, sondern auch, dass die kritische Beschäftigung mit ihm insbesondere in akademischen Arbeiten stark zugenommen hat (Silva 2018, 5f.).

[3] Jan Philipp Reemtsma spricht von dieser Frage als sekundäre Verrätselung, die den Glauben an die Gewaltaversion der Moderne dann wiederherzustellen vermag, wenn eine schlichte Pathologisierung illegitimer Gewaltausübung nicht greift: „Anstatt sich darüber zu wundern, wie jemand derart verrückt sein kann, ‚so was' zu tun, wundert man sich darüber, daß ein Nicht-Verrückter ‚so was' getan hat und tun kann." (Reemtsma 2008, 8) Dass politische, auch dschihadistisch begründete Gewalt nicht das Resultat psychischer Störungen ist, ist vielfach gezeigt worden und wird in der einschlägigen Literatur regelmäßig betont (dazu etwa Dantschke 2014, 476; Manemann 2016, 91; Neumann 2017, 14; und grundlegend Böllinger 2015).

[4] Mandel spielt im hervorgehobenen Teil des Zitats auf eine Formulierung des Politikwissenschaftlers Peter Neumann an, der das *International Center for the Study of Radicalisation and Political Violence* (ICSR) am King's College London leitet und dessen Versuche, den Begriff analytisch zu schärfen für die Verbreitung und Etablierung von großer Bedeutung waren und das Begriffsverständnis bis heute prägen (vgl. Neumann 2008).

‚Radikalisierung' als Schlüsselbegriff

Über die unterschiedlichen Begriffsverständnisse und die analytischen wie empirischen Schwierigkeiten in Konzeptualisierungen von ‚Radikalisierung' ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden.**[5]** Diese Uneinigkeit ist gleichwohl „nicht als Defizit oder gar als Not zu verstehen" (Kiefer et al. 2017, 137), sondern hat einen funktionalen Aspekt: Weil keine Einigkeit darüber besteht, was mit dem Begriff bezeichnet wird, wie das jeweils bezeichnete Phänomen zu verstehen ist und erst recht nicht darüber, warum die beschriebenen Prozesse stattfinden, können unter einem gemeinsamen Begriff unterschiedliche Erklärungen und praktische Strategien gleichzeitig verfolgt werden, eine „Vielzahl von Maßnahmen, die auf unterschiedlichen Ebenen und Handlungsfeldern ansetzen" (El-Mafaalani et al. 2017, 235f.; vgl. auch Coppock und McGovern 2014, 245). Mit den unterschiedlichen Verständnissen von ‚Radikalisierung' gehen dabei in wissenschaftlichen wie medialen und politischen Debatten implizite und explizite Annahmen darüber einher, was das Problem ist und wie es analytisch und politisch gefasst werden sollte – und von dem produzierten Wissen hängt auch ab, welche gesellschaftlichen Reaktionen denkbar sind und umgesetzt werden, ob also etwa vor allen Dingen sicherheitspolitische Maßnahmen ergriffen werden, weil die Gewaltausübung als befürchteter Endpunkt zentral bearbeitet wird, oder ob sozialpolitische Antworten im Vordergrund stehen, um die angenommenen Ursachen von ‚Radikalisierung' zu bekämpfen.**[6]**

Dass die unterschiedlichen Lesarten und Konzeptualisierungen so auch praktisch eine große Wirkmacht entfalten, verleiht dem Begriff noch deutlich mehr Gewicht als der bloße Umstand seiner Verbreitung. Nicht trotz, sondern gerade wegen der Schwierigkeiten, ihn eindeutig und präzise zu definieren, kann ‚Radikalisierung' tatsächlich als Schlüsselbegriff, als „master signifier of the late ‚war on terror'" (Kundnani 2012, 3), bezeichnet werden:

> Schlüsselbegriffe, in denen sich die Signatur einer Zeit paradigmatisch verdichtet, sind selten rein deskriptiv. Ihr Anspruch ist gleichermaßen diagnostisch wie transformativ: Sie bündeln Herausforderungen, denen sich eine Epoche ausgesetzt sieht, und geben zugleich an, wie diesen zu begegnen wäre. Sie fordern zum Handeln auf und weisen ihm die Richtung. Ihr aufschließendes Potenzial erweist sich nicht zuletzt daran, dass sie in den unterschiedlichsten Feldern Verwendung finden. […] Dazu bedürfen sie einer gewissen Unschärfe. Sie lassen sich schwerlich exakt definieren, aber sie besitzen ein semantisches Gravitationszentrum und erzeugen ein Kraftfeld. (Bröckling 2017, 113)

Über die angesprochenen Unschärfen hinweg lassen sich als das „Gravitationszentrum" des Schlüsselbegriffs ‚Radikalisierung' zentrale Aufmerksamkeitsverschiebungen ausmachen. *Erstens* rückt der Topos wie beschrieben das Individuum anstelle der übergeordneten Organisationen in den Fokus (Frindte et al. 2017, 120; Khosrokhavar 2016, 40). *Zweitens* beinhaltet ‚Radikalisierung' mit der Verlagerung der Betrachtung in das Vorfeld der eigentlichen Gewaltausübung, vom „point where a terrorist or group of terrorists

[5] Überblicksdarstellungen der Debatten bieten Abay Gaspar et al. (2018), Borum (2011a, 2011b), Githens-Mazer und Lamber (2010), Kundnani (2012), Logvinov (2017), Malthaner (2017), Mandel (2009), Pisoiu (2012, 2013), Quent (2016), Schmidt-Kleinert (2018), Sedgwick (2010) und Silva (2018). Exemplarisch zu den praktischen Effekten des ‚Radikalisierungsparadigmas' vgl. auch den Beitrag von Jukschat und Leimbach in dieser Ausgabe.

[6] Zu den Implikationen unterschiedlicher Begriffsverständnisse vgl. Pisoiu (2015, 10ff.) Coppock/McGovern (2014) und Kundnani (2012).

would actually plan an attack“ zu einem „point where we believe the potential terrorist or group of terrorists begin and progress through a process of radicalization“ (Silber und Bhatt 2007, 14), eine deutliche temporale Dimension.**[7]** Durch diese veränderte Bedeutung des Individuums und die Fokussierung des Prozesses vor der eigentlichen Gewalttat wird *drittens* auch eine veränderte räumliche Aufmerksamkeit möglich: ‚Radikalisierung' kann überall passieren, die Bestimmung des Gegners ist nicht mehr notwendig die eines militärisch zu bekämpfenden Außen. Diese räumliche Verschiebung ist nicht nur Konsequenz, sondern wie oben verdeutlicht auch Ausgangspunkt der Etablierung des Topos ‚Radikalisierung', weil die Verortung des Problems außerhalb der angegriffenen westlichen Gesellschaften in der Folge der Anschläge in Madrid und London nicht mehr tragbar war.

Die drei Elemente ermöglichen ein Verständnis von ‚Radikalisierung' als Schlüsselbegriff der Gegenwart über die wechselnden zeitlichen oder kausalen Modelle und ihre Metaphoriken hinweg (vgl. dazu Reichardt 2017, 71ff.). Sie stehen für die vorliegende Ausgabe anstelle einer Arbeitsdefinition oder eines geteilten Begriffsverständnisses, weil auch die hier vorliegenden Beiträge als Interventionen in oder Beiträge zu den umrissenen Debatten um den Begriff ‚Radikalisierung' gelesen werden können. Sie fokussieren auf unterschiedliche Weise allesamt die Herausforderungen, die aus der gleichzeitigen Über- und Unterbestimmtheit des Begriffs (und seines Gegenbegriffs ‚Deradikalisierung') resultieren. In gewisser Weise fällt der Themenschwerpunkt der vorliegenden Ausgabe damit aus dem für den *Behemoth* üblichen Rahmen: Die sicherheitspolitische Aktualität und Bedeutung des fokussierten Begriffs sorgt auch bei analytischer Absicht für eine für dieses Format nicht unbedingt übliche Nähe zu eben diesen sicherheitspolitischen Diskursen. Das muss kein Nachteil sein: Die vertiefende Auseinandersetzung auf begrifflicher Ebene ebenso wie an konkreten Phänomenbereichen ist auch sozialtheoretisch von großer Bedeutung.

Zu den Beiträgen:

Nadine Jukschat und *Katharina Leimbach* widmen sich auf Basis der Erfahrungen im Forschungsprojekt *Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention* (Radigz), den Ursprüngen und Implikationen der einleitend beschriebenen Durchsetzung des ‚Radikalisierungsparadigmas' für Wissenschaft und Praxis. Entgegen der Tendenz zur von ihnen konstatierten analytischen Engführung plädieren sie für eine multiparadigmatische Öffnung der empirischen Forschung und der politischen Analyse.

Holger Marcks diskutiert auf Basis des sprachlichen und historischen Kerns von ‚Radikalisierung' die mit der Etablierung des Begriffs in der Forschung zu politischer Gewalt verbundene Verknüpfung radikaler emanzipatorischer Kritik mit Vorstellungen von politischem Extremismus. Marcks stellt dem entgegen, dass Radikalismus und Extremismus als unterschiedliche Rationalitäten zu verstehen sind, und erarbeitet auf dieser Basis begriffliche Abgrenzungs- und Präzisierungsvorschläge und unterscheidet ‚Radikalisierung' im Sinne einer Rückführung sozialer Probleme auf ihre strukturellen Ursachen von ‚Extremisierung' und ‚Militantisierung'.

[7] Die hier zitierte und für die Etablierung des Begriffs ‚Radikalisierung' eminent wichtige Studie des NYPD wurde zwischenzeitlich zurückgezogen, weil zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen sie für die Überwachung und Verdächtigung ganzer Bevölkerungsgruppen verantwortlich machten (Jenkins und Daddario 2016). Sie wird gleichwohl noch immer verwendet, um über Salafismus und Radikalisierung zu informieren, etwa vom bayrischen Innenministerium und dem dortigen Verfassungsschutz (Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr 2017).

Maik Fielitz und *Philip Wallmeier* nähern sich in ihrem Beitrag einem Phänomen, das sich im Grenzbereich dessen befindet, was als ‚Radikalisierung' beschrieben wird und loten auf diese Weise auch aus, welches analytische und empirische Potenzial der Begriff hat. In Anschluss an die aufgeworfenen Schwierigkeiten hinsichtlich der analytischen Schärfe des Radikalisierungsbegriffs richten sie den Blick auf Phänomene vermeintlichen oder tatsächlichen Rückzugs am Beispiel extrem rechter Siedlungsprojekte. Während geläufige Verständnisse von Radikalisierung die explizit öffentlichkeitswirksame, kommunikative Einmischung in politische Prozesse als wichtiges Merkmal fassen, häufig im Sinne des oft zitierten „what goes on before the bomb goes off" (Neumann 2008, 4), zeigen Fielitz und Wallmeier, warum auch Rückzugsstrategien Ausdruck von Radikalisierungsprozessen sein können.

Hande Abay Gaspar und *Manjana Sold* widmen sich hingegen explizit als Radikalisierung beschriebenen Prozessen auf Online-Plattformen und der Möglichkeit von Interventionen in die in diesem Rahmen spezifischen Dynamiken. Ihre Ausführungen zu Wirkweisen und Schwierigkeiten von Strategien der Gegenrede verdeutlichen anschaulich das trotz aller begrifflichen Schwierigkeiten bestehende deskriptive, analytische und praktische Potenzial des Begriffes.

Literatur

Abay Gaspar, H.; Daase, C.; Deitelhoff, N.; Junk, J.; Sold, M. (2018) *Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs*. Frankfurt am Main: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (2017) *Salafismus. Prävention durch Information, Fragen und Antworten*. München. https://www.antworten-auf-salafismus.de/imperia/md/content/stmas/salafismus/downloads/salafismus-praevention-durch-information-fragen-und-antworten.pdf (15/09/2019).

Becker, R. (2018) Editorial. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*. (2): 5–7.

Böllinger, L. (2015) Neurobiologie als Hilfswissenschaft der Strafjustiz? Zur Psychopathologisierung terroristischer Taten. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik,* 38/39(4/1): 25-51.

Borum, R. (2011a) Radicalization into violent extremism I: A review of social science theories. In: *Journal of Strategic Security*. 4(4): 7-36.

Borum, R. (2011b) Radicalization into violent extremism II: A review of conceptual models and empirical research. In: *Journal of Strategic Security*. 4 (4): 37-62.

Bröckling, U. (2017) Resilienz: Belastbar, flexibel, widerstandsfähig. In: ders. *Gute Hirten führen sanft: über Menschenregierungskünste*. Berlin: Suhrkamp.

Coppock, V.; McGovern, M. (2014) ‚Dangerous Minds'? Deconstructing Counter-Terrorism Discourse, Radicalisation and the ‚Psychological Vulnerability' of Muslim Children and Young People in Britain. In: *Children & Society*. 28(3): 242-256.

Crone, M. (2016): „Radicalization revisited: violence, politics and the skills of the body". In: *International Affairs*. 92(3): 587-604.

Dantschke, C. (2014) ‚Da habe ich etwas gesehen, was mir einen Sinn gibt.' Was macht Salafismus attraktiv und wie kann man diesem entgegenwirken?. In: Said, B. T.; Fouad, H. (eds.) *Salafismus: auf der Suche nach dem wahren Islam*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Eick, W.; Forschbach, C.-P.; Reichert, M.; Kierey, K.-J.; Gebauer, B. (eds.) (1971) *Radikalisierungs- und Demokratisierungstendenzen in der Schule*. Politische Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung und Karl-Arnold-Bildungsstätte.

El-Mafaalani, A.; Fathi, A.; Mansour, A.; Müller, J.; Nordbruch, G.; Waleciak, J. (2017) Prävention und Deradikalisierung. In: Biene, J.; Daase, C.; Junk, J.; Müller, H. (eds.) *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland: Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Falter, J. W. (1982) Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse. In: *Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozess*. Stuttgart, Klett-Cotta.

Frindte, W.; Ben Slama, B.; Dietrich, N.; Pisoiu, D.; Uhlmann, M.; Kausch, M. (2017): „Motivationen und Karrieren salafistischer Dschihadistinnen und Dschihadisten". In: Biene, Janusz; Daase, Christopher; Junk, Julian; Müller, H. (eds.) *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland: Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Gipser, D.; Klein-Schonnefeld, S.; Naffin, K.; Zillmer, H. (1984) ‚Analysen' zum Terrorismus: wissenschaftliche Bausteine gegen soziale Bewegungen. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik* 8(3): 40-66.

Githens-Mazer, J.; Lambert, R. (2010) Why conventional wisdom on radicalization fails: the persistence of a failed discourse. In: *International Affairs* 86(4): 889-901.

Häusler, A. (2019) „Kumulative Radikalisierung: Der völkisch-autoritäre Populismus der AfD". In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 32(1): 83-88.

Jenkins, B. M.; Daddario, R. (2016) A Symbolic Purging of the NYPD Radicalization Report. In: *The RAND Blog*. Santa Monica, California. https://www.rand.org/blog/2016/01/a-symbolic-purging-of-the-nypd-radicalization-report.html (15/09/2019)

Jost, J. (2017) Der Forschungsstand zum Thema Radikalisierung. In: *SIRIUS - Zeitschrift für Strategische Analysen*. 1(1): 80-89.

Khosrokhavar, F. (2016) *Radikalisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Kiefer, M.; Hüttermann, J.; Dziri, B.; Ceylan, R.; Roth, V.; Srowig, F.; Zick, A. (eds.) (2017) *‚Lasset uns in shaʿa Allah ein Plan machen': fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe*. Wiesbaden: Springer VS.

Kirchhoff, S. (2018) ‚War on Terror'. Politische Implikationen einer Metapher. In: Schellhöh, J.; Reichertz, J.; Heins, V. M.; Flender, A. (eds.) *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld: transcript.

Kundnani, A. (2012) Radicalisation: the journey of a concept. In: *Race & Class*. 54(2): 3-25.

Logvinov, M. (2017) „Stop being brainwashed by this notion of ‚radicalisation'". Das Radikalisierungsparadigma als analytische Sackgasse der Terrorismusforschung. In: *Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik* (9/10): 43-51.

Malthaner, S. (2017) Radicalization: The Evolution of an Analytical Paradigm. In: *European Journal of Sociology / Archives Européennes de Sociologie*. 58(3): 369-401.

Mandel, D. R. (2009) Radicalization: What does it mean. In: Pick, T. M.; Speckhard, A.; Jacuch, B. (eds.) *Home-grown terrorism: Understanding and addressing the root causes of radicalisation among groups with an immigrant heritage in Europe*. Amsterdam: IOS Press.

Manemann, J. (2016) *Der Dschihad und der Nihilismus des Westens: warum ziehen junge Europäer in den Krieg?* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Mann, G. (1971) *Radikalisierung und Mitte: zwei Vorträge*. Stuttgart: Klett.

Mommsen, H. (1976) Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes. In: *Meyers Lexikon*. München: Meyer.

Mullins, S. (2016) *‚Home-grown' jihad: understanding Islamist terrorism in the US and UK*. London u.a.: Imperial College Press.

Neumann, P. (2017) *Der Terror ist unter uns: Dschihadismus und Radikalisierung in Europa*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Neumann, P. (2008) Introduction. In: *Perspectives on Radicalisation and Political Violence. Papers from the first International Conference on Radicalisation and Political Violence*. London: ICSR. 3-7.

Nolte, P. (1994) *Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800 - 1850 ; Tradition - Radikalismus - Republik*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Pisoiu, D. (2013) Coming to Believe ‚Truths' About Islamist Radicalization in Europe. In: *Terrorism and Political Violence*. 25(2): 246-263.

Pisoiu, D. (2012) *Islamist radicalisation in Europe: an occupational change process*. Abingdon u.a.: Routledge.

Quent, M. (2016) *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus: wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*. Weinheim: Beltz Juventa.

Reemtsma, J.P. (2008) Die Natur der Gewalt als Problem der Soziologie. In: *Mittelweg 36*. 15(5): 2-25.

Reichardt, S. (2017) Radikalisierung. In: *Geschichte und Gesellschaft*. 43(1): 68-91.

Ruhose, F. (2019) Radikalisierung und Provokation – ein anderer Umgang im Bundestag. In: Ruhose, Fedor (ed.) *Die AfD im Deutschen Bundestag: Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Sageman, M. (2017) *Misunderstanding terrorism*. Philadelphia, Pennsylvania: University of Pennsylvania Press.

Scheider, C. (1989) *Der südliche Jemen und die Sowjetunion: Großmachtengagement und politische Radikalisierung in der Dritten Welt*. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.

Schmidt-Kleinert, A. (2018) Ein kritischer Blick auf die Radikalisierungsforschung. Ein Essay. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*. (2): 39–51.

Sedgwick, M. (2010) The Concept of Radicalization as a Source of Confusion. In: *Terrorism and Political Violence*. 22(4): 479-494.

Seeßlen, G. (2014) Die Bilderfalle. In: *Jungle World/ dschungel*, 23.10.2014. 2–5.

Silber, M.D.; Bhatt, A. (2007) *Radicalization in the West: The Homegrown Threat*. New York: New York Police Department.

Silva, D. (2018) ‚Radicalisation: the journey of a concept', revisited. In: *Race & Class* 59(4): 1-20.

Sträter, B. (2007) *Zwischen Radikalisierung und Integration: Politischer Islam in Ägypten und christliche Befreiungstheorie in Brasilien*. Baden-Baden: Nomos.

10.6094/behemoth.2019.12.2.1023

BEHEMOTH A Journal on Civilisation
2019 Volume 12 Issue No. 2

Radikalisierung als hegemoniales Paradigma

Eine empiriebasierte kritische Bestandsaufnahme

Radicalization as a Hegemonic Paradigm

An Empirically-Based Critical Review

Nadine Jukschat, Katharina Leimbach

Abstract

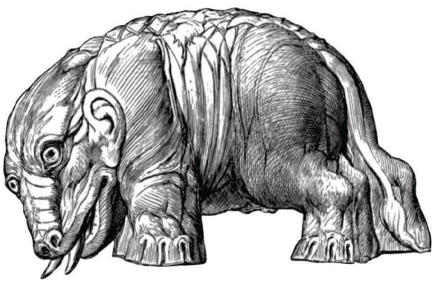
Drawing on experiences within the research alliance "Radicalization within the Digital Age" we show how radicalization became a hegemonic paradigm in research as well as in practice. Our contribution is based on qualitative interviews with experts of radicalization prevention programs on one hand, and on the other hand on qualitative in-depth interviews with (former) radicalized persons. Under the reflection of our own research practice, we analyze the radicalization paradigm as a consequence of securitization and show how the interaction of political interests and academic discourse of radicalization are affecting the interpretations of practitioners. The emerging interdependencies are a reason to plead for multi-paradigmatic research. Drawing on alternative perspectives, radicalization cannot be understood only as an individual and pathologic behavior of single persons, but as a result of special social contexts and discourses.

Keywords, dt.: Radikalisierung (revisited), qualitative Methoden, staatliche Intervention, Prävention

Keywords, engl.: Radicalization (revisited), Qualitative Methods, Governmental Intervention, Prevention

Nadine Jukschat is a postdoctoral researcher at the German Youth Institute. From 2010 to 2018, she worked at the Criminological Research Institute of Lower Saxony, where she inter alia coordinated the project "Radicalization within the digital age – risks, processes and strategies for prevention (RadigZ)". She is interested in research on deviance and social problems in general and political socialization and radicalization in particular, with a focus on qualitative research methods. **E-Mail: jukschat@dji.de**

Katharina Leimbach is a Ph.D. student and works at the Criminal Justice Institute of the Leibniz University of Hannover. The Criminal Justice Institute runs a subproject of the research alliance "Radicalization within the digital age – risks, processes and strategies for prevention (RadigZ)", where she is responsible for the implementation of the qualitative analysis. The main research interests concern sociology of crime, qualitative criminology, social problems and social control.
E-Mail: katharina.leimbach@jura.uni-hannover.de



Einleitung

Im Rahmen des Forschungsverbundprojektes *Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (Radigz)*, das 2017 startete und neben mehreren anderen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten sozialwissenschaftlichen Verbundprojekten in der Förderlinie Zivile Sicherheit – Aspekte und Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung angelegt ist, begannen wir mit unserer Forschung zu rechtsextremistischen und islamistischen (De-)Radikalisierungsprozessen. Innerhalb zweier Teilvorhaben des Projektes verfolgten wir unterschiedliche Ziele: Das Nachzeichnen von islamistischen Radikalisierungsprozessen anhand biografisch-narrativer Interviews und eine qualitative Bestandsaufnahme bestehender Präventionsmaßnahmen über Expert*innen- und Adressat*inneninterviews. Der Artikel baut auf einer Gesamtschau dieser Daten und den Felderfahrungen auf, die Anlass für unser wachsendes Unbehagen mit den bestehenden Diskursen um Radikalisierung bilden.

Vor dem Hintergrund aktueller Dynamiken der Versicherheitlichung richten wir einen kritischen, theoretisch informierten Blick auf das Radikalisierungsparadigma und die damit verknüpften wissenschaftlichen und fachpraktischen Spezialdiskurse (Foucault 1974, 15ff.) und kontrastieren diese Bestandsaufnahme anschließend mit unseren Felderfahrungen und den Ergebnissen der Interviews. Dabei werden die Dynamiken sichtbar, durch die sich der Forschungsgegenstand eindimensional verengt, was uns im Fazit zu einem Plädoyer für das Ablegen der diskursiv fest verankerten Radikalisierungsbrille und die Hinwendung zu einem multiparadigmatischen Forschungsansatz bringt.

Versicherheitlichung, Prävention und das Radikalisierungsparadigma – eine Symbiose?

Zeitdiagnostische Ansätze haben sich bereits in der Vergangenheit mit der Zunahme staatlicher Sicherheitsorientierungen in der Bundesrepublik beschäftigt und Sicherheit als „Schlüsselkonzept“ staatlichen Handelns beschrieben (Singelnstein/Stolle 2012, 122). Dieser ‚Trend‘ sei nicht nur eine gesellschaftliche Anstrengung, sondern als ein „Regime des alltäglichen Lebens“ (Legnaro 1997, 271) in die subjektiven Lebenswelten diffundiert (Dollinger/Schmidt-Semisch 2016). Dies korrespondiert mit einer zunehmenden „Versicherheitlichung“ sozialer Probleme (Brand 2016; Dollinger et al. 2018; Schabdach 2011). Staatliches Handeln im Interesse der (Wieder-)Herstellung oder Bewahrung einer sicheren Ordnung legitimiert sich durch eine omnipräsente Kommunikation von politischen und massenmedialen Akteur*innen über stetige Bedrohungslagen und Risiken: Denn Projekte des Schutzes sind verstärkt zu einem beliebten Tätigkeitsfeld des Staates geworden und reihen sich in die von Zedner (2007) diagnostizierte „pre-crime“-Orientierung neuerer Sicherheitspolitiken ein. Radikalisierung und die Angst vor Terroranschlägen sind – als extreme Randerscheinungen und ganz unabhängig von ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit – zu einer Bedrohungslage konstruiert worden, der gesamtgesellschaftlich entgegnet werden müsse. Prävention als vorbeugendes Handeln ist dabei zu einem „übergrei-

fenden Modus des Zukunftsmanagements zeitgenössischer Gesellschaften“ (Bröckling 2008, 47) avanciert, was das frühzeitige Einschreiten mittels Risiko-Kategorisierung und Erfassung ins Zentrum rückt (Dollinger 2014, 307). Dadurch findet die Sicherheitsorientierung auch Einzug in das Wissenschaftssystem, denn der Bedarf an Erkenntnissen über Radikalisierung hat in den vergangenen Jahren zu umfangreich aufgelegten und ökonomisch sehr gut ausgestatteten Forschungsförderungsprogrammen zur Förderung der (zivilen) Sicherheit, etwa der Europäischen Union oder des BMBF (siehe hierzu: European Commission 2019; Rahmenprogramm der Bundesregierung zur Förderung der zivilen Sicherheit 2018), geführt. In diesem Kontext ist das „Radikalisierungsparadigma“ zum „heiligen Gral“ (Logvinov 2018, 4) avanciert, der sich jedoch als konzeptionell wie analytisch schwach und mit Blick auf seine gesellschaftlichen Implikationen problematisch erweist. Besonders problematisch daran ist, dass unter der Hegemonie dieses Paradigmas alternative Problembeschreibungen und analytische Perspektiven tendenziell marginalisiert beziehungsweise verstellt werden. Wie bereits frühere (Diskurs-)Analysen um den Begriff der Radikalisierung zeigen konnten, haben sich Perspektiven durchgesetzt, die Radikalisierung als ein soziales Problem der inneren Sicherheit**[1]** fassen und beschränken (Borum 2012; Githens-Mazer 2012), was ontologische und ergebnisoffene Forschung erschwert.

Die Betrachtung der gängigsten und einflussreichsten Radikalisierungstheorien bzw. -modellierungen zeigt, dass diese typischerweise auf islamistische Radikalisierung fokussieren (Logvinov 2019, 24), ein sich radikalisierendes Individuum ins Zentrum stellen und lineare Prozesse unterstellen (Schmidt-Kleinert 2018), die je nach Modell zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Faktoren als besonders relevant erachten.**[2]** Dieser Determinismus zeigt sich auch begrifflich: So spricht beispielsweise Borum (2011) vom „Vier-Stufen-Modell“, Moghadam (2005) vom „Treppenhaus-Modell“ oder Wiktorowicz (2005) vom „Vier-Phasen-Modell“.

Wissenschaft und Praxis sind im versicherheitlichten Feld eng verbunden und produzieren ihre Perspektiven auf den Gegenstand in wechselseitiger Verstärkung, wie die sowohl wissenschaftlichen wie fachpraktischen Bestrebungen zur Entwicklung und des Einsatzes von Instrumenten zur Risikoprognose (King et al. 2018) exemplarisch zeigen: Diese Instrumente, etwa das „Terrorist Radicalization Assessment Protocol“ (TRAP-18), nutzen typischerweise psychologische Kategorien und sollen Erkenntnisse über Persönlichkeitsmerkmale der betreffenden Individuen liefern (Logvinov 2019, 2). Soziale und politische Determinanten werden damit nicht beachtet; stattdessen fokussieren diese Instrumente die Individualisierung dieser und unterstellen eine Korrelation zwischen Radikalisierung, Terrorismus und psychopathologischen Auffälligkeiten.**[3]** Obwohl psychologische Studien (Victoroff 2005; Borum 2004) keine klinischen Auffälligkeiten bei islamistischen Terroristen feststellen konnten, entwickeln sich dennoch aktuell Bestrebungen, einen Zusammenhang zu erschließen (Kudlacek 2018; Logvinov 2019; Misiak et al. 2019). Hier schließt die Beobachtung an, dass in der Praxis der Deradikalisierungsarbeit Klient*innen zum Teil als „Betroffene“ oder „Indexperson“ bezeichnet werden, wodurch medizinische Konzeptionen aufgerufen werden: Radikalisierung wird so in der Logik infektiöser Erkrankung begriffen. Indem sich auf diese Weise pathologisierende

[1] Dieser Beitrag will keine systematische Analyse bestehender Literatur um Radikalisierung leisten, sondern die hegemonialen Diskurse innerhalb der Radikalisierungsforschung darstellen. So plädiert z. B. auch Khosrokhavar (2016) für eine Radikalisierungsforschung abseits von Sicherheitsinteressen, erweitert und differenziert aber mit seinem sozialwissenschaftlichen Blick primär den Gegenstand um weitere Erklärungsdimensionen, ohne grundsätzlich das Konzept der Radikalisierung zu hinterfragen.

[2] Bemerkenswert ist, dass die Modellierungen vielfach primär auf Basis theoretischer Überlegungen erfolgen und empirische Forschungen das Phänomen ‚Radikalisierung‘ nur in seltensten Fällen beobachten und untersuchen können (Ceylan/Kiefer 2018, 7).

[3] Auf die Mechanismen der gesellschaftlichen Konstruktion von ‚psychopathologischen Auffälligkeiten‘ kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Es sei aber verwiesen auf die Einbettung psychischer Erkrankungen im Kontext der Konstruktion sozialer Probleme (Kilian 2012; Groenemeyer 2008).

Konstruktionen an politische Abweichungen heften, entsteht eine antagonistische Konnotation zwischen „Abweichung – Extrem – Krank“ und „Normal – Mitte – Gesund“, die auch Oppenhäuser (2011, 48) feststellte. Durch die Verbindung beider Diskurse (politisch und psychopathologisch) werden Abweichungen zur individuellen Abnormalität erklärt.

Die Suche nach psychopathologischen Auffälligkeiten bei Terroristen ist, genauso wie die Radikalisierungsmodelle, die eine Reihe von Risikofaktoren benennen, ein komplexitätsreduzierender Versuch, das vermeintlich ‚Abnormale‘ zu erklären. Die Möglichkeit, dass es sich um ‚normale Menschen‘ handelt, wird von „massenmedial angeheizten Angst- und Erregungsdiskursen der Gegenwart“ überlagert (Witte 2018, 256). Komplementär dazu wird im Radikalisierungsparadigma eine ‚normale‘ Mitte konstruiert und entproblematisiert, denn solange Extremismus als Endpunkt von Radikalisierung gedacht wird, bleibt das Extremismuskonzept mit seiner hufeisenförmigen Gesellschaftsvorstellung letztlich theoretischer Bezugspunkt (Schmidt-Kleinert 2018). Dabei gibt es von Seiten einer kritischen Rechtsextremismusforschung schon seit Längerem Kritik an diesen Vorstellungen. Insbesondere wird die mit dem Hufeisenmodell verbundene dualistische Annahme problematisiert, dass eine als konform unterstellte politische Mitte der Gesellschaft durch einen Rechtsextremismus auf der einen Seite und einen Linksextremismus auf der anderen Seite gleichermaßen gefährdet werde (siehe hierzu: Oppenhäuser 2011; Falter 2011).

Bereits diese knappe theoretische Bestandsaufnahme macht sichtbar, wie gesellschaftliche Großerzählungen von Bedrohung sich mit politischen Sicherheitsinteressen verzahnen und über Forschungsförderung in die Wissenschaft hineinwirken. Über Fördergelder wird eine Radikalisierungsforschung protegiert, deren Erkenntnisgewinn daran ausgerichtet ist, Radikalisierung unter der Folie von versicherheitlichter, individualisierter und subsumtionslogisch geordneter Radikalisierungsforschung zu betrachten, deren Befunde wiederum in den wissenschaftlichen, fachpraktischen und gesellschaftlichen Diskurs zurückwirken.

‚Der Radikalisierte‘ als Figur – Einsichten qualitativer Feldforschungen

Im Folgenden beziehen wir uns auf zwei interviewbasierte Teilstudien, die wir innerhalb des Projektes RadigZ durchgeführt haben. Zum einen interessierten uns dabei das Expert*innenwissen und die fachpraktischen Deutungen rund um das Thema (De-)Radikalisierung. Hierfür wurden 28 Expert*innen in ihren Rollen, unter anderem als Sozialpädagog*innen von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Ausstiegshilfen, Beratungsstellen und Mitarbeiter*innen von Verfassungsschutzämtern, Polizeidienststellen, Wissenschaftler*innen und politische Akteur*innen, angesprochen. Zum anderen sollte es aber auch darum gehen, (De-)Radikalisierungsprozesse im Phänomenbereich des Rechtsextremismus wie auch des demokratiefeindlichen und gewaltorientierten Islamismus zu rekonstruieren, wofür unter anderem 13 biographisch-narrative Interviews im Justizvollzugskontext geführt wurden.

Im Zuge unserer Feldforschungen erlebten wir wiederholt, welche Wirkmächtigkeit der Diskurs um Radikalisierung hat und wie dieser durch Versicherheitlichung (Brand 2016) beeinflusst wird. Exemplarisch hierfür stehen unsere Erfahrungen beim Feldzugang über den Justizvollzug für die Rekonstruktion von (De-)Radikalisierungsprozessen aus biografischer Perspektive. Insbesondere beim Zugang zum Themenfeld des demokratiefeindlichen und gewaltorientierten Islamismus beobachteten wir eine ausgeprägte Hypersensibilität bei den Vollzugsbediensteten. Diese äußerte sich dadurch, dass uns mehrheitlich vermeintlich ‚radikalisierte' Interviewpartner vermittelt wurden, die, wie sich im biografischen Interview und der rekonstruktiven Analyse zeigte, weder demokratiefeindliche Positionen vertraten noch mit islamistischen Akteur*innen sympathisierten. So stellte sich beispielsweise während eines Interviews mit einem türkischstämmigen Inhaftierten heraus, dass dieser nicht, wie vom Vollzugsbediensteten kategorisiert, ein Islamist, sondern ein bekennender Aktivist der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) ist. In einem anderen Fall erwies sich der Interviewte als kurdischer Jeside. Im Gegensatz dazu war die Zuordnung bei der Vermittlung rechtsextremistisch radikalisierter Personen deutlich klarer.**[4]** Ein*e Expert*in versucht zu erklären, wie es in Bezug auf Islamismus zu solch spezifischen Unsicherheiten kommen kann:

> *Aber es ist anknüpfungsfähig, weil jeder, der in Deutschland sozialisiert wurde, irgendwie was mit Rechtsextremismus anfangen kann. Das ist irgendwie kulturnahe, ne, also damit kann man irgendwie arbeiten. Beim Islamismus ist es ein bisschen schwieriger, weil da eine große Verunsicherung ist, erst mal: Islam, Islamismus, wo ist der Unterschied?* (E-I-22, Z. 285-289)

Das Phänomen „Islamismus" wird als besonders ‚fremd' markiert und über die rhetorische Frage, wo denn der Unterschied liege zwischen Islam und Islamismus konzeptionell mit dem Islam verknüpft. Hierdurch verschwimmen die Grenzen zwischen Religiosität und Extremismus und Muslime drohen generell unter Radikalisierungsverdacht zu geraten.

Auch in den Expert*inneninterviews mit staatlichen Präventions- und Interventionsakteuren zeigt sich: Im Themenfeld des gewaltbereiten, demokratiefeindlichen Islamismus werden die Bedrohungsszenarien dramatisiert, indem die Vorstellung vorherrscht, jede*r (muslimische) Jugendliche sei gefährdet, sich zu radikalisieren. Personen aus rechtsextremistischen Milieus hingegen werden konkret beschrieben. Entsprechend fällt die Problembeschreibung hier sehr viel weniger diffus aus und das Problem erscheint handhabbarer und weniger bedrohlich. Mehrheitlich attestierten die Ausstiegsbegleiter*innen im Phänomenbereich des Rechtsextremismus ihren Klient*innen schwierige Biografien und konstruierten eine spezifische Problemgruppe, indem sie unterschiedliche strukturelle Problemlagen an die individuellen Biografien der Adressaten*innen hefteten (Leimbach 2019). So wird Rechtsextremismus durch eine starke Individualisierung sozialer Probleme relativiert. Indem unter dem Label ‚Rechtsextremist*in' fast ausschließlich bildungsferne und deviante Männer gefasst werden, werden strukturelle Elemente von Rechtsextremismus verkannt und an den Rand der Gesellschaft verlagert. Eine vertikale Verteilung von Rechtsextremismus,

[4] Dieser Befund korrespondiert mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug und der Bewährungshilfe", die „eine deutlich selektive Sensibilität" einiger Fachkräfte im Strafvollzug bezüglich der beiden Phänomenbereiche konstatieren – „geschärft beim Phänomen des demokratiefeindlichen Islamismus, relativierend bzw. uninteressiert in Bezug auf Rechtsextremismus" (Jakob et. al. 2019, 5).

die alle gesellschaftlichen Milieus kreuzt (Koppetsch 2019) oder eine tieferliegende Verankerung rechtsextremistischer Orientierungen in Deutschland kann so nicht adressiert werden. Das verwendete Narrativ der Ausstiegsbegleiter*innen über deviante und bildungsferne Männer verdeutlicht die Verlagerung des Problems an den gesellschaftlichen Rand und missachtet gesamtgesellschaftliche Verästelungen des Rechtsextremismus. Dies hat zur Folge, dass die ubiquitäre Unterstellung großer sozialer und kognitiver Defizite zur symbolischen Figur wird und das Label ‚Gefährlichkeit' anders als bei der Konstruktion islamistisch radikalisierter Adressat*innen nicht immanent wird. Dabei entsteht in den Interviews der Eindruck, dass durch die konkreten Vorstellungen von Rechsextremist*innen auch konkrete Maßnahmen ergriffen werden können und nach dem Motto ‚Gefahr erkannt, Gefahr gebannt' agiert wird.

Während Adressat*innen aus rechtsextremistischen Zusammenhängen konkret charakterisiert werden, findet eine starke Diversifizierung bei der Beschreibung islamistisch-radikalisierter Adressat*innen statt, was eine Entdifferenzierung der Risikogruppe impliziert und mit generalisiertem Verdacht einhergeht. Exemplarisch steht hier die Äußerung eines Experten, der bei einem (zivilgesellschaftlichen)**[5]** Deradikalisierungsprogramm für Islamismus in leitender Position steht:

> *alles wird zum Grund für Radikalisierung und wenn ich alles sage, meine ich alles, AUSNAHMSLOS alles. Immer dann, wenn die Not groß ist und die ist als junger Mensch groß, kann daraus eine Radikalisierung werden.* (E-10, Z. 966-969)**[6]**

So wird Radikalisierung zu einem Begriff, der jedweder Konkretisierung und Analytik entbehrt und fast ausschließlich mit islamistischer Radikalisierung assoziiert wird. Eine solch unspezifische Problembeschreibung erweist sich nicht nur als unproduktiv in der konkreten pädagogischen Praxis**[7]**; sie trägt auch wesentlich zur (Re-)Produktion einer homogenen Bedrohungssituation bei, in der Adoleszenz sui generis zur Gefahr wird.

Diese Konstruktion einer extrem diversen (potenziellen) Adressat*innenschaft im Phänomenbereich des Islamismus spiegelt die Uneinigkeit empirischer Studien wider. So untersuchte eine österreichische Studie ausschließlich die Radikalisierungsprozesse von Migrant*innen aus islamisch geprägten Ländern und kam somit zu dem Schluss, dass die Religion ein bedeutender Faktor sei (Aslan et al. 2018); eine weitere Studie aus dem BKA stellte einen Zusammenhang zwischen Radikalisierung und biographischen Diskontinuitäten fest (Lützinger 2010). Der international einflussreiche Extremismusforscher Peter Neumann hingegen sieht so unterschiedliche Gruppen wie Jugendliche, Migrant*innen mit Anpassungsschwierigkeiten, „Einsame Wölfe", „Gangster" ohne Perspektive oder Frauen, die sich traditionelle Verhältnisse zurückwünschen, in der Gefahr, sich durch das Internet zu radikalisieren (Neumann 2017). Diese Heterogenisierungen verstärken den Eindruck ständiger Bedrohung und sind ein dramatisierendes Element zur Konstruktion einer Problemgruppe (Negnal 2016). Dass in Interviews mit Expert*innen der Islamismusprävention Darstellungen dramatisiert werden, um Problemgruppen zu konstruieren, konnten jüngst auch Figlestahler und Schau (2019) rekonstruieren. Dabei beobachten sie eine Gleich-

[5] Die Bezeichnung eines Programmes für Deradikalisierung als ‚zivilgesellschaftlich' ist zwar faktisch richtig, aber insofern irreführend, als dass diese dennoch von staatlicher Seite stark subventioniert werden, beispielsweise im Rahmen der Förderlinie „Demokratie leben!" des BMFSFJ.

[6] Aus dem Kontext des Interviews geht hervor, dass sich der*die Interviewpartner*in hier auf religiös-motivierte Radikalisierung bezieht.

[7] Dies wird besonders offensichtlich, wenn Expert*innen konkrete Beratungsprozesse im Setting von Einzelcoachings beschreiben: Dann stehen nicht ‚Radikalisierungen' im Zentrum, sondern die Arbeit mit dem Werkzeugkoffer Sozialer Arbeit an konkreten biografischen Problemen – etwa Familienkonflikte, Herstellung sozialer Bindungen, Identitätsfragen oder auch ganz alltagspraktische Dinge wie die Unterstützung bei Amtsgängen.

zeitigkeit von Dynamiken der Dramatisierung und versachlichender Relativierung, die auf eine ambivalente Präventionslogik hindeuten: Präventionsarbeit erscheint notwendig und zugleich erfolgreich.

Radikalisierung ist zu einer hegemonialen Deutung im Kontext von Prävention und Intervention insbesondere zur Verhinderung von Islamismus geworden. Der Begriff der Radikalisierung wird fast ausschließlich zur Beschreibung von islamistischen Entwicklungsprozessen verwendet, während beim Rechtsextremismus weniger besetzte Begriffe wie ‚Hinwendung' und ‚Abwendung' anstelle von ‚Deradikalisierung' genutzt werden. Erst im Kontrast mit den Interviews aus Kontexten der Rechtsextremismusprävention wird die Reichweite der diskursiven Verknüpfung von Radikalisierung und Islamismus in aller Deutlichkeit erkennbar.

Die Konstruktion einer gefährdeten und gleichsam gefährlichen Jugend insbesondere bei Interventionsprogrammen zur Verhinderung religiös begründeter Radikalisierung, korreliert mit Dynamiken der Versicherheitlichung. Durch eine gesteigerte Förderung präventiver Maßnahmen und eine engere praktische und konzeptionelle Verzahnung von pädagogischer Praxis mit sicherheitsbehördlichen und justiziellen Akteuren (Schuhmacher 2018) bei gleichzeitiger Unterfinanzierung sozialarbeiterischer Regelstrukturen, greift die Sicherheitslogik in diese alltägliche Arbeit ein – wie das folgende Zitat eines Beraters zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden offenlegt:

> *Wir arbeiten oft partnerschaftlich zusammen. Wir haben bestimmte Situationen, wo wir uns abgrenzen müssen, das ist aber allen bewusst, also wenn dann (klatscht) ein Beamter hier anruft und sagt ‚ich hätte ganz gern mal was gewusst über den und den', dann müssen wir (klatscht) eben mal sagen ‚nee, da ist jetzt gerade nicht so unser Stil', insbesondere nicht weil ja auch wie in 99 Prozent der Fälle oder 95 Prozent der Fälle an keiner Stelle eine Gefahr besteht.* (E-10, Z. 312-317)

Die sichtbaren Abgrenzungsbestrebungen des Beraters gegenüber den Informationsinteressen der Sicherheitsbehörden bei gleichzeitiger Anerkennung einer Notwendigkeit der Kooperation exemplifizieren das Ringen der Projekte um einen pädagogischen Zugriff auf Klient*innen im versicherheitlichten Handlungsfeld. Auffällig ist, wie in der Aussage, dass „in 99 Prozent der Fälle oder 95 Prozent der Fälle an keiner Stelle eine Gefahr besteht", die Sicherheitslogik auch für die Projekte selbst implizit eine relevante Bewertungsfolie darstellt. So findet nicht allein ein Abschätzen des Hilfebedarfs des*der Klient*in statt, sondern implizit stets auch eine Risikoeinschätzung über die von den Klient*innen potentiell ausgehende Gefahr. Diese Ambivalenz von Hilfe und Sicherheit zeigt sich auch an anderen Stellen, etwa wenn der Berater sagt:

> *Wir machen keine Einschätzungen. Klar machen wir irgendwie Voreinschätzungen, wo es einfach gefährlich oder wann kann was passieren, aber es ist nicht so, dass wir sowas Labeln.* (E-10, Z. 777-779).

Versicherheitlichung geht damit nicht nur Hand in Hand mit dem Radikalisierungsparadigma, sondern wirkt auch in die pädagogische Praxis hinein, sprich: Klient*innen, die in Projekten der Deradikalisierung/Ausstiegsbegleitung betreut werden, werden immer auch unter Sicherheitsgesichtspunkten verhandelt.

Das Kategorisieren von Präventionsakteur*innen im Kontext kriminalpräventiver Sozialpädagogik verlief bisher entlang normativer Vorstellungen von ‚normal' und ‚abweichend'. Im Kontext von Extremismusprävention lässt sich eine Umdeutung nachvollziehen, innerhalb derer anhand der Konzepte ‚gefährlich' und ‚ungefährlich' agiert wird. Sowohl durch Dritte als auch durch die Projekte selbst erfolgt somit eine implizite Sicherheitsprüfung. Als moralische Unternehmer*innen (Becker 2014) nehmen Präventionsakteur*innen Einfluss auf Diskurse um Abweichung. Über die neue Gefährlichkeitskonstruktion wird ein symbolischer Diskurs (Bourdieu 1997) geprägt, der den Rechtsextremismus tendenziell relativiert und den Islamismus dramatisiert. In diesem Kontext ist das Verhandeln von Gefährlichkeit nicht nur als Konstruktionselement einer Problemgruppe zu verstehen, sondern (re-)produziert Prozesse um eine zunehmenden Versicherheitlichung.

Diese Einsichten aus dem Feld – sowohl im Rahmen der Interviewstudie zu rechtsextremistischen und islamistischen (De-)Radikalisierungsprozessen als auch der Präventionsbestandsaufnahme – führen vor Augen, als wie wenig produktiv sich das versicherheitlichte Radikalisierungsparadigma sowohl für die wissenschaftliche Analyse als auch für die pädagogische Praxis erweist. Sie verdeutlichen darüber hinaus die damit einhergehenden problematischen Implikationen: zum einen einer Dramatisierung einer (gefühlten) Bedrohungslage in Bezug auf den Islamismus bei gleichzeitiger Entdramatisierung/Bagatellisierung des Rechtsextremismus, zum anderen der Individualisierung gesellschaftlicher Probleme, der Versicherheitlichung pädagogischer Praxis und der Stigmatisierungseffekte insbesondere mit Blick auf Menschen, die muslimischen Kulturkreisen zugerechnet werden.

Fazit und Ausblick

Die Legitimation präventiver Maßnahmen erfolgt durch das Konstatieren von Rechtsextremismus und Islamismus als Gefahrenlage, bei gleichzeitiger Politisierung dieser Themen. Dies hat Auswirkungen auf verschiedenste Bereiche, beispielsweise die Reformation des Polizeigesetzes, die bei jedweder Annahme terroristischer Bedrohungen erlaubt, persönliche Freiheitsrechte der Betroffenen einzuschränken (Fiebig 2019). Radikalisierungsforschung ist angesichts dieser gesellschaftlichen Konstellation en vouge. Das politische Interesse an Radikalisierung, die mediale Aufmerksamkeit und nicht zuletzt strukturelle Bedingungen in der Wissenschaft wie die zunehmende Abhängigkeit von Drittmittelförderungen haben den Forschungsgegenstand ‚Radikalisierung' zu einem linearen, individualistischen und höchstsicherheitsrelevanten Thema geframed. Dynamiken gesamtgesellschaftlicher Versicherheitlichung werden durch Radikalisierungsforschung nicht nur sichtbar, sondern durch diese auch befördert. Dies hat unweigerlich Auswirkungen auf die (sozial-)pädagogische Fachpraxis. Anhand von Interviews haben wir nachgezeichnet, wie sich das Radikalisierungsparadigma und mit

ihm eine Sicherheitsperspektive in die Fachpraxis einschreiben und die Arbeit mit Klient*innen unmittelbar tangieren. Das Wissen über Radikalisierung transferiert sich hier zusammen mit den politischen Interessen in die Arbeit der Programme. Diese Entwicklungen sind auch insofern fatal, als die Omnipräsenz und Dominanz des Radikalisierungsparadigmas mit seinen etablierten Normen der Problembeschreibung und -erklärung in keinem Verhältnis zum Grad seiner empirischen Sättigung und Evidenz stehen. Die empirische Basis der prominenten Radikalisierunsgstheorien ist nach wie vor zu dünn und die problematischen Implikationen des Paradigmas erscheinen zu groß, um (pädagogische und politische) Interventionen guten Gewissens hieran auszurichten.

Der Blick durch die radikalisierungsparadigmatische Brille und die Verstrickungen von Wissenschaft und (Sicherheits-)Politik im Forschungsfeld erschweren bis verunmöglichen freie, ergebnisoffene Forschungsprozesse. Insbesondere die psychologisierende und individualisierende Betrachtung von Radikalisierung schließt eine Analyse des sozialen Kontextes aus. Stattdessen sollte Radikalisierung als eine soziale Verflechtung betrachtet werden, die auf individueller und struktureller Ebene als eine Figuration (Elias 1994) erscheint, als ein soziales Phänomen, welches erst durch das Wechselspiel und die Interaktion mit anderen Akteur*innen geformt wird. Für das Radikalisierungsparadigma in seinem spezifischen Gegenstandszuschnitt gilt umso mehr, was generell für hegemoniale Paradigmen gilt: Sie bekommen nur in den Blick, was in ihrem Denkhorizont angelegt ist. Wir plädieren angesichts der aufgezeigten problematischen Implikationen des Radikalisierungsparadigmas und basierend auf unseren Felderfahrungen daher für deutlich stärkere Offenheit und Irritierbarkeit von Begriffen und Theorien angesichts empirischer Beobachtungen sowie für eine analytische Horizonterweiterung, für einen „multiparadigmatischen“ (Scheffer/Schmidt 2019) Gegenstandszugriff: für die Eröffnung neuer Denkhorizonte und für eine kritisch-reflexive Befragung der eigenen Forschungen und ihrer Implikationen. So würden die vielfältigen Verflechtungen, die das Phänomen der Radikalisierung bedingen, besser in den Blick geraten.

Dabei ist es nicht der Anspruch dieses Beitrags, fertige allgemeingültige Lösungen für die aufgezeigten Problematiken zu präsentieren. Vielmehr versteht er sich als Auftakt für eine künftig zu führende Diskussion. Das große Potential für ein derartiges Vorgehen, so unser Vorschlag, liegt in einem konsequent rekonstruktiven Forschungsprozess, der Kontingenzen ernst nimmt (vgl. hierzu auch Böcker et al. 2018). Insbesondere die Werkzeugkiste qualitativ-rekonstruktiver Methoden hilft, Zusammenhänge in ihrer komplexen Eigenart verstehend zu erfassen (Oevermann 2013). Ein solches Methodenset dient nicht nur der Rekonstruktion von Lebenswelten, Deutungen und Wissensstrukturen, sondern ermöglicht Alternativbeschreibungen abseits von hegemonialen Perspektiven und hat das Potenzial, diese zu irritieren. Fruchtbar erscheint uns hierfür beispielsweise die Clarke´sche Situationsanalyse (2019) als Überarbeitung der Grounded Theory, weil sie analytische Rücksicht auf feldimmanente Komplexität nimmt. Zudem macht sie durch eine methodologische Verbindung zwischen Interaktionismus und Diskurs marginalisierte Perspektiven sichtbar und rekonstruiert sie als Teil der ‚Situation‘. Zur Rekonstruktion der Situation zählt auch eine methodische Selbstreflexivität, insbesondere auch darüber, wie wir als Forscher*in unsere For-

schungsgegenstände mitformen.**[8]** Kritisch-reflexive Prozesse müssen jedoch auch durch offene Forschungsförderaufrufe ermöglicht werden: Der wissenschaftliche Spielraum schwindet und Grundlagenforschung ist kaum noch von Interesse, wenn Ausschreibungen von vornherein stark sicherheitsbehördlich orientiert sind.

Der Beitrag versteht sich explizit nicht als eine Absage an eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen nach den Motiven für die Hinwendung zu gewaltbereiten, menschenverachtenden Szenen, der Genese antidemokratischer Orientierungen, den gesellschaftlichen Bedingungen von Ungleichheitsvorstellungen, den Mechanismen der kollektiven Konstruktion von Feindbildern, der Entstehung von Eskalationsdynamiken im Feld sozialer Bewegungen – um nur einige Beispiele zu nennen. Gerade angesichts der drängenden Relevanz dieser Fragen für das (demokratische) Miteinander in einer künftigen Gesellschaft gilt es, die uns als Sozialwissenschaftler*innen zur Verfügung stehenden Theorien und Ansätze „im Sinne einer konfrontativen Arbeitsteilung an den Gegenständen produktiv zu machen“ (Scheffer/ Schmidt 2019, 170) und die Kontingenzen im wissenschaftlichen Forschungsprozess wie auch unsere Entscheidungen für Gegenstandzuschnitte und ihre Implikationen stets mitzudenken.

Literatur

Aslan, E.; Erşan Akkılıç, E.; Hämmerle, M. (2018) *Islamistische Radikalisierung*. Wiesbaden: Springer.

Becker, H. (2014) *Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens*. Wiesbaden: Springer.

Böcker, J.; Dreier, L.; Jakob, M. (2018) Kontingenzsensibilität. Empirische Kultursoziologie als Forschungshaltung. In: Böcker, J.; Dreier, L.; Eulitz, M.; Frank, A.; Jakob, M.; Leistner, A. (eds.): *Zum Verhältnis von Empirie und kultursoziologischer Theoriebildung*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Borum, R. (2011) Understanding terrorist psychology. In: Silke, A. (ed.) *The psychology of counter-terrorism*. New York: Routledge.

Borum, R. (2012) Radicalization into violent extremism: a review of social science theories. In: *Journal of Strategic Security* 4 (4): 7-36.

Bourdieu, P. (1989) *Satz und Gegensatz: Über die Verantwortung des Intellektuellen*. Berlin: Klaus Wagenbach.

Brand, A. (2016) Sicherheit über alles? Die schleichende Versicherheitlichung deutscher Entwicklungspolitik. In: *PERIPHERIE – Politik • Ökonomie • Kultur* 122/123 (31): 122-123.

Bröckling, U. (2008) Vorbeugen ist besser…Zur Soziologie der Prävention. In: *Behemoth. A Journal on Civilisation* 1 (1): 38-48.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2018) *Forschung für die zivile Sicherheit 2018-2023. Rahmenprogramm der Bundesregierung*. https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Rahmenprogramm_Sicherheitsforschung.pdf (22/05/2019).

[8] Dies trifft zugespitzt auf Forschungen im Feld von abweichenden Verhalten und Delinquenz zu, weshalb die eigene moralische Brille innerhalb selbstreflexiver Prozesse mitgedacht werden sollte.

Ceylan, R.; Kiefer, M. (2018) *Deradikalisierungsprävention in der Praxis. Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Neosalafismus*. Wiesbaden: Springer.

Clarke, A. (2019) Situating Grounded Theory and Situational Analysis in Interpretive Qualitative Inquiry. In: Bryant, A.; Charmaz, K. (eds.): *The SAGE Handbook of Current Developments in Grounded Theory*. Los Angeles: Sage.

Dollinger, B. (2014) Soziale Arbeit als Realisierung protektiver Sicherheitspolitiken. In: *Zeitschrift Für Sozialpädagogik*, 12 (3): 296-314.

Dollinger, B.; Schmidt-Semisch, H. (2016) Sicherheit und Alltag: Einführende Zugänge. In: Dollinger, B.; Schmidt-Semisch, H. (eds.): *Sicherer Alltag? Politiken und Mechanismen der Sicherheitskonstruktion im Alltag*. Wiesbaden: Springer.

Dollinger, B.; Lampe, D.; Schmidt-Semisch, H. (2018) Konturen einer „Sicherheitsgesellschaft". In: Puschke, J.; Singelnstein, T. (eds.): *Der Staat und die Sicherheitsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer.

Elias, N. (1994) *The Civilizing Process*. Oxford: Blackwell.

European Commission (2018) Work Programme 2018-2020. 14. Secure societies – Protecting freedom and security of Europe and its citizens. In: *Work Programme 2018-2020*.http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/wp/2018-2020/main/h2020-wp1820-security_en.pdf (22/05/2019).

Falter, M. (2011) Critical Thinking Beyond Hufeisen. In: Elena B. (ed.) *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden: Springer.

Fiebig, P. (2019) *Neue Polizeigesetze in den Bundesländern. Mehr Befugnisse, mehr Sicherheit?* https://www.deutschlandfunk.de/neue-polizeigesetze-in-den-bundeslaendern-mehr-befugnisse.724.de.html?dram:article_id=444777 (10/10/2019)

Figlestahler, C.; Schau, K. (2019) „Das ist ja noch keine Gefahrenlage, aber dennoch" – Pädagogische Islamismusprävention im Spannungsfeld von Dramatisierung und Relativierung. In: Negnal, D. (eds.): *Die Problematisierung sozialer Gruppen in Staat und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer.

Foucault, M. (1974) *Die Ordnung des Diskurses*. München: Carl Hanser.

Githens-Mazer, J. (2012) The rhetoric and reality: radicalization and political discourse. In: *International Political Science Review* 33 (5): 556-567.

Groenemeyer, A. (2008) Institutionen der Normativität. In: Groenemeyer, A.; Wieseler, S. (eds.) *Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik*. Wiesbaden: Springer.

Jakob, M.; Kowol, G.; Leistner, A. (2019) *Erster Bericht: Modellprojekte zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe. Zwischenbericht 2018*. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2019/Zwischenbericht_2018_final.pdf (29/08/2019).

Kilian, R. (2012) Psychische Krankheit als soziales Problem. In: Albrecht, G.; Groenemeyer, A. (eds.): *Handbuch soziale Probleme*. Wiesbaden: Springer.

King, S.; Bender, D.; Lösel, F. (2018) Instrumente zur Risikobeurteilung extremistisch motivierter Straftäter: Eine Synopse. In: Boers, Klaus/Schaerff, Marcus (ed.) *Kriminologische Welt in Bewegung (Neue Kriminologische Schriftenreihe der Kriminologischen Gesellschaft e.V.*; Band 117), Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.

Khosrokhavar, F. (2016) *Radikalisierung*. Europäische Verlagsanstalt: Hamburg.

Koppetsch, C. (2019) *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript.

Kudlacek, D. (2018) *Radicalisation and Mental Illness – Results From a Workup of Biographic Information*. 18th Annual Conference of the European Society of Criminology. Sarajevo, Bosnia and Herzegovina, 2018.

Legnaro, A. (1997) Konturen einer Sicherheitsgesellschaft: Eine polemisch-futurologische Skizze. In: *Leviathan* 25 (2): 271-284.

Leimbach, K. (2019) Die kommunikative Konstruktion einer Problemgruppe: Zur Praktik der Ausstiegsbegleitung bei rechtsextremistischen Jugendlichen. In: Negnal, D. (ed.) *Die Problematisierung sozialer Gruppen in Staat und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer.

Logvinov, M. (2018) *Das Radikalisierungsparadigma. Eine analytische Sackgasse der Terrorismusbekämpfung?* Wiesbaden: Springer.

Logvinov, M. (2019) *Zur Psychopathologie des Extremismus und Terrorismus*. Wiesbaden: Springer.

Malthaner, S. (2017) Radicalization: The evolution of an analytical paradigm. In: *European Journal of Sociology* 58 (3): 369-401.

Maurer, T. (2017) Die Pluralität der Radikalisierung – Eine systematische Analyse der Theorieansätze zur Radikalisierungsforschung. In: *Journal of Deradicalization* 13: 49-100.

Misiak, B.; Samochowiec, J.; Bhui, K.; Schouler-Ocak, M.; Demunter, H.; Kuey, L.; Raballo, A.; Gorwood,P.; Frydecka, D.; Dom, G. (2019) A systematic review on the relationship between mental health, radicalization and mass violence. In: *European Psychiatry* 56 (1): 51–59.

Moghadam, F. (2005) The Staircase to Terrorism. A Psychological Exploratio. In: *American Psychologist* 60 (1): 161-169.

Negnal, D. (2016) *Die Konstruktion einer Problemgruppe. Eine Ethnografie über russischsprachige Inhaftierte im Jugendstrafvollzug*. Weinheim: Beltz Juventa.

Neumann, P. (2017) *Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Oevermann, U. (2013) Objektive Hermeneutik als Methodologie der Erfahrungswissenschaften von der sinnstrukturierten Welt. In: Langer, C.; Kühner, A.; Schweder, P. (eds.): *Reflexive Wissensproduktion. Anregungen zu einem kritischen Methodenverständnis in qualitativer Forschung*. Wiesbaden: Springer.

Oppenhäuser, H. (2011) Das Extremismus-Konzept und die Produktion von politischer Normalität. In: Buck, E. (ed.) *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden: Springer.

Schabdach, M. (2011) Prävention statt Repression? Anmerkungen zum Verhältnis von Kriminalprävention und Punitivität. In: Schmidt-Semisch, H.; Dollinger, B. (eds.): *Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen*. Wiesbaden: Springer.

Scheffer, T.; Schmidt, R. (2019) Für eine multiparadigmatische Soziologie in Zeiten existenzieller Probleme. In: *Soziologie* 49 (2): 153-173.

Schmidt-Kleinert, A. (2018) Ein kritischer Blick auf die Radikalisierungsforschung. Ein Essay. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* (2): 39–51.

Schimank, U.; Volkmann, U. (2008) Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Maurer, A. (eds.): *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer.

Schuhmacher, N. (2018) Ein neues Bild der Prävention? Zur Tendenz der „Versicherheitlichung“ im pädagogischen Feld. In: Glaser, M.; Frank, A.; Herding,

M. (eds.): *Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe*. Sozialmagazin, 2. Sonderband 2018. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Singelnstein, T.; Stolle, P. (2012) *Die Sicherheitsgesellschaft*. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer.

Wiktorowicz, Q. (2005) *Radical Islam Rising. Muslim Extremism in the West*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Witte, D. (2018): Ganz normale Terroristen. In: *Forum Strafvollzug* 67 (4): 255-258.

Zedner, L. (2007) Pre-crime and post-criminology? In: *Theoretical Criminology* 11 (2): 261-281.

10.6094/behemoth.2019.12.2.1024

BEHEMOTH A Journal on Civilisation
2019 Volume 12 Issue No. 2

Radikalismus und Extremismus als konträre Rationalitäten

Eine Radikalisierung des Radikalisierungsbegriffs

Radicalism and Extremism as Contrary Rationalities

A Radicalization of the Radicalization Concept

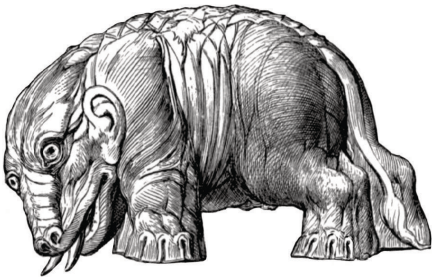
Holger Marcks

Abstract

This contribution problematizes the circumstance that the concept of radicalization has been decoupled from its morphemic roots: the meaning of being radical. In discourse on political violence it is mostly understood as an increase in (violent) extremism, and as such it has a feedback effect on what is understood by *being radical* or *radicalism*. Conflating these terms increasingly with extremism, a semantic confusion has been created that makes the analysis of processes towards political violence indifferent and prone to fallacies. Based on an outline of problems inherent to dominant interpretations of radicalization and following an historically informed understanding of radicalism, it is thus argued that extremism and radicalism should be conceptualized as contrary rationalities. From this perspective, extremism is a rationality that features a strong reduction in complexity and is extreme insofar as it reads social problems as epitomized by dichotomous groups of people. Radicalism, in turn, assumes a complexity of society and is radical insofar as it puts its problems down to structural roots. Accordingly, there should also be a distinction between an increase in extremism (extremization) and an increase in radicalism (radicalization), while the process towards violence should be understood as militantization: a process that can derive from both rationalities, but differs in its derivation and expressions. Which benefits for research on political violence may be derived from putting the concept of radicalization down to its morphemic roots – a conceptual radicalization, so to say – will be discussed conclusively.

Keywords, dt.: Radikalismus, Extremismus, Militanz, Radikalisierung, politische Gewalt, Dissidenz

Keywords, engl.: Radicalism, Extremism, Militancy, Radicalization, Political Violence, Dissidence



Holger Marcks, Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH), researching in the PANDORA project (Propaganda, Mobilization and Radicalization in the Virtual and Real World. Causes, Processes and Counter-Strategies in the Context of the Asylum and Refugee Debate), funded by the German Federal Ministry of Education and Research (BMBF). **E-Mail: marcks@ifsh.de**

Der Begriff der ‚Radikalisierung' hat in den vergangenen 15 Jahren eine merkwürdige Karriere gemacht. Obwohl im Diskurs über politische Gewalt mittlerweile allgegenwärtig, ist häufig unklar, was darunter zu verstehen ist. Uneinigkeit besteht etwa darüber, ob er einen Prozess bezeichnet, der in Gewalthandlungen mündet, oder ob es um eine Übernahme von Einstellungen geht, die auf einen umfassenden Ordnungswandel abzielen. Zwar gibt es immer wieder Versuche, zwischen den unterschiedlichen Konzeptualisierungen zu vermitteln (z.B. Abay Gaspar et al. 2018; Schmid 2013), doch schreiben diese ein Problem fort, dass der Vermittlung zwischen Einstellung und Handlung vorgelagert ist. Denn generell mangelt es den Konzeptualisierungen an einer Verbindung zu den morphemischen Wurzeln des Radikalisierungsbegriffs, womit die Frage berührt ist, was eigentlich *radikal* meint.

Die Folge davon ist, dass der Begriff der Radikalisierung nicht einfach nur von seinen morphemischen Wurzeln entkoppelt wurde, sondern – mit der zunehmenden Wirkmacht des Begriffs – selbst darauf einwirkte, was als radikal bzw. Radikalismus gilt. Deutlich wird das etwa dort, wo Radikalisierung als Zunahme extremistischer Einstellungen und/oder Handlungen verstanden wird (vgl. Neumann 2013b). Dadurch wird der Begriff des Radikalismus implizit auf ein Synonym von Extremismus reduziert. Zugleich aber sind ältere, abweichende Bedeutungen von Radikalismus nicht einfach aus dem Bewusstsein getilgt und wirken im Politischen nach. Und insofern Radikalisierung – aufgrund der Morphemik des Begriffs – von vielen intuitiv als Zunahme von Radikalismus verstanden wird, treffen damit im öffentlichen Diskurs (mindestens) zwei konfligierende Semantiken der Radikalisierung aufeinander.

Der Beitrag argumentiert,**[1]** dass Konzepte, die unter Radikalisierung eine Zunahme von Extremismus verstehen – ob nun einstellungs- oder handlungsorientiert –, mehr Verwirrung stiften als Klarheit schaffen. Immerhin sind Begriffe nicht beliebig austauschbar. Sie schneiden und schaffen Wirklichkeit, womit sie den behandelten Subjekten immer eine gewisse Gewalt, mitunter sogar Unrecht, antun. Dabei leiten sie etwa die (vergleichende) Analyse von politischer Gewalt an, die letztlich problematische Folgerungen zeitigen muss, wenn sie auf indifferenten Konzepten aufbaut. Gerade weil zwischen Einstellungen und Gewalthandlungen ein enger Zusammenhang besteht, bedarf es präziser Konzepte, mit denen Einstellungen differenziert werden, die in unterschiedlichen Formen der Gewalt münden (können) – und die nicht zu falschen Urteilen über Akteure führen.**[2]**

Auf Grundlage eines Aufrisses von Problemen, die Lesarten von Radikalisierung innewohnen, und einem historisch informierten Verständnis von Radikalismus folgend, plädiert der Beitrag dafür, Extremismus und Radikalismus als konträre Rationalitäten zu fassen, in denen die Herleitung von Gewalt unterschiedlich strukturiert ist. Demnach ist *Extremismus* eine Rationalität, in der eine starke Komplexitätsreduktion stattfindet und die insofern extrem ist, als dass gesellschaftliche Probleme darin als von dichotomen Personengruppen verkörpert erscheinen. *Radikalismus* hingegen geht von einer Komplexität der Gesellschaft aus und ist insofern radikal, als dass deren Probleme auf strukturelle Wurzeln zurückgeführt werden. Entsprechend sollte unterschieden werden zwischen einer Zunahme von Extremismus und einer Zunahme von Radikalismus: *Radikalisierung*. Welchen Nutzen diese Rückführung des Begriffs auf seine morphemischen Wurzeln –

[1] Sein Inhalt basiert auf Vorarbeiten, die der Autor mit Janusz Biene angestellt hat, der zudem mit wertvollen Kommentaren und Hinweisen zu ihrer Fortführung hier beigetragen hat.

[2] Zumal diese folgenschwer sein können. So können etwa Akteure, die sich selbst als radikal bezeichnen oder mit einer radikalen Tradition identifiziert werden, in einem Diskurs, der Radikalität vorwiegend mit Gewalt assoziiert, leicht unter Gewaltverdacht geraten.

eine konzeptionelle Radikalisierung sozusagen – für die Gewaltforschung hat, wird abschließend diskutiert.

Radikalisierung ohne Radikalismus: Ein Schildbürgerstreich der Gewaltforschung

Radikalisierung ist ein Konzept, das nach den Terroranschlägen von Madrid 2004 und London 2005 zunehmend zum Gegenstand von wissenschaftlichen und politischen Diskursen wurde.**[3]** Obwohl also relativ neu, ist die damit zusammenhängende Literatur schon heute kaum mehr zu überblicken. Während allerdings das Konzept auf immer mehr empirische Gegenstände Anwendung fand,**[4]** ist weiterhin unklar, was damit genau gemeint ist.**[5]** So beklagte bereits 2013 Alexander Schmid, der die Literatur zum Thema Radikalisierung sorgfältig ausgewertet hatte, dass es „a frustrating experience" sei, die Bedeutung des Begriffs herauszuarbeiten (2013, 1). So kann er zwar als wichtigster Signifikant in der Analyse politischer Gewalt gelten (Kundnani 2012, 3), fungiert aber doch als Leerstelle, in die je nach Kontext und Perspektive unterschiedliche Inhalte hineinprojiziert werden.

Radikalisierung ist daher, wie auch der Begriff des Terrorismus, ein „essentially contested concept" (Gallie 1955). Ungeklärt ist dabei besonders das Verhältnis von Einstellung und Gewalthandlung, die in einer Lesart explizit oder implizit synthetisiert werden (z.B. della Porta/LaFree 2012),**[6]** in einer anderen strikt entkoppelt sind (z.B. Borum 2011a).**[7]** Ohne die sehr umfangreiche Diskussion in Wissenschaft, Präventions- und Deradikalisierungsforschung abbilden zu können (siehe dazu z.B. Daase et al. 2019), soll hierzu nur zweierlei festgestellt werden: Erstens sind Gleichsetzungen von Einstellung und Gewalthandlung problematisch, weil sie fälschlicherweise nahelegen, dass eine radikale Einstellung stets zur Gewalt neigt und die Möglichkeit vernachlässigen, dass politische Gewalt auch aus anderen als radikalen Einstellungen resultieren kann. Zweitens ist aber auch ihre strikte Entkopplung problematisch, denn „without reference to beliefs, none of these [violent] behaviors make any sense" (Neumann 2013, 880).

Insofern scheinen Konzeptualisierungen, die Einstellung und Gewalthandlung zusammendenken, ohne sie gleichzusetzen, eine sinnvolle Vermittlung zu sein. Allerdings sind auch ihnen Widersprüche inhärent. So erkennen sie zwar an, dass radikale Einstellungen nicht unbedingt mit Gewalt einhergehen, weisen die Anwendung politischer Gewalt aber doch als radikal aus (z.B. Mandel 2009). Dem wäre entgegenzuhalten, dass Gewalt gewiss als Produkt (auch) von Einstellungen verstanden werden sollte – denn jedes Verhalten beinhaltet stets „a layer of meaningfulness, at both the subjective (intentions, beliefs) and intersubjective (norms, identities) levels" (Pouliot 2014, 5) –, Erklärungen aber zu einfach ausfallen, in denen politische Gewalt als (finale) Konsequenz radikaler Einstellungen gedacht wird.**[8]**

Vielmehr wäre zu klären, wie unterschiedliche Einstellungen die Pfade in die Gewalt dispositionieren. Eine solche Differenzierung wird aber nicht nur durch einen Radikalisierungsbegriff erschwert, der politische Gewalt als radikal festschreibt, sondern auch durch die zu beobachtende Konfusion von Radikalismus und Extremismus. Besonders deutlich wird dies in Schmids

[3] 11-M (Madrid) und 7/7 (London) steigerten nochmals das seit 9/11 erweckte wissenschaftliche Interesse am (islamistischen) Terrorismus. Anders aber als bei den Anschlägen in den USA 2001 kamen die Angreifer nicht von außen, sondern wuchsen in der Gesellschaft auf, die sie attackierten. Unter dem Eindruck dieses *homegrown terrorism*, wendete sich das Interesse stärker dem Prozess zu, der einen Staatsbürger zu politischer Gewalt greifen lässt. Dieser Prozess – von Peter Neumann mit der Frage versehen: „what goes on before the bomb goes off?" (2008, 4) – wurde als Radikalisierung bezeichnet.

[4] Der Diskurs fokussierte zunächst stark auf die individuelle Ebene und Phänomene dschihadistischer Gewalt. Heute ist die Kritik, die an diesem engen Fokus geübt wurde (z.B. Githens-Mazer/Lambert 2010; Sedgwick 2010), hinfällig, da kollektive wie auch relationale Dimensionen eine größere Rolle spielen und das Konzept zunehmend Anwendung auf andere Phänomene politischer Gewalt fand.

[5] Zwar wurde auch der Kritik, es bedürfe mehr historisch fundierter Forschung (z.B. Gerwarth/Haupt 2007), Rechnung getragen, als zunehmend auch ältere Phänomene der Radikalisierung untersucht wurden (z.B. Bosi et al. 2014). Jedoch beziehen sich diese Erkenntnisse auf das empirische Explanandum, nicht auf den konzeptionellen Signifikanten, der für die semantische Konsistenz (und damit die Schärfung des analytischen Explanans) entscheidend ist. Dabei findet diese Auseinandersetzung zwar durchaus in Bezug auf den Radikalismusbegriff statt (siehe z.B. Pisou 2011), allerdings ohne dass daraus eine Konsequenz für den Radikalisierungsbegriff gezogen würde.

[6] Donatella della Porta und Gary LaFree sprechen von „a process lea-

viel beachtetem Übersichtsartikel, der aus dem realen Radikalisierungsdiskurs einen konsensualen Begriffsapparat zu generieren versucht. Durchaus sorgsam arbeitet er darin *Radikalismus* als Einstellung heraus, die einen umfassenden Ordnungswandel intendiert und diesen mit „non-violent and democratic [...] or violent and non-democratic" (2013, 8) Mitteln zu realisieren versucht. In seiner Definition von *Radikalisierung* ist es dann jedoch Extremismus – nicht Radikalismus –, der als Kern des Gewaltprozesses verstanden wird. Statt nämlich zu folgern, dass ob des konsensualen Radikalismusverständnisses der wissenschaftlich konstruierte Radikalisierungsbegriff Verwirrung stiften könnte, lautet Schmids Vorschlag, die erzwungene Semantik des Radikalisierungsdiskurses weiterzuspinnen: „Detach radicalisation to some extent from radicalism and link it more to the process of growing commitment to and engagement with (violent) extremism" (ebd., 39). Diese Verrenkung ist tatsächlich repräsentativ für viele Studien zum Thema, die davon ausgehen, dass Radikalisierung eine Hinwendung zum Extremismus sei. Und um die Konfusion perfekt zu machen, teilen davon einige auch noch einen Begriff von Extremismus, der Schmids konsensualen Semantik von Radikalismus entspricht (z.B. Borum 2011b; Bartlett/Miller 2012). Genau davon sollte der Radikalisierungsbegriff laut Schmid jedoch entkoppelt sein.

Die Folgen dieser Konfusion sind nicht unerheblich. Wie zwei der wichtigsten Kritiker bereits argumentierten, macht das die Empirie „lackadaisical and promotes stereotyping" (Githens-Mazer/Lambert 2010, 901). Um zu verstehen, wie politische Gewalt entsteht und variiert, bedarf es eben konsistenter Konzepte (vgl. Sartori 1984) – und nicht solcher, die semantische Widersprüche erzeugen.**[9]** Immerhin meinen die meisten Wissenschaftler mit Radikalisierung eine Hinwendung zur Gewalt, obwohl sie anerkennen, dass Radikalismus keine Gewaltanwendung bedeuten muss (vgl. dazu Neumann 2013a, 876). Dabei ist die Lösung dieses Widerspruchs denkbar einfach: Radikalisierung sollte – morphemisch konsistent – eine Hinwendung zum Radikalismus meinen. Insofern ist zunächst zu bestimmen, wie ein solcher zu konzeptualisieren ist. Auf dieser Grundlage kann dann sein Verhältnis zur Gewalt geklärt werden.

Zurück zu den Wurzeln: Ein klassisches Verständnis von Radikalismus

Bevor der gegenwärtige Gebrauch des Radikalisierungsbegriffs implizierte, dass Radikalismus notwendigerweise mit Gewalt zu tun habe, hatte er (auch) eine andere Bedeutung, die im wissenschaftlichen Diskurs durchaus noch nachwirkt. So erkennen auch Forscher zu politischer Gewalt an, dass Radikalismus eine Haltung meinen kann, die auf einen grundlegenden Ordnungswandel abzielt (Mandel 2009; Schmid 2013). Radikalismus wird in dieser Bedeutung allerdings bloß an der Frage festgemacht, wie stark die Diskrepanz zwischen einem Akteur und der herrschenden Ordnung ist. Damit ist sie weniger tiefgreifend als eine andere, einst geläufige Variante, die John C. Calhoun treffend beschrieben hat als: „the kind of radicalism that comes from acting on the basis of deep social and cultural roots" (2012, 14). Welches analytische Potential bieten nun diese Varianten des Begriffs?

ding towards increased use of political violence" (2012, 5), wobei sie sich auf Clark McCauleys und Sophia Moskalenkos Definition beziehen: „change in beliefs, feelings, and behaviors in directions that increasingly justify intergroup violence" (2008, 416). Damit wird nicht nur ausgesagt, dass sich Überzeugungen, Gefühle und Verhaltensweisen synchron in Radikalisierungsprozessen verhalten, sondern auch nahegelegt, dass die Rechtfertigung von Gewalt ihrer Anwendung gleichkommt – was unbedingt auseinanderzuhalten ist (Sageman 2011: 117).

[7] Randy Borum stellt fest, dass „fanatically embracing an ideology is neither a proxy for, nor a necessary precursor to, terrorism", weswegen er Radikalisierung als Einstellungsproblem definiert, als „the process of developing extremist ideologies and beliefs" (2011a, 2). Abgesehen davon, dass die inhärente Gleichung von Radikalismus und Extremismus problematisch ist, sagt Borum nichts darüber aus, welchen Einfluss derlei Einstellungen auf „the process of [...] engaging in violent extremist actions" (ebd.) haben, der so als arbiträrer Handlungspfad erscheint.

[8] Insbesondere Modelle, die zwischen konsekutiven Phasen des Einstellungswandels unterscheiden (z.B. Mandel 2009), betrachten Radikalisierung als linearen Prozess, der durch Gewaltanwendung abgeschlossen wird. Sie legen damit nahe, dass eine vollständige Radikalisierung der Einstellung letztendlich zum Einsatz von Gewalt führt. Im Umkehrschluss seien Akteure, die keine Gewalt anwenden, nicht richtig radikal.

[9] Durch den morphemischen Bruch, der durch den Radikalisierungsbegriff geschaffen wurde, können ‚Radikalisierung' und ‚radikal werden' – Bezeichnungen, die eigentlich Synonyme sein sollten – völlig widersprüchlich

Die erste, abgeschwächte Variante impliziert, dass sich Radikalismus relativ zum *status quo* verhält, womit es dem Begriff an Distinktion mangelt. Denn er vermengt alle Akteure, die für eine umfassenden Ordnungswandel eintreten – faschistische ebenso wie demokratische.**[10]** Zugleich bietet dieses relationale Verständnis keinen Mehrwert, da sich der betreffende Phänomenbereich auch einfach als revolutionär oder dissident bezeichnen ließe.**[11]** Hingegen lässt die zweite, profilierte Variante inner- und post-dissidente Unterscheidungen zu,**[12]** bietet aber auch größeren Interpretationsspielraum bezüglich der Frage, was die Wurzeln sind, auf die sich Radikalismus bezieht. Es bedarf daher eines substantielleren Verständnisses von Radikalismus, das an dieser Stelle mehr Klarheit schafft. Ein Blick auf historische Diskurse kann dabei von Nutzen sein.

Historisch sind es vor allem zwei politische Phänomene, die als radikal bezeichnet werden: liberaler beziehungsweise bürgerlicher Radikalismus und Links- beziehungsweise Arbeiterradikalismus. Ersterer ist ein Kind der Aufklärung und abzugrenzen von liberalen Strömungen, die nur begrenzte Ziele wie eine konstitutionelle Monarchie anstrebten. Er stand für eine umfassende Demokratisierung der politischen Sphäre und vertrat häufig Ideen der kommunalen Selbstverwaltung (Sepúlveda 1993; Baal 1994).**[13]** Der Linksradikalismus hingegen entwickelte sich zunächst im Kontext der Arbeiterbewegung und ist von staatssozialistischen Ansätzen abzugrenzen, da er nach einer Demokratisierung der wirtschaftlichen Sphäre durch Strukturen der Selbstverwaltung strebte.**[14]** Später griff die anti-autoritäre Neue Linke einige Kernideen der linksradikalen Arbeiterbewegung wieder auf (exemplarisch Cohn-Bendit/Cohn-Bendit 1968).**[15]** Beide Phänomene zeichnen sich durch ein substantielles Verständnis von Radikalismus aus, das darin besteht, gesellschaftliche Macht horizontalisieren zu wollen und exklusive Herrschaftsformen zurückzuweisen. Zwar tendierten derlei Akteure häufig dazu, die Partizipation in etablierten Strukturen abzulehnen; dennoch sollte diese Rigidität nicht mit Extremismus verwechselt werden. Vielmehr ist die Geschichte voll von Akteuren, die gemeinhin als extremistisch gelten und sich Strukturen zunutze machten, die sie eigentlich bekämpfen oder abschaffen wollten.

Tatsächlich ist gerade im Linksradikalismus ein Denken besonders ausgeprägt, demzufolge bestimmte Mittel die politischen Ziele unterlaufen können. Diese Haltung kann mit Worten verständlich gemacht werden, die Albert Camus einst für den Syndikalismus fand. Für ihn ging diese Strömung des Linksradikalismus „von der konkreten Grundlage aus, dem Beruf, der in der wirtschaftlichen Ordnung das ist, was in der politischen die Gemeinde: die lebendige Zelle, auf der sich der Organismus aufbaut“ (1969 [1951], 241). In Konsequenz sind ihm die Mittel heilig. Denn in der Logik des „mittelmeerischen Geists“ (ebd.) reproduzieren Praktiken, die auf machtpolitische Wirksamkeit abzielen, um vom Überbau aus die Basis umzugestalten, genau jene Strukturen, in denen die sozialen Probleme wurzeln.**[16]** So gesehen – und das ist kompatibel mit Calhouns Konzept – kann Radikalismus als etwas verstanden werden, das sich „von unten nach oben“ (ebd.) vollzieht, ob als dissidente Organisierung oder Gesellschaftsmodell.**[17]**

Diesen Gedanken folgend ließe sich Radikalismus als politische Rationalität konzeptualisieren, welche die Wahrnehmung der Realität strukturiert und somit bedingt, welche Handlungsmöglichkeiten als opportun gelten. Als

[10] Mit ihm können die Republikaner von 1848/49 genauso als Radikale verstanden werden wie islamistische Terroristen heute, die aufstrebenden Nationalsozialisten in den 1920ern genauso wie jüdische Widerstandszirkel in den 1930ern, tibetische Buddhisten genauso wie iranische Demokraten und griechische Faschisten. Diese zeitliche und phänomenologische Asynchronität des Begriffs führt zwangsläufig zu Problemen in (historisch) vergleichenden Studien zu politischer Gewalt.

[11] Unter Dissidenz können solche Formen des Widerstands gefasst werden, die über konventionelle Opposition hinausgehen, indem sie „politische Alternativen zur herrschenden Ordnung formulieren“ und/oder die politischen Spielregeln überschreiten (Daase/Deitelhoff 2014, 12).

[12] Der Begriff der Dissidenz ermöglicht, Radikalismus als ein Ausdruck von (gewaltsamem) Widerstand neben anderen zu betrachten. Außerdem löst er das Problem, wie radikale Bewegungen einzuordnen sind, denen es gelungen ist, Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen umzugestalten. Denn sie mögen zwar, wenn sie über gesellschaftliche oder politische Macht verfügen, ihre Funktion verändern; ihr radikaler Charakter aber löst sich nicht plötzlich in Luft auf. Eine Unterscheidung zwischen dissidentem (widerständigem) und post-dissidentem (etabliertem) Radikalismus kann daher sinnvoll sein.

[13] Gerade hier liegt ein Fall von post-dissidentem Radikalismus vor, insofern der bürgerliche Radikalismus mit dem Aufstieg der liberalen Demokratien den widerständigen Modus verließ und zu einem etablierten Teil herrschender Ordnungen wurde.

solche ist er von der Rationalität des Extremismus, in welcher der Zweck die Mittel heiligt, zu unterscheiden. Zwar können beide Rationalitäten in Gewalt münden, doch variieren sie in der Logik ihrer Entscheidungen. Außerdem ließe sich annehmen, dass solch ein Verständnis von Radikalismus, im Kontrast zum Extremismus, bessere Erklärungspotentiale für die Varianz dissidenter Gewalt bereithält. Das durch den dominanten Radikalisierungsbegriff geförderte Verständnis von Radikalismus hingegen verstellt diese Potentiale aufgrund seiner Indifferenz – und löscht eine Denktradition aus dem Diskurs aus.

Von Wurzeln und Körpern: Extremismus als Antithese des Radikalismus

Grundsätzlich liegen jedem politischen Handeln Deutungsweisen zugrunde, mit denen es sich rationalisieren lässt. Clark McCauley und Sophia Moskalenko haben dies bereits beispielhaft pointiert, als sie feststellten: „Anti-poverty activists [...] tend to see different causes of poverty than non-activists“ (2008, 416). Dem wäre allerdings noch hinzuzufügen, dass auch unter solchen Aktivisten Unterschiede in der Beurteilung von Ursachen bestehen. So mögen manche diese in den Eigentums- und Produktionsverhältnissen verorten, während andere dafür Ausländer verantwortlich machen. Dabei handelt es sich um ganz konträre Kognitionen, aus denen unterschiedliche Programmatiken folgen. Erstere kann man als radikal bezeichnen, da sie die strukturellen Wurzeln des Problems in den Blick nimmt; letztere als extrem, da sie das Problem auf essenzielle Verkörperungen zuspitzt.

Zum besseren Verständnis dieser kognitiven Dimension mag man sich vergegenwärtigen, dass auch wissenschaftliche Analysen radikalen oder extremen Charakter tragen können. Gerade der marxistischen Denkschule wird etwa nachgesagt, gesellschaftliche Konflikte von ihrer Basis – den sozialen Beziehungen und materiellen Verhältnissen – her zu analysieren (Quent 2016, 29). Als ein Beispiel sei hier die Radikale Kriminologie genannt, in der Kriminalisierungsprozesse als Ausdruck sozialer Machtverhältnisse kritisiert werden (Lynch 1997). Allerdings neigt solch radikale Kritik auch dazu, gesellschaftliche Bezugsgrößen immer weiter aufzulösen, indem sie, wie etwa im Poststrukturalismus, die intersubjektiven Konstruktionen sozialer Wirklichkeit dekonstruiert. Im Ergebnis sind viele Probleme gar nicht mehr fassbar, so dass radikale Kritik unfähig wird, praktikable Lösungen anzubieten (vgl. Newman 2007).

In letzter Konsequenz wird der kognitive Radikalismus also instabil, weil er seinen kognitiven Überbau selbst unterminiert.**[18]** Eben deswegen gibt es in der Wissenschaft durchaus ein legitimes Maß an Komplexitätsreduktion beziehungsweise Simplifizierung, um überhaupt intersubjektiven Zugriff auf die soziale Wirklichkeit zu haben.**[19]** Andererseits jedoch tendieren Analysen, die keinerlei radikales Moment enthalten, zur Übersimplifizierung. Entsprechende Denksysteme, die zweifellos einen stabilen kognitiven Überbau aufweisen – immerhin arbeiten sie mit besonders zugespitzten Kategorien – und schnell mit Lösungsvorschlägen bei der Hand sind (vgl. dazu Quent 2016, 30f.), sollen hier als kognitiver Extremismus verstanden werden. Beispiele hierfür finden sich – um im selben Feld zu bleiben – ebenfalls in der

[14] Er stand damit in einer – teilweise unerbittlichen – Konkurrenz zu anderen sozialistischen Strömungen wie der Sozialdemokratie oder des Marxismus-Leninismus. Vorwiegend assoziiert werden mit ihm die Strömungen des Anarchismus, Syndikalismus und Rätekommunismus (vgl. dazu Bock 1976; Lucas 1976).

[15] Dies äußerte sich etwa in Form autonomer Organisierungen, Projekten der Alternativökonomie und kulturellen Freiräumen. Auch hier ließe sich sagen, dass ein Teil dieser Ideen in den Mainstream übergangen ist, der so (partiell) radikalisiert wurde.

[16] Im Gegensatz zur „deutschen Ideologie“, die Camus im politischen Marxismus gegeben sah. Diese wolle die Revolution „von oben nach unten“ vollziehen und versuche dabei mit allen Mitteln, die Realität nach einer absoluten Doktrin zu formen (1969 [1951], 241f.).

[17] Man denke hier etwa an die Phase der radikalen Demokratie im antiken Athen (Robert 1998) oder die rätedemokratischen Ansätze in der frühen Weimarer Republik (Müller 1924/25).

[18] Man könnte sagen: Die Radikalisierung von Kritik – die ständige Dekonstruktion als ‚natürlich’ geltender Begriffe und die Verkomplizierung der Realitätsabbildung – führt am Ende ins Bodenlose. Denn Begriffe dienen der sinnvermittelnden Reduktion von Komplexität, durch die soziale Interaktion und Verständigung überhaupt möglich werden. Wo eine fortwährende „Dislokation von Macht“ (Newman 2007) stattfindet, lassen sich letztlich auch keine Herrschaftsstrukturen mehr benennen.

[19] Wobei sich mit Matthias Quent (2016, 30f.) argumentieren ließe, dass eine Kritik, die sich genau dieser Unzulänglichkeiten bewusst wird, im besten

Kriminologie, etwa in Form der Tätertypenlehre, in der Verbrechen einst mit körperlichen oder rassischen Merkmalen erklärt wurden (Strasser 1984).

Dieser kognitive Antagonismus lässt sich auf die programmatische Dimension von Rationalitäten übertragen. Im politischen Sinne weitergedacht wäre programmatischer Radikalismus dann das, was nach der Stärkung sozialer Beziehungen jenseits des Staates verlangt (*Autonomie*), also Gesellschaft horizontal und inklusiv ausgestalten will. Oder um mit Nicole Deitelhoff zu sprechen: Er zielt auf eine horizontale „Ausgestaltung des Gemeinwesens", um den „Kern demokratischer Selbstregierung" zu erweitern (2012, 75). Programmatischer Extremismus hingegen zielt, im Glauben an „die Möglichkeit einer homogenen Gemeinschaft, in der einen Interessenidentität zwischen Regierenden und Regierten besteht" (Kailitz 2004, 21), auf die Stärkung des staatlichen Überbaus ab (*Heteronomie*). Er ist betont exklusiv und strebt eine vertikale Zuspitzung von Gesellschaft an.

Wie der kognitive Radikalismus tendiert auch sein programmatisches Äquivalent zur Instabilität. In seiner ausgeprägtesten Form verweigert er sich nicht nur jeglicher Partizipation in etablierten Strukturen; dem Zweck folgend, Hegemonie aufzuheben, reibt er sich auch selbst auf. Weil er etwa Hierarchien und Ausschlüsse nicht (re-)produzieren möchte, vermeidet er funktional differenzierte Strukturen, die Handlungsfähigkeit und Integration ermöglichen würden. Er verliert sich gewissermaßen in der „Unübersichtlichkeit der politischen Wirklichkeit" (Quent 2016, 30), so dass „der Weg in die Umsetzung von Alternativität versperrt" ist (Deitelhoff 2012, 74). Programmatischer Extremismus hingegen kann sich alle Strukturen zu Nutze machen, die der politischen Wirksamkeit dienen, da ihm die Erlangung von Hegemonie selbst der Zweck ist. Dabei garantiert er Stabilität auch dadurch, dass er soziale Komplexität in essentialisierten, oftmals dichotomen Kategorien auflöst, die klar hierarchisiert sind. Anders gesagt: Programmatischer Extremismus ist die Politik der Übersimplifizierung.

Pfade der Militantisierung: Radikale und extreme Rationalisierungen von Gewalt

Die vorgenommene Differenzierung von Radikalismus und Extremismus würde auch Probleme überwinden, die dem geläufigen Verständnis von Extremismus anhaften, ohne den Begriff über Bord zu werfen. Extremismustheoretiker liegen ja nicht unbedingt falsch, wenn sie, wie im folgenden Beispiel, zwei Gegenpole im Politischen ausmachen: auf der linken Seite „die rigorose Durchsetzung des Prinzips menschlicher Fundamentalgleichheit in allen Lebensbereichen"; auf der rechten Seite die Überzeugung, „dass eine auf dem Prinzip der Ungleichheit basierende Ordnung etabliert werden soll" (Backes/Jesse 1989, 41). Fragwürdig scheint jedoch, diese wesensfremden Pole, die dem hier vorgetragenen Verständnis von Radikalismus und Extremismus ähneln, beide gleichermaßen als Extremismus zu markieren. Vielmehr bilden sie ein Kontinuum konträrer Rationalitäten, zwischen denen *alle* politischen Akteure oszillieren. Anders gesagt: Radikale und extreme Rationalitäten sind – in variierendem Maße – in jedem politischen Kontext gegeben.**[20]**

Theoretisch sind beide Rationalitäten als Idealtypen zu verstehen; in der

Sinne radikal ist, da eine tiefgreifende Analyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge eben auch ihre eigene Vermittelbarkeit und die Praktikabilität daraus abzuleitender Praxen reflektieren müsste. Es wäre daher zu diskutieren, ob eine Anerkennung von Grenzen des Radikalismus beziehungsweise eine radikale Kritik radikaler Kritik für einen transzendentalen Radikalismus oder dessen Selbstaufhebung steht.

[20] Politiken der repräsentativen Demokratie enthalten etwa durchaus Elemente einer extremen Rationalität, mit denen die Instabilitäten ihrer radikalen Stoßrichtung abgefedert werden sollen. Es ist ja gerade das Argument gegen basis- beziehungsweise radikaldemokratische Modelle, dass Gesellschaft zu komplex sei, als dass sie auf einen vertikalen Überbau verzichten könnte, der Prozesse zuspitzt und ihre Dynamiken steuerbar macht.

Praxis mögen sie ineinander übergehen oder in Mischformen auftreten (vgl. Kluge 1999), weil sich die kognitive und programmatische Dimension ambivalent verhalten.**[21]** Damit ist zugleich angezeigt, dass diese Rationalitäten nicht einfach ein Links-Rechts-Schema widerspiegeln. Zwar ließe sich argumentieren, dass linke Ideologien kognitiv eher radikal und rechte eher extrem fundiert sind, programmatisch können sie aber unterschiedlich gepolt sein, so dass es durchaus Sinn ergibt, von Links- und Rechtsextremismus einerseits und Links- und Rechtsradikalismus andererseits zu sprechen.**[22]** Ebenso lassen sich damit Binnenunterschiede in sozialen Bewegungen sinnvoll markieren. Radikale Feministinnen etwa denken anders als extreme Feministinnen, extreme Umweltschützer anders als radikale Umweltschützer.**[23]**

Wenn Akteure politische Gewalt anwenden, gleich welcher Rationalität, dann haben wir es hingegen mit Militanz zu tun. Die Hinwendung zu einer solchen sollte daher als *Militantisierung* bezeichnet werden. Das befreit den Begriff der *Radikalisierung* von seiner mehrdeutigen und relationalen Überfrachtung, so dass er in einem eindeutigen und substantielleren Sinne verwendet werden kann: der Hinwendung zu einer radikalen Rationalität. Die Hinwendung zu einer extremen Rationalität sollte wiederum als *Extremisierung* bezeichnet werden. Beide Prozesse meinen damit zunächst nur einen Wandel in den Einstellungen, auf dem Prozesse der Militantisierung aufbauen können. Auf diese Weise werden neue analytische Perspektiven eröffnet, da sich die Pfade in die Gewalt, also die Entscheidungsketten hin zur Militanz, besser rekonstruieren lassen.

Grundsätzlich ließe sich hierbei annehmen, dass ein ausgeprägter Radikalismus dazu neigt, sich gesellschaftlich nur schwer vermitteln zu können oder sich gar selbst zu paralysieren. Darauf deutet etwa die Binnenkonkurrenz in der sozialistischen Arbeiterbewegung hin, in welcher der Linksradikalismus längerfristig nicht dieselbe Resonanz herstellen konnte wie politische Ansätze, die pragmatisch mit etablierten Strukturen interagierten und selbst mit vertikaleren Strukturen operierten. Auch die Fortführung dieser Tradition durch etwa die Neue Linke legt nahe, dass Radikalismus in sozial isolierten Freiräumen oder gar einem regelrechten *exit* aus der gesellschaftlichen Masse enden kann (vgl. dazu Fielitz/Wallmeier in diesem Heft). Auf der anderen Seite wäre der Vermutung nachzugehen, dass ein ausgeprägter Extremismus mit etwa seinen „zugespitzten Ungleichwertigkeitsvorstellungen“ (Quent 2016, 30f.) fähig sei, einfache Denksysteme hervorzubringen, die zuweilen besonders resonanzfähig vor allem in Situationen der Unsicherheit und Unübersichtlichkeit sind.

Angenommen, dass (fast) jede politische Ideologie ein Potential für Militanz aufweist, wäre ferner davon auszugehen, dass unterschiedliche Ideologien die Entscheidungen für Gewalt jeweils anders rationalisieren, so dass die Formen variieren, die Gewalt potentiell annimmt – etwa hinsichtlich Intensität und Zielauswahl. Militanter Extremismus, so ließe sich argumentieren, tendiert in Konsequenz zu kategorischer, militanter Radikalismus eher zu selektiver Gewalt.**[24]** In diesem Sinne kann Radikalisierung auch eine Abnahme von Gewalt zeitigen (Demilitantisierung), da Radikalismus tendenziell für eine nuanciertere Realitätswahrnehmung steht. Im selben Sinne kann Deradikalisierung eine Hinwendung zu vereinfachten Weltsichten bedeuten und Gewalt gegen kategorische Feindbilder nach sich ziehen. Vor al-

[21] Zum Beispiel: Eine radikale Rationalität ist grundsätzlich inklusiv, sie kann aber in eine diskriminierende Praxis kippen, wenn eine soziale Gruppe kategorisch als Feind inklusiver Ziele ausgemacht wird. Gerade der Marxismus-Leninismus ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein kognitiver Radikalismus in einen programmatischen Extremismus umschlagen kann. Andersrum kann Extremismus ein radikales Moment enthalten, wenn er einen zivilgesellschaftlichen Fokus hat, der Partizipation – wenn auch nur exklusiv für eine bestimmte soziale Kategorie – ermöglicht.

[22] Als Rechtsradikalismus ließen sich etwa – zumindest in Bezug auf konkrete Praxen – die Tendenzen des völkischen Spektrums interpretieren, die nicht auf die Eroberung der staatlichen Macht, etwa durch eine autoritäre Partei, hinarbeiten, sondern in Siedlergemeinschaften ihre Utopie einer homogenen Gemeinschaft (vor-)leben. Als Linksextremismus können solche Tendenzen des antikapitalistischen oder antistaatlichen Spektrums gelten, die Personengruppen, denen eine bestimmte Funktion in der Herrschaftsordnung zugeschrieben werden, als Feindbild essentialisieren.

[23] In der hier vorgeschlagenen Lesart der Begriffe ließen sich zum Beispiel unter einem extremen Feminismus solche Tendenzen verstehen, die Geschlechter in dichotomer Weise essentialisieren und etwa einen Kampf gegen Männer propagieren, während unter einem radikalen Feminismus die Versuche gefasst werden könnten, die strukturellen und kulturellen Grundlagen zu dekonstruieren, die Geschlechterunterschiede konstituieren.

[24] Das lässt sich etwa mit Studien zur Letalität militanter Gruppen begründen. Militanz, die auf einer sozio-strukturierten Weltwahrnehmung basiert und damit zu einer radikalen Ra-

lem aber verleiht solch ein substantielles Verständnis der Rede vom ‚Extremismus der Mitte' einen konsistenten Sinn, wo sie in einem relationalen Verständnis geradezu paradoxal anmuten muss.

Gewiss, die Begriffe der *Extremisierung* und *Militantisierung* mögen ungewohnt und sperrig erscheinen. Sie wären aber morphemisch konsistent und würden die semantische Konfusion vermeiden, die im Radikalisierungsdiskurs zu beobachten ist. Nicht zuletzt würden dadurch auch normative Probleme vermieden wie etwa der Umstand, dass mit einem Radikalisierungsbegriff, bei dem Extremismus und Gewalt zentral gestellt sind, Akteure in Misskredit geraten, die sich als radikal verstehen – darunter auch radikale Demokraten –, aber keine Gewalt anwenden oder diese ablehnen. Das Thema Gewalt ist politisch viel zu heikel und folgenschwer, als dass die Wissenschaft – bei aller Berechtigung zur Vereinfachung – hier allzu einfache (um nicht zu sagen: extreme) Konzepte kolportieren sollte. Eine konzeptionelle Radikalisierung des Radikalisierungsbegriffs – die Rückführung auf seine morphemischen Wurzeln – wäre daher angeraten, wenngleich die semantischen Fakten, die durch den Radikalisierungsdiskurs geschaffen wurden, ihre intersubjektive Vermittelbarkeit erschweren dürften.

tionalität neigt, tendiert eher zu einem differenzierteren *target mode*. Militanz hingegen, die auf einer essentialisierenden, homogenisierenden, mitunter territorialisierenden Wahrnehmung basiert und damit die Dehumanisierung einer *outgroup* erleichtert, tendiert als Ausdruck einer extremen Rationalität eher zu einem pauschalen *target mode* (vgl. dazu Biene et al. 2017).

Literatur

Abay Gaspar, H.; Daase, C.; Deitelhoff, N.; Junk, J.; Sold, M. (2018) *Was ist Radikalisierung? Präzisierung eines umstrittenen Begriffs*. PRIF Report 5/2018. Frankfurt a. M.: Leibniz-Institut/Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Baal, G. (1994) *Histoire du Radicalisme*. Paris: La Découverte.

Backes, U.; Jesse, E. (1989) *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band 2: Analyse*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Bartlett, J.; Miller, C. (2012) The Edge of Violence. Towards Telling the Difference Between Violent and Non-Violent Radicalization. In: *Terrorism and Political Violence* 24(1): 1–21.

Biene, J.; Kaiser, D.; Marcks, H. (2017) Widerstand im Spiegel von Herrschaft. Eine relationale Typologie terroristischer Gewalt. In: Daase, C.; Deitelhoff; N.; Kamis, B.; Pfister, J.; Wallmeier, P. (eds.) *Herrschaft in den internationalen Beziehungen*. Wiesbaden: Springer VS.

Bock, H. (1976) *Geschichte des „linken Radikalismus" in Deutschland. Ein Versuch*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Borum, R. (2011a) Rethinking Radicalization. In: *Journal of Strategic Security* 4(4): 1–6.

Borum, R. (2011b) Radicalization into Violent Extremism. A Review of Social Science Theories. In: *Journal of Strategic Security* 4(4): 7–36.

Bosi, L.; Demetriou, C.; Malthaner, S. (2014) *Dynamics of Political Violence. A Process-Oriented Perspective on Radicalization and the Escalation of Political Conflict*. Farnhan; Burlington: Ashgate.

Calhoun, C. (2012) *The Roots of Radicalism. Tradition, the Public Sphere, and Early Nineteenth-Century Social Movements*. Chicago: University of Chicago Press.

Camus, A. (1969 [1951]) *Der Mensch in der Revolte*. Reinbek b. H.: Rowohlt.
Cohn-Bendit, G.; Cohn-Bendit, D. (1968) *Linksradikalismus. Gewaltkultur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus*. Reinbek b. H.: Rowohlt.
Daase, C.; Deitelhoff, N. (2014) Zur Rekonstruktion globaler Herrschaft aus dem Widerstand. Internationale Dissidenz. Working Paper 1. Frankfurt a. M.: Goethe-Universität.
Daase, C.; Deitelhoff, N.; Junk, J. (2019) (eds.) *Gesellschaft extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*. Frankfurt am Main: Campus.
Deitelhoff, N. (2012): Leere Versprechungen? Deliberation und Opposition im Kontext transnationaler Legitimitätspolitik. In: Geis, A; Nullmeier, F.; Daase, C. (eds.) *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen*. Baden-Baden: Nomos.
Della Porta, D.; LaFree, G. (2012) Processes of Radicalization and De-Radicalization. In: *International Journal of Conflict and Violence* 6(1): 4–10.
Gallie, W. (1955) Essentially Contested Concepts. In: *Proceedings of the Aristotelian Society* 56(1): 167–198.
Gerwarth, R.; Haupt, H.-G. (2007) Internationalising Historical Research on Terrorist Movements in Twentieth-Century Europe. In: *European Review of History – Revue européenne d'Histoire* 14(3): 275–281.
Githens-Mazer, J.; Lambert, R. (2010) Why Conventional Wisdom on Radicalization Fails. The Persistence of a Failed Discourse. In: *International Affairs* 86(4): 889–901.
Kailitz, S. (2004) *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
Kluge, S. (1999) *Empirisch Begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der Qualitativen Sozialforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
Kundnani, A. (2012): Radicalisation. The Journey of a Concept. In: *Race & Class* 54(2): 3–25.
Lucas, E. (1977) *Arbeiterradikalismus. Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*. Frankfurt a. M.: Verlag Roter Stern.
Lynch, M. (1997) *Radical Criminology*. Aldershot; Brookfield: Dartmouth.
Mandel, D. (2009) Radicalization. What Does it Mean? In: Jacuch, B.; Pick, T.; Speckhard, A. (eds.) *Home-Grown Terrorism. Understanding and Addressing the Root Causes of Radicalisation among Groups with an Immigrant Heritage in Europe*. Amsterdam u.a.: IOS Press.
McCauley, C.; Moskalenko, S. (2008) Mechanisms of Political Radicalization. Pathways Toward Terrorism. In: *Terrorism and Political Violence* 20(3): 415–433.
Müller, R. (1924/25) *Vom Kaiserreich zur Republik*. 2 Bände. Wien: Malik.
Neumann, P. (2008) Introduction. In: *Perspectives on Radicalisation and Political Violence. Papers from the First International Conference on Radicalisation and Political Violence*. International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence. London: ICSR: 3-7.
Neumann, P. (2013a) The Trouble with Radicalization. In: *International Affairs* 89(4): 873–893.
Neumann, P. (2013b): Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. In: *APUZ* 63(29–31): 3–10.
Newman, S. (2007) *From Bakunin to Lacan. Anti-Authoritarianism and the Dislocation of Power*. Lanham: Lexington Books.

Pisoiu, D. (2011) *Islamist Radicalisation in Europe. An Occupational Change Process*. New York: Routledge.

Pouliot, V. (2014) Practice Tracing. In: Bennett, A.; Checkel, J. (eds.) *Process Tracing. From Metaphor to Analytic Tool*. Cambridge: Cambridge University Press.

Quent, M. (2016) *Rassismus, Radikalisierung, Rechsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*. Weinheim; Basel: Beltz-Juventa.

Robert, J. (1998) *Athenian Radical Democracy*. Kingston upon Thames: LACT Publications.

Sageman, M. (2011) The Turn to Political Violence in the West. In: Coolsaet, R. (ed.) *Jihadi Terrorism and the Radicalisation Challenge. European and American Experiences*. Farnhan; Burlington: Ashgate.

Sartori, Giovanni (1984) *Social Science Concepts. A Systematic Analysis*. Beverly Hills u.a.: Sage.

Sedgwick, M. (2010) The Concept of Radicalization as a Source of Confusion. In: *Terrorism and Political Violence* 22(4): 479–494.

Sepúlveda, J. (1993) *Los radicales ante la historia*. Santiago de Chile: Editorial Andrés Bello.

Schmid, A. (2013) *Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation. A Conceptual Discussion and Literature Review*. ICCT Research Paper. Den Haag: ICCT.

Strasser, P. (1984) *Verbrechermenschen. Zur kriminalwissenschaftlichen Erzeugung des Bösen*. Frankfurt a. M.; New York: Campus-Verlag.

10.6094/behemoth.2019.12.2.1025

BEHEMOTH A Journal on Civilisation
2019 Volume 12 Issue No. 2

Wehrlos gegen Salafismus im Netz?

Chancen und Grenzen von Gegennarrativen

Defenseless against Salafism on the Internet?

Opportunities and Limitations of Counter-Narratives

Manjana Sold, Hande Abay Gaspar

Abstract

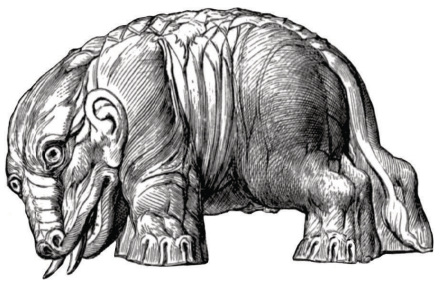
Within the framework of extremism prevention and the development of deradicalization programs, but also in science, politics and in the context of civil society, so-called "counter-narratives" are increasingly given an important role. While prevention actors are increasingly working with counter-narratives and are developing model projects, research on counter-narratives remains relatively scarce and its impact has so far been underexplored. In addition, critical perspectives on counter-narratives that fear a sovereignty of interpretation are on the rise. The article provides an empirical insight into counter-narratives from Salafist profiles in the social network Facebook. It emphasizes the potential of counter-narratives to prevent extremism, but at the same time pleads for a reflected use of them. Furthermore, the authors emphasize that the use of counter-narratives is only one aspect of prevention work and should therefore not be understood as the sole remedy.

Keywords, dt.: Gegennarrative, Salafismus, Dschihadismus, Facebook

Keywords, engl.: Counter-Narratives, Salafism, Jihadism, Facebook

Manjana Sold is a research associate at the *Peace Research Institute Frankfurt* (PRIF) and a member of the Leibniz Research Group "Radicalization" as well as a Research Fellow at the Institute for Strategic Dialogue (ISD). Her research focuses in particular on the role of the Internet in individual radicalization processes and the connection between virtual and real-world radicalization. She is doing her doctorate on mobilization strategies of Salafist-jihadist and right-wing extremist actors in the virtual world. **E-Mail: sold@hsfk.de**

Hande Abay Gaspar is a research associate at the *Peace Research Institute Frankfurt* (PRIF). She is currently working in the PANDORA project network, which investigates propaganda, mobilization and radicalization in the virtual and real world. Her research focuses on real-world radicalization processes of Salafist groups. She is also a member of the Leibniz Research Group "Radicalization", which investigates the causes and processes of radicalization processes as well as their effects on society. **E-Mail: abay@hsfk.de**



Einleitung

Fehlinformationen, extremistische Ansichten, aber auch herabwürdigende und beleidigende Sprache werden immer wieder als gesellschaftlich vorherrschende Meinung und als vermeintliche Realität durch andere wahrgenommen. Die Beeinträchtigung oder Verdrängung des pluralistischen Diskurses durch derartige Narrative ist Folge extremistischer Akteure und ihrer koordinierten Aktionen (Kreißel et al. 2018, 25). Dennoch werden Gegennarrative (abgeleitet von engl. counter-narratives) in Forschungen zu extremistischer und insbesondere islamistischer Radikalisierung meist nur am Rande untersucht. Gleichzeitig wird ihnen verstärkt ein großes Potenzial für Deradikalisierungs- und Präventionsmaßnahmen zugeschrieben (Marti 2019, 303; GTAZ-AG 2017, 6). Während Träger der Präventionsarbeit zunehmend mit Gegennarrativen arbeiten und (Modell-)Projekte entwickeln,**[1]** liegt die systematische empirische Analyse von Gegennarrativen und deren Wirkung noch weit zurück (Gemmerli 2016; Hemmigsen/Kastro 2017). Eine Ausnahme bilden Studien, die einen Überblick über unterschiedliche Gegennarrativ-Ansätze geben (Reed et al. 2017; Silverman et al. 2016), Untersuchungen zu konkreten Gegennarrativen, wie beispielsweise solche, die sich gegen den Einsatz von Gewalt richten (Günther et al. 2016a, 159ff.) oder erste Forschungsprojekte zur Untersuchung der Wirkung von Gegennarrativen wie *Countering Digital Dominance* der Universität Münster.**[2]**

Insbesondere in sozialen Medien sind Gegennarrative zwar erkennbar, bleiben von Wissenschaftlern jedoch meist unbeachtet. Bevor Gegennarrative ‚neu erfunden' werden, kann ein Blick in bereits bestehende Gegennarrative und damit notwendigerweise auch in bestehende zentrale Narrative sinnvoll sein. Denn diese können einerseits Indizien geben, wie Gegennarrative beschaffen sein und von wem eingebracht werden sollten, um auf die größte Resonanz zu stoßen. Andererseits können sie als Sprungbrett für die Entwicklung weiterer Gegennarrative fungieren und zur Identifikation fehlender Gegennarrative beitragen. Ziel des Beitrages ist es, einen exemplarischen Einblick in zentrale salafistische Narrative und deren Gegennarrative in der virtuellen Welt zu geben. Wir vertreten ein breites Verständnis von Salafismus und sehen ihn in Anlehnung an Biene et al. (2016, 15ff.) als eine transnationale fundamentalistische und moderne Strömung im sunnitischen Islam.

Die hier dargestellten empirischen Erkenntnisse basieren auf Beobachtungen, die im Rahmen eines breiter angelegten Forschungsprojektes zu salafistischen Radikalisierungsprozessen gemacht wurden.**[3]** Hierbei wurden Facebook-Profile mit unterschiedlichem Radikalitätsgrad einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen.**[4]** Zur Ermittlung der Fallstudien wurden zunächst relevante salafistische Profile, sogenannte *seed accounts*, auf Facebook über eine Medienanalyse identifiziert. Anschließend wurden mithilfe des Schneeballprinzips die identifizierten *seed accounts* als Ausgangspunkte genutzt, um weitere Accounts salafistischer Akteure zu identifizieren, die wir hinsichtlich ihres Gewaltpotenzials in gewaltfrei, gewaltaffin und gewaltbereit unterschieden haben.**[5]** Dazu wurden Indikatoren für die Radikalitätsgrade entwickelt, anhand derer je Radikalitätsgrad ein Fall zur Analyse ausgesucht wurde. In einem deduktiv-induktiven Verfahren wurde als nächstes ein Codebook zur Durchführung der Inhaltsanalyse entwickelt. In diesem stellten Gegennarrative eine von mehreren Untersuchungskategori-

[1] Beispielhaft genannt seien hier: *Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim_innen online*, *digital-salam.de*, *Winfluence* (Jugendinfo Winterthur), *knowislam.ch*, aber auch *Extreme Dialogue, Operation Trojan T-Shirt*, *Abdullah X* (siehe hierfür ISD/RAN 2015: 10ff.).

[2] Siehe dazu: http://re-coin.de/countering-digital-dominance

[3] Gemeint ist hier das Verbundprojekt „Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung zur Gewalt in der virtuellen und realen Welt. Ursachen, Verläufe und Gegenstrategien im Kontext der Debatte um Flucht und Asyl."; kurz: PANDORA.

[4] Untersucht wurden sowohl öffentliche als auch private Profile. Um die wissenschaftliche Zweckmäßigkeit sicherzustellen und das Persönlichkeitsrecht zu wahren, wurde ein Datenschutzkonzept entwickelt, das vom hessischen Datenschutzbeauftragten geprüft und genehmigt wurde.

[5] Gewaltbereite Salafisten werden oft als dschihadistische Salafisten bezeichnet (Biene/Junk 2016: 8).

en dar. Die eingebrachten Narrative und Gegennarrative stammen somit aus Posts von Nutzern des sozialen Mediums Facebook. Sie sind als ‚natürliche Reaktionen' von Nutzern innerhalb des sozialen Netzwerkes zu betrachten und stammen nach unserem Kenntnisstand nicht von staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen, die gezielt und systematisch Gegennarrative einbringen.

Der vorliegende Beitrag unterstreicht die Relevanz des Einsatzes von Gegennarrativen für die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit. Gleichzeitig plädiert er aber auch für einen reflektierten Umgang mit Gegennarrativen, da bei deren Einsatz stets die Gefahr besteht, eine gegensätzliche Erzählung aufzuzwingen. Zunächst nehmen wir eine kurze terminologische Einführung der Begriffe „Narrative", „Gegennarrative" und „alternative Narrative" vor. Im Hauptteil werden beobachtbare Gegennarrative aus salafistischen Facebook-Profilen mit unterschiedlichen Radikalitätsgraden vorgestellt, um so bereits bestehende Argumentationsstrukturen zu identifizieren, die für die Entwicklung von neuen Gegennarrativen genutzt werden können. Anschließend werden die beobachteten Gegennarrative auf ihre Wirkung hin diskutiert sowie kritisch reflektiert, bevor ein Fazit gezogen wird.

Alles nur Erzählungen? Narrative, Gegennarrative und alternative Narrative

In der Forschung besteht keine einheitliche Definition von Narrativen. Wir greifen deshalb auf die Definition von Braddock und Horgan (2016) zurück, da sie die Konfliktsituation inkludieren, aus der diese Erzählungen entstehen. So definieren sie Narrative als „any cohesive and coherent account of events with an identifiable beginning, middle, and end about characters engaged in actions that result in questions or conflicts for which answers or resolutions are provided" (Braddock/Horgan 2016, 2f.). Gegenpositionen zu solchen Narrativen werden als „Gegennarrative" bezeichnet (Dovermann 2013). Für Braddock und Horgan (2016, 5f.) sind Gegennarrative Erzählungen, die andere Narrative anfechten oder in Frage stellen und (im Kontext von Terrorismusbekämpfung) das Ziel verfolgen, terroristische Narrative zu widerlegen und kritisch zu hinterfragen. Briggs und Feve (2013) dehnen die Bedeutung von Gegennarrativen noch weiter aus und schreiben ihnen nicht nur einen argumentativen, sondern auch einen handlungsbasierten Charakter zu. Demnach sind Gegennarrative „actions to directly deconstruct, discredit and demystify violent extremist messages" (Briggs/Feve 2013, 2). Klauser (2016) fokussiert das kritische Potential von Gegennarrativen, die die ‚andere Seite' dazu auffordern, die richtigen Fragen zu stellen, Gegenargumente im dialogischen Sinn zu reflektieren, zu hinterfragen und selbst Gegenfragen zu stellen. Gegennarrative sind somit eine mögliche Form der Kommunikation gegen Extremismen bzw. Radikalismen – ganz gleich ob politischer oder religiöser Natur.

Doch Gegennarrative können auch über bloße Kritik hinausgehen, indem sie alternative Narrative anbieten. In diesem Sinne können Gegennarrative aus alternativen Erzählungen bestehen, in denen beispielsweise Gewalt delegitimiert oder auf andere Handlungsoptionen hingewiesen wird (Günther et

al. 2016b, 2). Auch Schmid (2013, 57) zielt auf die Formulierung von alternativen Narrativen ab: „It is important to de-glamourise terrorism […] by countering their extremist narratives with a clear and credible counter-narrative that has a broad appeal […].“ Alternative Narrative sind somit ein lösungsorientierter Bestandteil von Gegennarrativen, die auf positive und inklusive Botschaften fokussieren und oft durch Toleranz, Dialog und Verständigung gekennzeichnet sind.

Im vorliegenden Beitrag wird ein breites Verständnis von Gegennarrativen vertreten, das sowohl die Argumentations- als auch Handlungsebene beinhaltet und die Entwicklung von Alternativerzählungen als möglichen Bestandteil inkludiert. Gegennarrative sind somit Erzählungen und/oder Aktivitäten, die andere Narrative in Frage stellen, anfechten oder delegitimieren und dabei auch alternative Narrative konstruieren können.

Gegennarrative auf salafistischen Facebook-Profilen

Salafistische Propaganda stützt sich in der virtuellen wie in der analogen Welt auf Erzählungen (Köpfer 2016, 71). Um Gegennarrative möglichst effizient einzubringen, muss zunächst Wissen über die zentralen Narrative bestehen. Nachfolgend soll daher eine Auswahl häufig angewendeter Narrative und Gegennarrative auf salafistischen Facebook-Accounts dargestellt werden.

Zuvor muss betont werden, dass der Salafismus ideologisch heterogen ist. Daher handelt es sich bei den beobachteten Profilen um salafistische Positionen, die nicht in Vertretung aller Salafisten stehen (Gauvain 2013, 12). Die hier dargestellten Narrative sind besonders prominente Beispiele aus einer Vielzahl weiterer Erzählungen, die zur Rekrutierung und Mobilisierung von Salafisten angewandt werden. Aus datenschutzrechtlichen sowie ethischen Gründen werden die Autoren der Posts nicht genannt und der Inhalt nur in Auszügen oder paraphrasiert wiedergegeben.

Als übergeordnete Großerzählung fungiert das Opfernarrativ: Muslime würden von anderen Religionen und/oder dem Westen gewaltsam unterdrückt. In Posts zu diesem Narrativ grenzen sich Salafisten von ihren vermeintlichen Feinden ab und stellen sich in der Opferrolle dar. Täter („feindliche Kräfte“ wie der Westen, meist auch „nur“ die USA, Israel oder Anhänger anderer Strömungen im Islam) und Opfer (Muslime oder die „wahrhaft Glaubenden“) werden in Posts klar benannt und so Freund-Feind-Vorstellungen vermittelt. Argumentiert wird, die globale salafistische oder muslimische Gemeinschaft (*umma*) müsse sich geschlossen gegen äußere Feinde wehren. Zur Vermittlung dieses Narratives werden häufig Bilder oder Memes eingesetzt, die Gewaltszenen oder Opfer (militärischer Interventionen) zeigen. Auffallend ist, dass die hierbei verwendeten Bilder oftmals aus anderen Kontexten stammen. Auf diversen salafistischen Profilen kursierte beispielsweise ein Bild, das nicht die beschriebenen Gewaltszenen von Mönchen gegenüber der muslimischen Minderheit in Burma, sondern Opfer eines Erdbebens in Tibet, bei deren Leichenbergung buddhistsiche Mönche geholfen hatten, zeigte (siehe hierzu auch Kimmel et al. 2018, 44). In Bezug auf Kontexte von Gewalt gegen muslimische Minderheiten (wie die Rohingya) wird das Freund-Feind-Schema dramatisiert. So heißt es beispielsweise:

„Zwischen uns und euch ist für ewig eine Feindschaft und Hass entstanden." In Gegennarrativen wird gefordert, kein dualistisches Weltbild zu verfolgen: „Warum hältst du immer an einem Gegeneinander fest. Ich möchte keine unterdrückten Muslime, wie auch keine unterdrückten andersdenkenden Menschen. Ich wünsche mir von Herzen mehr Ambiguitätstoleranz in dieser Welt." Häufiger wird auch auf den von Allah geschaffenen Pluralismus hingewiesen oder – wie es der syrische Reformer Muḥammad Kurd ʿAli vermittelte – darauf, dass Zivilisationen erst im Austausch mit anderen Kulturen an Größe gewinnen.

Ein anderes von Salafisten eingesetztes Narrativ ist, dass, indem nur sie die Nachfolge des Propheten Muhammad authentisch angetreten hätten, sie die einzigen „wahrhaft Glaubenden" und somit auch die einzigen „wahren Muslime" seien, womit sie eine klare Grenze zwischen den „wahren Glaubenden" und den Anderen ziehen. In Posts findet sich in diesem Zusammenhang auch der Verweis auf „richtige" Koranübersetzungen. So wird auf Übersetzungen der (inzwischen verbotenen) Lies!-Kampagne oder von Abdullāh as-Sāmit Frank Bubenheim verwiesen. Ein Gegennarrativ ist, dass es sich dabei um „falsche" Übersetzungen handle, die politisch negativ beeinflusst sind und zu Terrorismus führen. Auch wird gefordert, mehr innerislamische Vielfalt aufzuzeigen und zu akzeptieren.

Ein weiteres prominentes Narrativ beschäftigt sich mit der Auslegung des Korans. So heißt es in einigen Posts, der Koran sei „wörtlich zu verstehen und spiegele die Realität wieder". In Gegennarrativen wird auf die Interpretationsfähigkeit oder vielmehr -notwendigkeit des Korans auch unter Verweis auf die heutige Zeit hingewiesen. Zudem werden teilweise kritische Nachfragen zu den Koranversen gestellt, auf die sich der Post bezieht oder alternative Verse angeführt.

Bezug auf viele weitere gesellschaftlich relevante Themen nimmt das Unterdrückungsnarrativ: die Behauptung, eine freie Religionsausübung sei im „Westen" nicht möglich. Häufig wird auf die sogenannte Kopftuchdebatte oder Debatten um Schwimmunterricht an Schulen oder Gebetsräume verwiesen. In Gegennarrativen wird das vorhandene Recht auf freie Religionsausübung genannt und mit Beispielen untermauert. Zudem wird argumentiert, dass im „Westen" niemand aufgrund seiner Religion einer Verfolgung ausgesetzt sei. In anderen Gegennarrativen wird Religionsfreiheit (auch) von Muslimen gefordert. So heißt es in einem Post: „Freie Religionsausübung [im Westen] ist gegeben, Muslime müssen auch selbst tolerant sein."

Ein ebenso zentrales Narrativ ist Heterosexismus: die Abwertung und/oder Diskriminierung von Menschen, die nicht heterosexuell leben beziehungsweise von Verhaltensweisen und Eigenschaften, die als nicht heterosexuell betrachtet werden. Salafisten äußern sich häufig diskriminierend gegenüber Nicht-Heterosexuellen. In einigen Posts wird argumentiert, dass Homosexuelle der Menschheit schaden oder die Gesellschaft verderben würden. Mit Verweis auf Homosexuelle wird schlechtes Wetter oder das Aufkommen von Krankheiten erklärt. In Gegennarrativen wird dies lediglich als unwahr dargestellt. Alternative Erzählungen bleiben jedoch aus.

Demokratiefeindlichkeit ist ein weiteres von Salafisten genutztes Narrativ. Einige Salafisten lehnen den Rechtsstaat und die Demokratie ab und agitieren gegen die Demokratie. Die parlamentarische Demokratie wird als

„unislamisch“ und unvereinbar mit der salafistischen Sicht einer „Gottesherrschaft“ dargestellt. Demokratie wird mit einer Religion gleichgesetzt, weshalb eine Unterordnung von Muslimen nicht möglich sei, da keine andere Religion außer dem Islam gelte. In Posts heißt es beispielsweise: „Demokratie, nein danke!!“. Demokratie zu praktizieren oder zu befürworten würde, so die Argumentation einiger Salafisten, eine Parallelinstanz zu Gott und eine eigene Rechtsordnung schaffen. Eingebrachte Gegennarrative weisen auf die Vorteile hin, die auch salafistische Akteure durch die Demokratie genießen, oder bezeichnen Demokratie als eine Staatsform, nicht jedoch als Religion.

Ein gängiges Narrativ ist Antisemitismus. Juden werden als vermeintlich existentielle Bedrohung für Muslime dargestellt. In Gegennarrativen wird immer wieder auf Gemeinsamkeiten zwischen dem Islam und anderen Religionen wie beispielsweise dem Judentum und Christentum verwiesen. So heißt es in einem Kommentar: „Für mich sind alle 3 eine Gemeinde – von der Denke“. Auch wird betont, man solle seine Energie nicht auf das Herausstellen von Unterschieden verschwenden, sondern versuchen, Mitmenschen für den „wahren Glauben“ zu gewinnen. In einem alternativen Narrativ wird die Forderung laut, statt Beleidigungen sollten lieber Gebete (*dua*) verrichtet werden.

Neben diesen salafistischen Narrativen, die den Rezipienten als Orientierung in der „westlichen Welt“ oder „zwischen Ungläubigen“ dienen sollen, lassen sich auch unmittelbar gewaltbegründende Narrative finden: Die Ausbeutung und Erniedrigung muslimischer Länder und deren Bewohner im 19. und 20. Jahrhundert erfordere gewaltsame Notwehr, um die muslimische Würde wiederherstellen zu können. Wer den militanten Dschihad (im Falle eines Angriffs) nicht persönlich ausübe, sei kein „wahrer“ Muslim. Gewaltsame Gegenwehr gegen Ungläubige sei nicht nur erlaubt, sondern werde von Allah unterstützt. Zu ‚Hochzeiten’ des Syrienkrieges wurde argumentiert, Männer müssten in das Kalifat kommen, um gegen „Ungläubige“ (*kuffār*) zu kämpfen und den „wahren Islam“ zu verteidigen. In Gegennarrativen wird darauf hingewiesen, dass Menschen nicht entscheiden dürfen, wann und wo dschihadistische Gewalt angewendet wird. Zudem begründen sie eine Ablehnung von Gewalt oder zumindest gewisser Formen der Gewaltanwendung mit dem Koran. Insbesondere Selbstmord wird in vielen Kommentaren unter Verweis auf den Koran als verboten (*harām*) dargestellt.

Ein zentrales dschihadistisches Narrativ, das auch in vielen Posts von Anhängern des „Islamischen Staates“ zu finden ist, thematisiert die Endzeit. Alle an der kriegerischen Expansion des Islams beteiligten Personen sicherten sich einen Platz im Paradies, so das eschatologische Narrativ. Gegennarrative hierauf sowie auf einige andere insbesondere von gewaltbereiten Salafisten eingebrachte Narrative ließen sich in den gesichteten Profilen nicht finden. Grund hierfür ist vermutlich, dass Personen, die dem gewaltbereiten Radikalitätsgrad zuzuordnen sind, oft ihren Freundeskreis auf Facebook auf Gleichgesinnte beschränken und die Privatsphäre-Einstellungen ihrer Profile entsprechend anpassen.

Die dargestellten (Gegen-)Narrative werden in Form von Bildern, Videos und Memes, textbasiert oder über Audio-Beiträge in soziale Medien eingebracht. Teilweise basieren sie auf demokratischen, teilweise auf theologischen Argumenten. Oftmals lassen sich jedoch auch persönliche ‚Angriffe‘

beobachten. Auffallend häufig werden im Gegenzug Nachfragen gestellt nach Versen im Koran oder der Sunna, in denen die Gegenmeinung (das Gegennarrativ) belegt wird. Bisweilen wird die Person, die das Gegennarrativ eingebracht hat, sogar gebeten, eine private Nachricht mit den entsprechenden Belegen zu hinterlassen. Oftmals sind es alte Weggefährten und frühere Freunde, die die Möglichkeit der Gegenrede nutzen. Dies wird an Äußerungen deutlich wie „du bist kaum noch wiederzuerkennen“ oder „bist du der, den ich einst kannte?“.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Gegennarrative auf Posts nur selten anzutreffen sind. Bei den analysierten Facebookprofilen machten Gegennarrative einen sehr geringen Anteil der Posts aus. Dass nur wenige Nutzer sozialer Netzwerke Gegenrede einbringen, ist nicht verwunderlich. Wie auch in der analogen Welt agieren Personen auch online vor allem unter ihresgleichen. Ihre ‚Freunde‘ verfolgen eine ähnlich oder gleich gelebte Ideologie, sind meist ähnlich radikalisiert und teilen viele Einstellungen. Dadurch bleibt wenig Raum zur Gegenrede.

Nichtsdestotrotz zeigen die Beispiele, dass sich bereits Gegennarrative finden lassen, die seitens anderer Nutzer eingebracht werden. Auch wenn diese bisher nur selten Debatten in der Kommentarfunktion entfachen, so wird zumindest teilweise darauf reagiert. Doch noch immer überwiegt der Anteil an Propaganda deutlich dem sehr kleinen Anteil von Inhalten, die sich dieser entgegenstellen (Institute for Strategic Dialogue/RAN 2015; Briggs-/Freve 2013). Sowohl in der virtuellen als auch in der analogen Welt besteht Potenzial zum Ausbau und zur Etablierung von Gegennarrativen. Die Enttarnung der einerseits selektiven und zudem engstirnigen ideologischen Auslegungen kann Extremisten daran hindern, die Hoheit über die Exegese von Texten zu gewinnen. Dabei stellt sich die Frage, ob Gegennarrative eine positive Wirkung haben und wie sie am besten eingesetzt werden können.

Einsatz und Wirkung von Gegennarrativen

Extremisten jeglicher Couleur nutzen das Internet zur Verbreitung propagandistischer Inhalte. Umgekehrt kann das Internet für die Verbreitung von Gegennarrativen eine Schlüsselrolle spielen (Ashour 2010, 15). In der virtuellen Welt kann insbesondere auf öffentlichen Plattformen und Websites oder auch in Kommentaren die Gegenrede weiter ausgebaut werden. Ganz gleich in welcher Form, ob als Text, Video oder Meme, können „positive Botschaften, die für Toleranz, Freiheit und die universellen Menschenrechte werben“ (Münch 2017, 6) in den virtuellen Diskurs eingebracht werden. Insbesondere Videos können eine starke Beeinflussung erzielen und werden daher vermehrt eingesetzt. Eine Studie von Rieger et al. (2017, 235) zeigt, dass Videos gegen Extremismus zwar „nicht zu einer negativeren Bewertung von Propagandavideos und ExtremistInnen [führten] und [nicht] die Zustimmung zu extremistischen Aussagen [verringerten]“, jedoch eine indirekte Wirkung erzielten, „indem sie eine egalitäre, tolerante, demokratische Gesellschaft bewarben und die Attraktivität von GegenaktivistInnen steigerten“ (ebd.). Doch nicht nur das Medium, sondern auch die Art der Gegennarrative macht ihren Erfolg aus. Die Betrachtung von Reaktionen auf Gegennarrative zeigt, dass Argumentationen, die sich direkt gegen die Ideologie richten,

in der Regel weniger erfolgreich sind als Versuche, Zweifel bei den Konsumierenden der Propaganda zu wecken (siehe auch Institute for Strategic Dialogue/RAN 2015; Weilnböck 2014). Direkte Kritik an der Ideologie führt oftmals zur Verfestigung der eigenen Position (Gemmerli 2016; Hemmigsen/Kastro 2017). Statt einer direkten Ablehnung der Narrative scheint daher das Aufzeigen einer alternativen Erzählung erfolgversprechender zu sein (Tuck/Silverman 2016).

Trotz erster Erkenntnisse besteht weiterhin Forschungsbedarf in Bezug auf die Wirkung von Gegennarrativen (Baier et al. 2019, 108f.). Die Forschung bleibt jedoch aus methodischen und datentechnischen Gründen herausfordernd. So ergeben sich technische Schwierigkeiten beim Einsatz von Gegennarrativen aufgrund der Funktionsweise sozialer Medien, da größtenteils unbekannte Algorithmen beeinflussen, für wen welche Inhalte sichtbar sind. Für den Einsatz von Gegennarrativen bedeutet dies konkret, dass eine gewünschte Zielgruppe nicht mit Sicherheit erreicht werden kann. Auch beim Kausalitätsnachweis, also der Wirkungsmessung, ergeben sich Herausforderungen. Da nur die Online-Aktivitäten von Personen beobachtbar sind und es unmöglich bleibt, ‚in die Köpfe der Personen zu schauen', lässt sich eine Einstellungsveränderung nur eingeschränkt ablesen. Außerdem bleibt der Kausalitätsnachweis weiterhin fraglich, da eine ideologische Veränderung der Person auch auf andere Faktoren zurückzuführen sein könnte, in die der Forscher keinen Einblick hat.

Eine weitere oft diskutierte und relevante Frage ist, von wem Gegennarrative stammen sollten, um eine bestmögliche Wirkungskraft zu erzielen. Dovermann argumentiert, dass Gegennarrative in erster Linie von Muslimen eingebracht werden müssen, indem „Muslime gewissermaßen für die Nicht-Muslime den Diskurs mit jihadistischem Gedankengut führen, dieses im besten Fall entkräften und dabei von nicht-muslimischen Mitstreitern unterstützt werden" (2013, 43f.). Er kommt zu dem Schluss, dass ein Gegennarrativ „nur wirken [kann], wenn es aus der gleichen kulturellen Herkunft kommt wie das Narrativ selbst" (ebd.). Auch in einem Leitfaden der GTAZ-AG „Deradikalisierung" heißt es, dass „Botschafter, die selbst aus dem Milieu der adressierten Zielgruppe stammen (Demographie, Szenezugehörigkeit, lokale Herkunft etc.), anzustreben [sind]" (2017, 16). Tatsächlich zeigt sich, dass vor allem solche Gegennarrative Gehör finden, die von salafistischen Facebook-Accounts eingebracht werden. Doch die Annahme, dass Gegennarrative von Personen der „gleichen kulturellen Herkunft" eine stärkere Wirkung erzielen, wäre fatal. So zeigt auch eine Studie des *Tony Blair Institute for Global Change,* die den Einsatz und die Wirkung von Gegennarrativen innerhalb islamischer Strömungen untersuchte, dass etwa 40 Prozent der ideologischen Schlüsselbegriffe des salafistischen Dschihadismus gar nicht aufgegriffen werden und die meisten Bemühungen an den Schlüsselargumenten der Extremisten vorbeigehen (Comerford/Bryson 2017, 9). Daraus ist abzuleiten, dass Gegennarrative auch dann nicht per se erfolgsversprechend sind, wenn sie von Muslimen formuliert werden. Weiterhin darf die Verantwortung nicht ausschließlich auf Muslime abgewälzt werden: Entgegen Dovermanns Argumentation sehen wir den Diskurs als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime gleichermaßen stellen müssen.

Festzuhalten ist, dass es derzeit noch kein Richtmaß gibt, an dem effektive Gegennarrative ausgerichtet werden können (McDowell-Smith et al. 2017). Weiterhin bleibt unklar, welche Wirkung Gegennarrative haben und welche Eigenschaften eines Gegennarrativs zum Erfolg führen (Braddock/Horgan 2016, 6; Günther et al. 2016b, 27). Hier bedarf es weitergehender Forschung, um politische Entscheidungsträger sowie Praxisakteure mit dem nötigen Wissen auszustatten (Neumann et al. 2018).

Gegennarrative: Legitimes Präventionswerkzeug oder weiterer Dogmatismus?

Doch neben der Wirkung von Gegennarrativen stellt sich die nicht minder relevante Frage nach der Legitimität von Gegennarrativen. Dovermann formuliert, dass „[e]in Gegen-Narrativ auch selbst die Funktion eines Narrativs beanspruchen und behaupten [kann], wahr zu sein, wo das Narrativ falsch ist“ (2013, 42). Nicht zuletzt aufgrund dieses Wahrheitsanspruches lohnt sich ein kritischer Blick in den Einsatz von Gegennarrativen.

Qasem und Klapp (2018, 4) reflektieren Gegennarrative aus einem erzähl- und diskurstheoretischen Ansatz und deuten diese als hegemoniale Ordnungsversuche. Sie plädieren dafür, „Gegennarrative im Kontext von Islamismusprävention nicht ausschließlich als legitime Kampfmittel gegen Terrorismus oder Extremismus, sondern vielmehr immer auch als das normative Erzählen von Weltbildern zu verstehen“ und argumentieren weiter „für ein Verständnis von Gegennarrativen als Ordnungsversuche, deren vermittelter Geltungsanspruch durchaus kritisch zu hinterfragen ist – auch wenn sie von der vermeintlich ‚guten Seite‘ ins Feld geführt werden“ (ebd., 9f.). Auch Hohnstein und Glaser weisen darauf hin, dass Gegennarrative „auch als Ausdruck der Ablehnung und Ausgrenzung (und selten als Gesprächsangebot) begriffen werden [können]“ (2017, 260f.). Hierbei sehen sie die Gefahr, dass durch die Abschottung von der Mehrheitsgesellschaft eine Hinwendung zu extremistischen Gruppen eher gefördert werden könnte. Zudem können Gegennarrative „stereotypisierende Gefährdungsannahmen“ (ebd.) über die Zielgruppe reproduzieren und damit zu ihrer Stigmatisierung beitragen.

Einen gegensätzlichen Standpunkt bilden solche Studien, die dazu auffordern, Gegennarrative aggressiver zu gestalten, indem sie mehr leisten als nur negative Eigenschaften des Gegenübers aufzuzeigen (Neumann et al. 2018). So empfiehlt Ingram, dass Kampagnen die „Bedeutungssysteme“, auf denen extremistische Narrative aufbauen, untergraben sollten, während gleichzeitig „Störmaßnahmen“ (2016, 11) im Netzwerk angewandt werden sollten, um Verhaltensänderungen auszulösen, die zu einer Abkehr von der Unterstützung des Extremismus führen.

Unser Lösungsvorschlag lautet, Gegennarrative nicht aus dem Repertoire der Präventionsmaßnahmen zu verbannen. Denn – im Gegensatz zu anderen Präventionsmaßnahmen wie der Löschung von strafbaren Posts**[6]** – bieten sie die Möglichkeit zur Reflexion und Diskussion.

Allerdings gilt es, Gefahren wie Stigmatisierung, Ausgrenzung sowie normativen Dogmatismus beim Einsatz von Gegennarrativen stets mitzudenken. Daher sollten Gegennarrative kultur- und religionssensibel gestaltet

[6] Siehe hierzu das im Oktober 2017 in Kraft getretene Netzwerkdurchsetzungsgesetz (Bundestag 2017).

werden. Damit Gegennarrative nicht die Funktion von ‚Gegenpropaganda' einnehmen, sollten sie stets als alternative Narrative und als eine weitere mögliche Erzählung markiert werden. Ziel sollte es sein, Mitmenschen zum eigenen Denken und zur kritischen Reflexion zu ermächtigen. Dies sollte immer durch wissenschaftliche Wirkungsforschung von Gegennarrativen begleitet werden.

Fazit

Hatespeech und extremistische Ansichten nehmen verstärkt in der virtuellen Welt zu. Gesetze, die Internetanbieter und Konzerne zur Entfernung von Inhalten verpflichten, sind nur bedingt eine Lösung. Vielmehr können und müssen dieselben Plattformen und Technologien genutzt werden, um extreme Ansichten mit Gegenrede zu konfrontieren, um Alternativen aufzuzeigen und um für Toleranz einzustehen.

Die meisten Bemühungen, extremistischen Ideologien entgegenzuwirken, konzentrieren sich bisher jedoch ausschließlich auf die Auseinandersetzung mit Gewalterzählungen. Gegennarrative sollten breiter und früher ansetzen. Sie müssen weitere Themen aufgreifen, die über Gewalterzählungen hinausgehen und auch Themen behandeln, die in früheren Stadien von Radikalisierungsprozessen relevant sind. Dazu muss auf Erkenntnisse aus der Extremismus- und Radikalisierungsforschung zurückgegriffen werden. Denn um einschlägige Gegennarrative zu formulieren, braucht es Wissen darüber, welche Narrative, Diskurse und Themen (häufig gerade junge) Menschen in den Extremismus führen. Es ist daher ein stärkerer Austausch zwischen Forschung und Praxis vonnöten. Für beide Felder ergeben sich daraus Konsequenzen: Die Forschung muss gezielter praxisrelevante Fragestellungen formulieren und stets empirische Ergebnisse in einem Format aufbereiten, das Praxisakteuren zugänglich und in ihre Arbeit integrierbar ist. Auf der anderen Seite müssen Akteure, die mit Gegennarrativen arbeiten, stärker auf Forschungserkenntnisse zurückgreifen, aber auch ihre Felderfahrungen sowie Forschungsbedarfe stets mit Forschern kommunizieren.

Für die Wirkungskraft von Gegennarrativen kann festgehalten werden, dass die Notwendigkeit von Kausalitätsnachweisen verstärkt betont wird, jedoch weiterhin eine große Forschungslücke besteht, die nicht zuletzt methodischen Herausforderungen geschuldet ist. Fest steht, dass Gegennarrative keine Untermauerungsversuche der Narrative sein sollten – zumal es sich oft um reale gelebte Erfahrungen handelt, die nicht weggeredet können –, sondern alternative Erzählungen und Wirklichkeitsdeutungen aufzeigen sollten, um kritisches Denken anzuregen. Beim Einbringen von Gegennarrativen sind folglich die Zielgruppe, die jeweiligen Akteure, die die Gegenrede einbringen, Inhalt und Qualität der Narrative, Verbreitungskanäle und effektive Techniken zu beachten (Eser Davolio/Lenzo 2017, 6ff.). Als Strategien bei der Formulierung von Gegennarrativen nennen Baldauf et al. „Narrative ins Wanken bringen", „Haltung zeigen", „Narrative dekodieren", „[n]icht in die Ecke dringen lassen" und „[g]egenseitig stärken" (2017, 30).

Obschon Gegennarrative Potenzial für die Präventionsarbeit bergen, sind sie keine „‚Wunderwaffe' gegen Extremismus"; es ist vielmehr nötig, „sie in einen Gesamtansatz der Prävention, getragen durch Jugendhilfe, Sozialar-

beit, Beratungsstellen, Ausstiegshilfen und (kriminalpräventive) Anstrengungen der Sicherheitsbehörden [...] einzubetten“ (Münch 2017, 6). Ziel präventiver Arbeit sollte daher die Dekonstruktion extremistischer Narrative und vermeintlich einfacher Antworten sowie die Schaffung alternativer Angebote sein, „die der vermeintlichen Attraktivität extremistischer Ansprachen entgegenwirken und reale Perspektiven in der Gesellschaft aufzeigen“ (Nordbruch 2015). Eine wichtige Ergänzung zur Entwicklung von Gegennarrativen ist das Aufzeigen von alternativen Umgangsmöglichkeiten mit der empfundenen Realität. Junge Menschen müssen über demokratische politische Handlungsmöglichkeiten aufgeklärt und zum Einsatz dieser ermutigt werden.

Literatur

Ashour, O. (2010) Online de-radicalization? Countering violent extremist narratives: Message, messenger and media strategy. In: *Perspectives on Terrorism* 4(6): 15–19.

Baier, D.; Kamenowski, M.; Curty, G.; Eser, M.; Haymoz, S.; Manzoni, P.; Rether, A.; Wegel, M. (2019) Evaluation der Pilotprojekte Gegennarrative und Alternative Narrative zur Prävention von Radikalisierung im Netz, die zu gewalttätigem Extremismus führt. In: Jugend und Medien: Nationale Plattform zur Förderung von Medienkompetenzen (ed.) *Forschungsbericht 3/19*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen.

Baldauf, J.; Dittrich, M.; Hermann, M.; Kollberg, B.; Lu¨decke, R.; Rathje, J. (2017) *Toxische Narrative. Monitoring Rechts-alternativer Akteure*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.

Biene, J.; Daase, C.; Junk, J.; Müller, H. (2016) Einleitung. In: Biene, J.; Daase, C.; Junk, J.; Müller, H. (eds.) *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken und Handlungsempfehlungen*. Frankfurt a.M.: Campus.

Biene, J.; Junk, J. (2016) Salafismus in Deutschland als Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Eine Einleitung zum Band. In: Biene, J.; Daase, C.; Junk, J.; Müller, H. (eds .) Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Frankfurt am Main: Epubli. https://www.sicherheitspolitik-blog.de/files/2016/02/Salafismus_Band.pdf

Braddock, K.; Horgan, J. (2016) Towards a Guide for Constructing and Disseminating Counternarratives to Reduce Support for Terrorism. In: *Studies in Conflict & Terrorism* 39(5): 381-404.

Briggs, R.; Feve, S. (2013) *Review of Programs to Counter Narratives of Violent Extremism: What Works and What are the Implications for Government?* London: Institute for Strategic Dialogue.

Bryson, R.; Comerford, M. (2017) *Charting the Rift Between Islamist Extremism and Mainstream Islam*. London: Tony Blair Institute for Global Change.

Bryson, R.; Comerford, M. (2018) Den Missbrauch des Islam enttarnen. In: *Qantara.de - Dialog mit der islamischen Welt*. Bonn. https://de.qantara.de/inhalt/religioese-gegennarrative-zum-salafi-dschihadismus-den-missbrauch-des-islam-enttarnen, (14/07/2019)

Bundestag (2017) Bundestag beschließt Gesetz gegen strafbare Inhalte im Internet. In: *Deutscher Bundestag*. 2./3. Lesung. Berlin. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw26-de-netzwerkdurchsetzungsgesetz-513398, (25/08/2019)

Dovermann, U. (2013) Narrative und Gegen-Narrative im Prozess von Radikalisierung und Deradikalisierung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29(31): 39-45.

Eser Davolio, M.; Lenzo, D. (2017) *Hintergrundrecherche: Gegennarrative und alternative Narrativen*. Bern: Jugend und Medien: Nationale Plattform zur Förderung von Medienkompetenzen.

Felden, E.; von Hein, M. (2018) Kampf gegen Fundamentalismus: Die Streetworkerin. In: *Deutsche Welle*. Bonn. https://www.dw.com/de/kampf-gegen-fundamentalismus-die-streetworkerin-salafismus/a-45794316, (14/07/2019)

Gauvain, R. (2013) *Salafi Ritual Purity*: *In the Presence of God*. New York; London: Routledge.

Gemmerli, T. (2016) *Normalisation campaigns do not prevent online radical cultures. Avoid the pitfalls of counter-narratives. DIIS Policy Brief*. Copenhagen: Danish Institute for International Studies.

Glazzard, A. (2017*) Losing the Plot: Narrative, Counter-Narrative and Violent Extremism*. Den Haag: The International Centre for Counter-Terrorism.

GTAZ-AG „Deradikalisierung“ (2017) Leitfaden zum Umgang mit Counter-Narratives. In: *Hamburg.de*. Hamburg. https://www.hamburg.de/contentblob/11233354/acebc6c39b4b7b32b878490671db22e1/data/leitfaden-counter-narratives.pdf, (30/10/2019)

Günther, C.; Ourghi, M.; Schröter, S.; Wiedl, N. (2016a) Dschihadistische Rechtfertigungsnarrative und ihre Angriffsflächen. In: Biene, J.; Daase, C.; Junk, J.; Müller, H. (eds.) *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen*. Frankfurt a. M.: Campus.

Günther, C.; Ourghi, M.; Schröter, S.; Wiedl, N. (2016b) Dschihadistische Rechtfertigungsnarrative und mögliche Gegennarrative. In: *HSFK-Report* 4(2016).

Hemmigsen, A. S.; Kastro, I. (2017) *The Trouble with Counter-Narratives*. Kopenhagen: Danish Institute for International Studies.

Hohnstein, S.; Glaser, M. (2017) Wie tragen digitale Medien zu politisch-weltanschaulichem Extremismus im Jugendalter bei und was kann pädagogische Arbeit dagegen tun? Ein Überblick über Forschungsstand, präventive und intervenierende Praxis im Themenfeld. In: Hohnstein, S.; Herding, M. (eds.) *Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter: Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis*. Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut e.V.

Ingram, H. J. (2016) *A “Linkage-Based” Approach to Combating Militant Islamist Propaganda: A Two-Tiered Framework for Practitioners*. Den Haag: International Centre for Counter-Terrorism.

Institute for Strategic Dialogue (ISD); Radicalisation Awareness Network (RAN) Centre of Excellence (2015) Counter Narratives and Alternative Narratives. In: *RAN Issue Paper* 01/10/2015.

Kimmel, B.; Rack, S.; Hahn, F.; Frankenberger, P.; Oezmen, F.; Nordbruch, G. (2018) *Salafismus Online. Propagandastrategien erkennen – Manipulation*

entgehen. Materialien für Schule und außerschulische Jugendarbeit. Berlin: EU-Initiative klicksafe; Kompetenzzentrum jugendschutz.net.

Klauser, F. (2016) La chose la plus importante est l'esprit critique. In: *Unine – Université de Neuchâtel*. Neuchâtel. https://www.unine.ch/unine/home/luniversite/professeurs-sous-la-loupe/francisco-klauser.html, (14/07/2019)

Köpfer, B. (2016) Versuch einer Begriffsbestimmung: Islam – Islamismus: eine schwierige Grenzziehung zwischen religiöser Überzeugung und politischer Ideologie. In: Landesinstitut für Schulentwicklung; Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (eds.) *Jugendliche im Fokus salafistischer Propaganda. Was kann schulische Prävention leisten?* Paderborn: Bonifatius GmbH.

Kreißel, P.; Ebner, J.; Urban, A.; Guhl, J. (2018) *Hass auf Knopfdruck. Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz*. London: Institute for Strategic Dialogue.

Marti, C. (2019) Narrative zur Prävention von Radikalisierung im Internet: ein gesamtschweizerisches Projekt der Nationalen Plattform Jugend und Medien. In: Marks, E.; Fünfsinn, H. (eds.) *Gewalt und Radikalität. Ausgewählte Beiträge des 23. Deutschen Präventionstages*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.

McDowell-Smith, A.; Speckhard, A.; Yayla, A. S. (2017) Beating ISIS in the Digital Space: Focus Testing ISIS Defector Counter-Narrative Videos with American College Students. In: *Journal for Deradicalization* 1(10): 50-76.

Münch, H. (2017) Vorwort. In: Frischlich, L.; Rieger, D.; Morten, A.; Bente, G. (eds.) *Videos gegen Extremismus? Counter-Narrative auf dem Prüfstand. Polizei + Forschung Band 51*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Neumann, P.; Winter, C.; Meleagrou-Hitchens, A.; Ranstorp, M.; Vidino L. (2018) Die Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung. In: *PRIF Report 10(2018)*.

Nordbruch, G. (2015) Präventionsarbeit: Alternativen zu salafistischen Angeboten aufzeigen. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. Bonn. http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/211580/ansaetze-der-praevention-mit-jugendlichen-und-jungen-erwachsenen, (14/07/2019)

Qasem, S.; Klapp, M. (2018) Erzählen als hegemoniale Praxis: Ein diskurstheoretischer Blick auf Gegennarrative in der Islamismusprävention. *CoRE Report 3*.

Rabe, L. (2019) Ranking der größten sozialen Netzwerke und Messenger nach der Anzahl der monatlich aktiven Nutzer (MAU) im Januar 2019 (in Millionen). In: *Statista*. Hamburg. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/181086/umfrage/die-weltweit-groessten-social-networks-nach-anzahl-der-user (14/07/2019)

Reed, A.; Ingram, H. J.; Whittaker, J. (2017) Countering Terrorist Narratives, Policy Department for Citizens' Rights and Constitutional Affairs. Brüssel: Europäisches Parlament.

Rieger, D.; Frischlich, L.; Morten, A.; Bente, G. (2017) (eds.) *Videos gegen Extremismus: Counter-Narrative auf dem Prüfstand. Polizei + Forschung Band 51*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Schmid, A. (2013) *Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation: A Conceptual Discussion and Literature Review*. Den Haag: International Centre for Counter-Terrorism.

Silverman, T.; Stewart, C.; Amanullah, Z.; Birdwell, J. (2016) The Impact of Counter-Narratives. Insights from a year-long cross-platform pilot study of counter-

narrative curation, targeting, evaluation and impact. In: *Institute for Strategic Dialogue; Against Violent Extremism*. London. https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2016/08/Impact-of-Counter-Narratives_ONLINE_1.pdf, (29/10/2019)

Tuck, H.; Silverman, T. (2016) The Counter Narrative Handbook. In: *Institute for Strategic Dialogue*. London. https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2016/06/Counter-narrative-Handbook_1.pdf, (29/10/2019)

Weilnböck, H. (2014) *Was können Medien- und Internetgestützte Interventionen der Extremismusprävention erreichen und was nicht? Zum Ansatz der „Deradikalisierenden Narrative“*. Berlin: Cultures Interactive.

10.6094/behemoth.2019.12.2.1026

BEHEMOTH A Journal on Civilisation
2019 Volume 12 Issue No. 2

Exit als Radikalisierung

Zur Radikalität rechtsextremer Rückzugsbewegungen

Exit as Radicalization

Withdrawal as dissident far-right politics

Maik Fielitz, Philip Wallmeier

Abstract

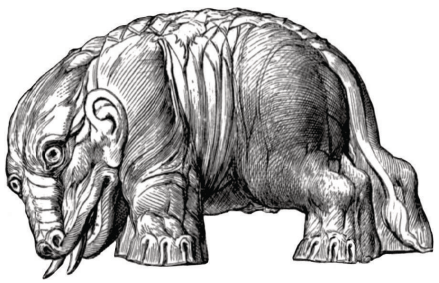
Radicalization is usually understood as a process that leads individuals or groups to reject a social order and to express this by using violence. This narrow definition of radicalization, however, blocks from sight other radicalized forms of resistance that do not participate in a competition for attention: such as the withdrawal from society. While researchers usually use the concept "exit" to denote the deradicalization of individuals, we use it, in contrast, to denote a form of radicalization which rejects even protest as a system-sustaining form of resistance. In order to show the analytical leverage of our conceptualization, we scrutinize the *Volkish Settlers* as a form of collective withdrawal and the *Reichsbürger* as a form of individual withdrawal in the context of German far-right extremism.

Keywords, dt.: Radikalisierung, Rechtsextremismus, Reichsbürger, Rückzug, Völkische Siedler

Keywords, engl.: Radicalization, Far-Right Extremism, Reichsbürger, Withdrawal, Volkish Settlers

Maik Fielitz is a Research Associate at the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH), researching in the PANDORA project (Propaganda, Mobilization and Radicalization in the Virtual and Real World. Causes, Processes and Counter-Strategies in the Context of the Asylum and Refugee Debate), funded by the German Federal Ministry of Education and Research (BMBF)). **E-Mail: fielitz@ifsh.de**

Philip Wallmeier is an educator and researcher in the fields of political science, economics and philosophy working in Frankfurt, Germany. His research interests include rule and resistance in global politics, environmental politics and didactics of social sciences. **E-Mail: philip.wallmeier@posteo.de**



1. Einleitung

Radikalisierung wird zumeist als ein Prozess verstanden, der zu einer Ablehnung der gesellschaftlichen Ordnung führt, die sich im Gebrauch von Gewalt ausdrückt. So verstanden, wird das Konzept rückblickend oder prospektiv auf Attentate, Anschläge und Ausschreitungen bezogen und rahmt die Frage, wie sich das Denken und Handeln von individuellen oder kollektiven Akteuren derart zuspitzt, dass diese den Rahmen der Rechtsstaatlichkeit verlassen. Dieses allgemein akzeptierte Verständnis verdeckt jedoch eine andere, ebenso radikale Handlungsweise, welche sich aus einer Ablehnung der politischen Ordnung speist: den Rückzug aus einer politischen Ordnung, ihren Institutionen und Lebensweisen. Dieser Rückzug geht meist mit dem Versuch einher, Gemeinschaften abseits von staatlicher Kontrolle, den Zwängen der Mehrheitsgesellschaft und des Marktes aufzubauen. Da diese Handlungsweise auf die direkte Auseinandersetzung mit einem politischen System verzichtet, wird sie oft als eskapistisch abgetan, als unpolitisch oder gar antipolitisch angesehen (vgl. Mouffe 2009). Gegen diese Pathologisierung und die damit einhergehende Verharmlosung des Rückzugs wollen wir in diesem Aufsatz zeigen, dass auch der Rückzug aus Herrschaftsordnungen radikalisierte Kritik darstellen kann.

Dies ist kein ganz neuer Vorschlag, wenn er auch bisher kaum auf extrem rechte Akteure angewandt wurde. Michael Walzer argumentiert etwa in seiner politischen Interpretation der Exodus-Geschichte, dass der Rückzug, nicht die Gewalt oder der Versuch, die Macht im Staat zu übernehmen, tief mit unserem Verständnis von revolutionärem politischem Handeln verwoben ist (Walzer 1985, 124). Als nützlich in der Analyse von Rückzugsbewegungen erweist sich Albert Hirschmans (1985) berühmte Konzeptualisierung zweier unterschiedlicher Reaktionen auf soziale und politische Probleme: In Situationen, die für Menschen unerträglich werden, können sie entweder kollektiv ihre Stimme erheben (Voice) oder weggehen (Exit). Während die Option Voice in Untersuchungen über soziale Bewegungen und klandestine Terrorgruppen viel Aufmerksamkeit erhalten hat, untersucht dieser Aufsatz, wie sich einige Menschen radikalisieren, indem sie sich von Institutionen und dem Staat zurückziehen. Im Gegensatz zur Gewalt- und Präventionsforschung, die den Exit-Begriff im Kontext der Deradikalisierung von Individuen behandelt (Bjørgo 2009; Köhler 2016), nutzen wir ihn, um den Rückzug als eine Form der Radikalisierung aufzuschlüsseln, die selbst Protest als eine systemstützende Form des Widerspruchs ablehnt.

Dies ist aus zwei Gründen ein wichtiges Unterfangen. Erstens wirkt dieser Aufsatz damit jenen Verharmlosungen entgegen, die mit der Einschätzung einhergehen, der Rückzug sei ein Sich-Einrichten in den Verhältnissen. Im Gegenteil – so zeigen wir auch empirisch – schafft der Rückzug neue (mitunter gewalttätige) Selbstverständnisse. Zweitens erinnert dieser Aufsatz daran, dass es eine Engführung ist, Radikalisierung ausschließlich im Sinne von unmittelbar sichtbarer politischer Gewalt zu verstehen. Gerade das Beispiel des Rückzugs zeigt deutlich, dass die Radikalisierung von Kritik – verstanden als eine Wendung von der Politisierung einzelner Themen hin zur Systemkritik – nicht zwangsläufig und unmittelbar in Gewalt ihren Ausdruck findet. Unser Konzeptualisierungsvorschlag macht es möglich, politische Verschiebungen zu beleuchten, die ein schmales, auf unmittelbar sichtbare Gewaltakte zugeschnittenes Verständnis, übersehen muss.

Um den Rückzug als Option radikalen Widerstands lesbar zu machen, beginnt dieser Aufsatz mit einer Konzeptualisierung des Verhältnisses von Radikalisierung und Rückzug, die auf Hirschmans Unterscheidung zwischen Voice und Exit basiert. Aufbauend auf dieser Konzeptualisierung diskutieren wir den Zusammenhang von Rechtsextremismus, Radikalisierung und Rückzug und besprechen zwei Formen des extrem rechten Rückzugs: Den kollektiven Rückzug völkischer Siedler und den individuellen Rückzug von Reichsbürgern und Selbstverwaltern. Wir schließen mit der Einsicht, dass Rückzugsbewegungen als Ausdruck radikalisierten Handelns ernst genommen werden sollten. Dies würde aber bedeuten, ein differenzierteres Verständnis von Radikalisierung zu entwickeln.

2. Radikalisierung und Rückzug

Um den Rückzug als Form radikalen Widerstands zu konzeptualisieren, greifen wir Hirschmans Unterscheidung zwischen Voice und Exit auf. Hirschman (1985, 3ff.) versteht Voice und Exit als zwei gegensätzliche aber gleichermaßen rationale Reaktionen auf Unzufriedenheit. Er definiert Voice als „any attempt to change, rather than to escape from, an objectionable state of affairs, whether through […] appeal to a higher authority […], or through various types of actions and protests" (ebd., 30). Diese Form von Kritik findet sowohl in der Wissenschaft wie auch im öffentlichen Diskurs die meiste Beachtung und ist das Forschungsobjekt der Protest-, Bewegungs- und Gewaltforschung. Im Gegensatz zu Voice bedeutet Exit, dass AkteurInnen sich aus einer Situation und bestimmten damit verbundenen Verhältnissen zurückziehen. Wie David Snow (2004) argumentiert, ist der Exit für die soziale Bewegungsforschung auch deswegen so schwer zu fassen, weil er sich nicht direkt, sondern nur indirekt gegen den Staat wendet. Während Voice eine bestimmte Form der Öffentlichkeit voraussetzt, sprachlich artikuliert werden und bestimmte AdressatInnen ansprechen muss, kann sich der Exit privat und still vollziehen und dabei nur in der Bewegung von Körpern Ausdruck finden (Wallmeier 2017, 149f.). Um den so verstandenen Exit als radikale Handlungsoption zu konzeptualisieren, soll im Folgenden das Konzept ‚Radikalisierung' geöffnet und neu zugeschnitten werden. Dabei muss beachtet werden, dass Voice und Exit hier *analytisch* getrennt werden, in der Praxis aber gleichzeitig oder nacheinander auftreten können. Der widerständige Rückzug ist nämlich schon deswegen niemals vollständig ohne Voice zu denken, weil Rückzugsbewegungen – auch wenn sie auf die Herstellung einer neuen, ganz anders gearteten Ordnung zielen – doch praktisch auf Ressourcen, Medien und Personen im Hier-und-Jetzt angewiesen sind, um ihre Projekte umzusetzen. Damit können sie sich also nie vollständig aus den materiellen und kommunikativen Verhältnissen zurückziehen. Stattdessen müssen sie das Spannungsverhältnis zwischen der Umsetzung einer ‚reinen Lehre' einerseits und einer eher strategischen Ausrichtung des Rückzugs andererseits stets praktisch auflösen (ausführlich: Wallmeier, i.E.: Kap. 2).

a. Erschließung des Konzepts der Radikalisierung

Radikalisierung hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Schlüsselbegriff in den Sozialwissenschaften entwickelt. Im Großen und Ganzen verspricht das Konzept zu erklären, warum Menschen und Gruppen zu politischer Gewalt greifen (Neumann 2016). Als zentrale Merkmale eines Radikalisierungsprozesses werden das Eintauchen in eine extremistische Ideologie und die Überzeugung genannt, dass nur Gewalt den Status Quo überwinden könne (Khosrokhavar 2016). Dabei bleibt das Verhältnis zwischen Ideologie und Handeln häufig nebulös (Reichardt 2017). Ein Großteil der Forschung konzentriert sich auf Verhaltensmodelle, die erklären sollen, welche Schritte ein Individuum durchläuft, bevor es Gewalt anwendet (Moghadam 2005; McCauley/Moskalenko 2011), wodurch die Akteure meist *en passant* pathologisiert werden.

Während dieses Konzept eine nützliche Linse bietet, um zu verstehen, „was passiert bevor die Bombe hochgeht" (Sedgwick 2010, 479), verzerrt der Fokus auf (terroristische) Gewalt unser Verständnis von radikalem politischem Handeln. Es setzt an sicherheitsbehördlichen Analysen von Gewaltausbrüchen an und betrachtet retrospektiv Einflussfaktoren auf gewaltanwendende Gruppen und Einzelpersonen, ohne breitere Konfliktkonstellationen zu berücksichtigen (Kundnani 2012). Durch diese Linse erscheinen jene Personen, die sich aus der Mehrheitsgesellschaft zurückziehen, gerade als das Gegenteil einer Radikalisierung. Dies ist deswegen problematisch, weil es die radikalen und oft revolutionären Ambitionen sowie die tief empfundene Entfremdung, die in einigen Rückzugsbewegungen zum Ausdruck kommen, unsichtbar macht (vgl. Wallmeier 2017; Wallmeier/Fielitz 2019).**[1]**

Jüngere Beiträge haben für einen weiten Radikalisierungsbegriff plädiert (Abay et al. 2019). Dieser integriert auch gewaltlose und kognitive Formen der Radikalisierung und verbindet mit dem Fokus auf eine „zunehmende Infragestellung einer normativen Ordnung" diskursive und performative Akte der Radikalisierung (ebd., 22). Aber auch dieser ‚weite' Blick fängt den Exit aufgrund des Fokus auf offensive Handlungsrepertoires und Sprechakte nicht wirklich ein. Da der Exit privat und still vollzogen werden kann, wird er gar nicht als Widerstand wahrgenommen und gerät somit auch nicht als Ergebnis von Radikalisierung in den Blick. Wir argumentieren daher, dass die Radikalisierungsforschung über folgende Desiderata hinausgehen sollte: Erstens unterliegt der Fokus auf disruptive, unkonventionelle und/oder gewalttätige Mittel oft einem ephemeren Verständnis von politischem Handeln, während der Rückzug eine langfristige Perspektive benötigt. Zweitens verdunkelt der Fokus auf den Repertoirewechsel die Form der Kritik, die hinter dem kollektiven Handeln steht. Damit geht, drittens, die Annahme einher, dass die Radikalisierung von Individuen einer kollektiven Folie folgt. Wir sind jedoch überzeugt, dass es weitere Formen des radikal(isiert)en Widerstandes gibt, die sich diesem konventionellen Verständnis von Radikalisierung entziehen – wie zum Beispiel den Rückzug.

b. Radikalisierung als Wechsel von Opposition zu Dissidenz

Unser Verständnis lehnt sich an den Vorschlag von Daase und Deitelhoff (2015) an, zwischen Opposition und Dissidenz zu unterscheiden: Während

[1] So ist es auch zu erklären, dass Neonazis wie der durch seinen Mord an Walter Lübcke bekannt gewordene Stephan E. als harmlos eingestuft wurden. Der ‚Rückzug' galt als Hinweis auf seine Deradikalisierung und erhielt später durch die Figur des „Schläfers" eine neue Wendung (vgl. Brause 2019).

‚Opposition' bestimmte politische Entscheidungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kritisiert, geht ‚Dissidenz' auf Distanz zur politischen Ordnung und kritisiert diese in ihrer Gesamtheit mit unkonventionellen Mitteln (vgl. Anderl et al. 2019). Aus dieser Perspektive kann Radikalisierung als ein Wandel in Praktiken und Orientierungen widerständiger Akteure verstanden werden. Sie wenden sich von der Opposition zur Dissidenz. Aufbauend auf dieser Unterscheidung argumentieren wir, dass der Rückzug eine radikale Handlung ist, wenn Einzelpersonen oder Bewegungen darauf abzielen, ihre „Komplizenschaft" mit jedem Sektor der bestehenden Gesellschaft zu überwinden, um so nicht weiter an der Reproduktion der bestehenden Verhältnisse mitzuarbeiten (vgl. Wallmeier/Fielitz 2019). Bewegungen brechen also mit der (vermeintlichen) Logik eines politischen Systems durch Abspaltung und Ablehnung konventioneller Politik – ob nun gewalttätig oder gewaltfrei. Auch wenn nicht jeder Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben eine Form der Dissidenz darstellt, ist der Dissidenz-Begriff doch genau dann analytisch angemessen, wenn durch diesen Rückzug eine Auseinandersetzung mit einer rundherum abgelehnten politischen Ordnung ausgetragen wird, deren fundamentale Transformation von den AkteurInnen gewünscht und anvisiert ist (vgl. Wallmeier 2015).

Wir glauben, dass diese Konzeptualisierung von Radikalisierung als Übergang von der Opposition zur Dissidenz drei Vorteile bietet. *Analytisch* ist diese Konzeptualisierung nützlich, weil so die Gemeinsamkeit zwischen einer Vielzahl von verschiedenen Akteuren und ihren Praktiken sichtbar wird, die vom *Status quo* entfremdet sind. So wird sichtbar, dass sowohl Neonazis in der Ausübung von Gewalt als auch völkische Siedler in ihrem Rückzug als radikalisiert verstanden werden müssen. *Diagnostisch* bietet unsere Konzeptualisierung den Vorteil, dass wir über Radikalisierung in Bezug auf bestimmte politische Ordnungen nachdenken. So wird die Engführung der Analyse in zwei Richtungen verhindert. Einerseits verhindert dieser Fokus, dass radikalisierte Akteure als reine Produkte ihrer umgebenden Strukturen oder als „Rebellen ohne Grund" erscheinen (Sedgwick 2010, 481). Andererseits wenden wir uns damit auch gegen jene Verkürzung, dass die Analyse von Radikalisierungsprozessen nur auf die Veränderung bestimmter Akteure achtet und dabei die politischen Hintergründe vergisst. Unser Konzept erinnert also daran, dass der Begriff Radikalisierung immer auf das Verhältnis von Akteuren zu einer politischen Ordnung abzielt und dabei keine der beiden Seiten vergessen darf. Aus *normativer* Sicht hat unsere Konzeptualisierung den Vorteil, dass sie a priori unbestimmt ist. Gemeinhin behandelt die Radikalisierungsforschung ihre Forschungsobjekte als Bedrohung für politische Ordnungen (Neumann 2016). Unser Verständnis macht dagegen deutlich, dass die Bewertung von radikalem Handeln von der konkreten Ausformung des Widerstands abhängt. So trennt unsere Konzeptualisierung die Radikalisierung von ihrem *a priori* negativen Image und belässt sie normativ unbestimmt. Aus einer normativen Perspektive erscheinen die hier analysierten Widerstandsformen nicht deswegen als illegitim, weil sie die bestehenden Verhältnisse kritisieren oder weil sie sich aus diesen zurückziehen. Vielmehr erscheint diese Praxis illegitim, weil sie sich aus einer Ideologie speist, welche von einer fundamentalen Ungleichwertigkeit bestimmter Menschengruppen ausgeht und weil so (zumindest indirekt) rassistische und antisemitische Gewalt befördert wird. Diese präzisere Per-

spektive auf die Legitimität von radikalem Widerstand soll die demokratische Auseinandersetzung über die bestehenden Verhältnisse und formulierte Veränderungsvorschläge fördern.

3. Rechtsextremismus, Radikalisierung, Rückzug

Es ist ein gängiges Muster rechtsextremer Agitation, den Konflikt mit dem politischen System und dem politischen Gegner zu suchen und eine ‚nationale Wiedergeburt' mit allen verfügbaren Mitteln zu initiieren (Paxton 2004). Die faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit versuchten, Massen über gezielte Propaganda zu radikalisieren und mit einem Kult der Gewalt kulturellen und politischen Wandel zu erzeugen oder zu beschleunigen (Reichardt 2017). Im Windschatten dieser massiven Bewegungen entstanden allerdings – damals wie heute – Gruppierungen, die den Rückzug aus einer als feindselig verstandenen modernen Gesellschaft mit der Suche nach der ‚wahren' Lehre und dem ‚reinen' Leben verbanden. Sie versuchten, die Utopie einer Volksgemeinschaft vorwegzunehmen, welche die Differenz zwischen Individuum und Kollektiv sowie zwischen Klassen in der Einheit von Rasse und/oder Nation aufhebt (Kaplan/Bjorgo 1998).

Diese Suchbewegungen finden sich bereits in der völkischen Bewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. In der Weimarer Republik gründete sich eine Vielzahl esoterischer Organisationen, die den Schutz der Natur mit dem Schutz der rassischen Reinheit des eigenen Volkes verbanden. Auf der Suche nach historischen Ankerpunkten wurden heidnische Rituale mit Naturkulten verbunden (Goodrick-Clarke 2002). Ein Beispiel für eine solche Gruppe sind die Artamanen, ein völkischer Siedlungsbund, der in den 1920er Jahren aufkam, eng mit der Jugendbewegung verknüpft war und mit ihr die romantische Vorstellung der Rückkehr zur Natur teilte (Linse 2014). Ihre Blut-und-Boden Ideologie setzte einen rassisch definierten Volkskörper voraus, dessen genetisches Gut durch den Aufbau reiner Gemeinschaften geschützt werden sollte. So kehrte die Bewegung dem Stadtleben den Rücken zu und rief zu einer Gegenbewegung zur Landflucht auf. In den 1990er Jahren bildete sich eine Gruppe heraus, die sich als Neo-Artamanen verstand und dieselben Höfe wieder besiedelte, die der Ausgangspunkt der historischen Artamanen waren (Brauckmann 2012). Damals wie heute werden traditionelle Lebensformen mit der politischen Vision verbunden, die Reinheit der eigenen Art zu schützen (Siebert 2015).

Auch im theoretischen Kanon der faschistischen Nachkriegsideologie zeigt sich diese Auseinandersetzung mit der Frage nach der Möglichkeit eines ‚richtigen Leben im Falschen'. Besonders hervorgetan hat sich dabei der italienische Philosoph Julius Evola, der eine Haltung der Distanz, die *apoliteia*, predigte (Evola 1997, 189; Griffin 2000). Der Einsicht folgend, dass es äußerst unwahrscheinlich ist, eine politische Veränderung durch „Handeln oder Reagieren" zu erreichen, beschreibt Evola die Handlungsmöglichkeit, „sich vollständig abzusondern" (ebd., 38). Dahinter steckt die Idee, aus einer erhobenen Position die „Epoche des Übergangs" (ebd., 42) zu überdauern und sich nicht von den materiellen und ideellen Anreizen der modernen Welt korrumpieren zu lassen. Nur wer sich dem entziehen kann und keine Kompromisse mit dem System eingehe, könne verhindern, dass „der Tiger" über ihn herfällt. In dieser Situation gelte es zu verharren, bis „ein Klima der

Auflösung“ (das sog. Kali-Yuga Zeitalter) den Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung vorantreibt: „[W]er es versteht, einen Tiger zu reiten, … [kann] vielleicht am Ende gar den Tiger überwältigen“ (ebd.). Evola, dessen Schriften heute wieder neuen Anklang in rechtsextremen Kreisen finden, leitete bereits in den 1970er Jahren eine ganze Generation von Rechtsterroristen an (Drake 1986).

Beiden historischen Vorläufern liegt der Gedanke zu Grunde, dass nur ein gelebter Bruch mit gesellschaftlichen Konventionen die Überwindung der Verhältnisse herbeiführen kann. Dieser Gedanke ist diskursiv verbunden mit apokalyptischen Visionen, die darin kulminieren, dass ein Überleben der ‚eigenen Art‘ nur in hermetisch geschlossenen Gemeinschaften sicher ist. Diese Projekte sind daher weit mehr als individuelle Aussteigerfantasien. Der Aufbau von ‚Schollen‘ homogener Gemeinschaften soll eine Blaupause für größere Transformationen darstellen. Diese leise Form des Widerstands unterscheidet sich grundlegend von klassischen Formen des Rechtsextremismus, ist aber nicht weniger radikal als Demonstrationen, Petitionen oder politische Gewalt. Ganz im Gegenteil: Sie verlangt einen Bruch mit der politischen Ordnung und entzieht sich dem staatlichen Einflussbereich (etwa in der Erziehung und Ausbildung). Zugleich sollen die Ideen anschlussfähig sein für andere Personen und eine weitere Öffentlichkeit, da durch die alltägliche Praktizierung völkischer Ideologie und die Versuche des nachbarschaftlichen Austauschs Hemmnisse eher abgebaut werden als durch die sequenzhaften Episoden rechtsextremer Demonstrationspolitik.

Im Folgenden illustrieren wir die Anwendbarkeit und den Nutzen des präsentierten Analyserahmens. Wir stellen eine eher kollektive und eine eher individuelle Ausprägung des rechtsextremen Rückzugs vor und beschreiben, welche Rationalität ihnen zugrunde liegt, welche radikalisierende Dynamik sie befeuert, aber auch wie diese Projekte in weitere Netzwerke eingebunden sind. Die beiden Fälle wurden ausgewählt, weil es sich dabei, erstens, um die prominentesten zeitgenössischen Fälle rechter Rückzugsbewegungen in der Bundesrepublik handelt. Zweitens erlauben die Unterschiede zwischen den beiden Fällen interessante Einblicke in die politische Logik des widerständigen Rückzugs.

4. Der organisierte Rückzug: Die Völkischen Siedler

Eine Form des organisierten und ideologisch gefestigten Ausstiegs stellt die Praxis der völkischen Siedler dar, die seit geraumer Zeit in dünn besiedelten Gebieten – vorrangig in Ost- und Norddeutschland – eigene Gemeinden aufbauen. Die Amadeu-Antonio-Stiftung schätzt die Zahl der völkischen Siedler auf 1.000 (Amadeu-Antonio-Stiftung 2017). Diese Zahlen sind notwendigerweise eine Schätzung, da es schwierig ist, Siedler zu lokalisieren und von anderen rechtsradikalen Milieus abzugrenzen. Der antistädtische, agrarische Lebensstil der völkisch-nationalistischen Siedler verkörpert ihr Ideal der Volksgemeinschaft in ihrer Grundeinheit: der Großfamilie oder – in den eigenen Worten – der ‚Sippe‘.

Völkische Siedler treten in der Regel als Kleinbauern, Handwerker und hilfsbereite Nachbarn in der Dorfgemeinschaft auf. Sie versuchen, Anhänger durch ihre Lebensweise zu gewinnen. Als Brücke erweist sich hier das Thema Naturschutz, das Menschen in der gesamten deutschen Gesellschaft beschäf-

tigt (Geden 1999). Für die radikale Rechte dient der Schutz der Natur gleichzeitig der Erhaltung der deutschen „nationalen Gemeinschaft“ und ihres „Lebensraums“. Was die rechtsextremen Siedler vereint – und was sie mit vielen alternativen, ökologischen Projekten verbindet –, ist eine romantisierte Vision des Lebens auf dem Land und eine Ablehnung spätmoderner Lebensstile, die angeblich die Moral und die Gesundheit der Menschen verdorben haben (Fielitz 2019). Für ihre Autarkieprojekte wählen sie dünn besiedelte ländliche Gebiete aus, um Kinder ungestört in einem „artreinen“ Umfeld großzuziehen (Röpke/Speit 2019).

Der Einstieg ins völkische Siedlertum geschieht zumeist über Kontakte zu bereits bestehenden Communities. Dafür ist ein gewisses Grundvertrauen nötig. Das heißt, jene interessierten Aktivistinnen und Aktivisten haben meist bereits eine längere Zeit in der rechten Szene durchlaufen und sich verdient gemacht. Es werden Anreize geschaffen für junge Familien, die ihre Kinder nach völkischer Art und frei von den schlechten Einflüssen der Großstadt auf dem Lande erziehen wollen.

Eine Gruppe, die sich in diesem Zusammenhang besonders hervortut, ist die *Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft*. Sie folgt einer neuheidnischen, rechtsextremen und anti-christlichen Ideologie und verschreibt sich dem Ziel eines unabhängigen Lebens fernab der Entfremdungen der modernen Welt. Laut ihres „Artbekenntnisses“ gehört zur obersten Priorität, sich selbst von den Einflüssen einer als feindlich verstandenen Gesellschaft zu befreien, die durch die Indoktrination christlicher Werte das Band zur eigenen (germanischen) „Art“ und ihrer kulturellen Bräuche trennen wolle. In dieser Idee von „Natur“ ist die Vorstellung naturgegebener Überlegenheit der eigenen Art angelegt. Der Bezug zur Art ersetzt dabei den Rassebegriff und erweitert ihn um die Dimension eines arteigenen Empfindens und Seelenlebens, was den esoterischen Charakter der Gruppierung ausmacht.

Interessant für unsere Fragestellung sind besonders die Diagnose der Gruppe zu politischen Missständen und die daraus gezogenen praktischen Rückschlüsse. In einem Pamphlet zur „Zukunft des Artglaubens“ schrieb der Artgemeinschaftsleiter Wielant Hopfner:

> Viele junge Leute glauben, eine politische Befreiung dieses Landes sei möglich. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist sie es nicht! Voraussetzung für den Erfolg und dafür, dass die dabei eines Tages zu bringenden Opfer nicht sinnlos sind, ist zuerst die Befreiung unseres Geistes von den Ketten des uns aufgezwungenen Orientalismus. Von diesen geistigen Ketten können wir uns jetzt schon frei machen – die Artgemeinschaft unternimmt diesen Versuch. (Hopfner 2000)

Das Zitat zeigt deutlich, dass der Rückzug nicht einfach eine politische Loslösung bedeutet. Ganz im Gegenteil: Mitglieder der Artgemeinschaft verstehen ihr Handeln als weit radikaler als die Protesthandlungen von Rechtsextremen, die sie – ähnlich wie Evola – als Energieverschwendung in der aktuellen politischen Lage verstehen. Es drückt sich weiterhin das Selbstverständnis einer national(sozialistisch)en Elite aus, die nicht nur auf spontane Entwicklungen reagieren will, sondern einem langfristigeren Plan folgt.

Wahre Veränderung könne nur stattfinden, wenn aus dem Rückzug heraus die geistigen Grundlagen für politischen Wandel geschaffen werden.

Der Exit der völkischen Siedler kann somit als eine Phase der Konservierung verstanden werden. Er bildet also eine Vorstufe zur Voice, deren Zeit nach der (geistigen) ‚Befreiung' einer kritischen Masse erreicht ist. Das bedeutet demnach nicht, dass die völkischen Siedler heute aus rechten Netzwerken ausgetreten wären. Viele Mitglieder sind in Parteien wie der NPD organisiert, die Siedlungen fungieren auch als Auffangbecken und Rückzugsgebiete für gewalttätige oder straffällig gewordene Neonazis. Besonders in die Jahre gekommene Aktivisten suchen in völkischen Siedlungsprojekten eine neue politische wie private Heimat. Auch Mitglieder der Identitären Bewegung nehmen an den kulturellen Veranstaltungen der Siedler teil, einige stammen gar aus Siedler-Elternhäusern (Röpke 2018, 143). Nicht zuletzt zeigt der Fall des NSU-Unterstützers Ralf Wohlleben, der nach seiner Haftentlassung 2018 auf einem Hof der Artgemeinschaft in Sachsen untergekommen ist, wie sehr – ebenfalls ähnlich zu Evola – der Rückzug mit dem Rechtsterrorismus verbunden ist.

5. Der individuelle Rückzug: Reichsbürger und Selbstverwalter

Eine medial weit bekanntere Form des rechtsextremen Rückzugs bilden Teilbereiche der sogenannten Reichsbürger- und Selbstverwalterszene.**[2]** Seit dem Polizistenmord in Georgensgmünd 2016 steht die Szene unter verschärfter Beobachtung durch den Verfassungsschutz, der 19.000 AnhängerInnen zählt, von denen ca. 950 als rechtsextrem eingestuft werden (BfV 2019, 50, 103).**[3]** Was dieses heterogene Spektrum eint, ist der Konsens, die staatliche Souveränität und Rechtsgültigkeit der Bundesrepublik nicht anzuerkennen (Rathje 2017, 46). Viele Beteiligte sprechen von der Bundesrepublik als eine von fremden Mächten geleitete Firma und bedienen so klassische antisemitische Klischees und Verschwörungsideologien (Rathje 2018, 133).

Lange Zeit wurden Reichsbürger als Spinner abgetan. Mit dem enormen Zulauf verdeutlichte sich allerdings, dass der Rückzug aus dem ‚normalen' Leben nicht so unüblich ist wie noch vor einigen Jahren behauptet. Auch steckt hinter dem Rückzug selten Eskapismus oder gar eine Kapitulation. Vielmehr versprechen sich die AkteurInnen vom Rückzug ein Ermächtigungsmoment. Die Befreiung von einer als unrecht erachteten Ordnung soll mit neuen, besseren Gesetzen und Lebensformen einhergehen. Um diesen Bruch zu verdeutlichen, geben viele Reichsbürger und Selbstverwalter ihre Personalausweise zurück, lehnen es ab, mit ihrem Nachnamen angesprochen zu werden und legen sich eigene Spitznamen zu. Auffallend ist auch der starke (extra-)territoriale Bezug, den viele Reichsbürger und Selbstverwalter markieren. Um die eigenen Grundstücke herum werden beispielsweise Grenzen mit Zäunen gezogen. Schilder, die darauf hinweisen, dass auf diesem Gebiet nur das eigene Recht zählt, dienen als Erkennungszeichen. Oft entwerfen Reichsbürger eigene Flaggen, die ihre Hoheit in Abgrenzung zum Staat symbolisieren sollen.

Die meisten Menschen, die sich von souveränistischen Ideen angezogen fühlen, hatten zuvor wenig Kontakt mit politischen Organisationen oder der

[2] Jan Rathje (2017, 45-58; 2018, 134-142) unterscheidet das heterogene Spektrum in klassische Rechtsextreme, Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. In unserer Studie interessieren wir uns für Menschen, die sich selbst als Reichsbürger oder Selbstverwalter verstehen und sich räumlich von der Gesellschaft zurückziehen. Während Reichsbürger von der Kontinuität des Deutschen Reiches überzeugt sind, erklären sich Selbstverwalter zu souveränen Menschen, ohne zwangsläufig einen Bezug zum Deutschen Reich zu haben. Viele von ihnen sind allerdings durch rassistische und antisemitische Weltanschauungen mit der extremen Rechten in Deutschland ideell verbunden.

[3] Der Verfassungsschutz unterscheidet in seinem Jahresbericht zwischen Reichsbürgern und rechtsextremen Reichsbürgern und macht den Unterschied hauptsächlich in der überregionalen Organisierung fest. Die Grenzen sind allerdings fluide, weil viele Reichsbürger oft nur semi-strukturiert sind und sich beispielsweise über Foren und soziale Medien vernetzen.

rechtsextremen Szene. Der hohe Altersdurchschnitt der Szene von knapp 50 Jahren (Keil 2015, 44) deutet darauf hin, dass es sich hier häufig um Menschen handelt, die sich etwas aufgebaut haben, das sie (aus verschiedenen Gründen) in Gefahr sehen. Die Verteidigungshaltung gegen äußere Einflussnahmen wird nicht selten auch mit (der Androhung von) Waffengewalt umgesetzt (Janz/Speit 2018). Reichsbürger stellen ihren Rückzug oft als ein Erweckungserlebnis dar, eine Einsicht, die sie anderen Menschen voraushaben, welche sie wiederum animieren, es ihnen gleichzutun (Ginsburg 2018, 77).

Aus der gemeinsamen Abkehr von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entstanden wiederum eigene Communities, die sich mit Tipps und Tricks gegen die Gängelung durch Behörden austauschen (Caspar/Neubauer 2017). Weiterhin baut die Szene eigene mediale Netzwerke auf, über die Informationen ausgetauscht werden und die eine virtuelle Gemeinschaft von Gleichgesinnten in Abgrenzung zur Gesellschaft herstellen. Nichtsdestotrotz ist der Einstieg in die Szene zumeist individuell. Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen sich selbstständig zu machen von den modernen Abhängigkeitsverhältnissen, das Politische privat zu verhandeln und sich nicht von bestehenden Institutionen beeinträchtigen zu lassen. Diese Verweigerungshaltung entspringt einer Radikalisierung von der Opposition gegen einzelne Verwaltungsakte zur Dissidenz, die die Legitimität des Systems in Frage stellt: Sie lehnen die politische Ordnung insgesamt ab und verstehen sich nicht mehr als Teil einer größeren politischen Gemeinschaft.

6. Schlussbetrachtungen

In diesem Aufsatz haben wir dargelegt, warum nicht nur Gewalt, sondern auch der ‚Rückzug' aus einer politischen Ordnung als Radikalisierung verstanden werden sollte. Damit versuchen wir ein Handlungsmuster zu konzeptualisieren, das seit jeher in rechten und rechtsextremen Kreisen als Option verstanden wird. Hierfür haben wir den Begriff der Radikalisierung neu zugeschnitten: Es handelt sich dabei um die Einsicht von Individuen und Gruppen, dass sich Widerstand nicht nur oppositionell gegen bestimmte politische Entscheidungen richten kann, sondern die gesamte politischen Ordnung infrage stellen muss. Mit dieser Definition haben wir eine Möglichkeit aufgezeigt, Radikalisierung nicht isoliert, sondern schon bezogen auf eine bestimmte politische Ordnung zu analysieren. So lässt sich auch der Rückzug als radikaler Widerstand verstehen: Er stellt eine radikale Handlung dar, wenn Einzelpersonen oder Bewegungen hierdurch ihre Komplizenschaft mit jedem Sektor der bestehenden Gesellschaft zu überwinden suchen, um so nicht weiter an der Reproduktion der bestehenden Verhältnisse mitzuarbeiten. Wie fundamental sich diese Form von Widerstand von den Verhältnissen abgrenzt, erkennt man auch daran, dass die Akteure Protest ablehnen, weil selbst dieser systemstützend erscheint.

Anhand zweier empirischer Illustrationen haben wir das konzeptionelle Argument plausibilisiert. Auch wenn wir keinen systematischen Vergleich der beiden Fälle anstellen, erlaubt dieser kursorische Überblick doch erste empirische Einsichten, die Formulierung von Hypothesen und weiterer Forschungsfragen. In beiden Fällen ziehen sich Personen aus der politischen Ordnung der Bundesrepublik und den mit dieser Ordnung verbundenen de-

mokratischen Institutionen zurück. In beiden Fällen geht der Rückzug mit räumlichen Enklaven einher, die selbst wieder zu Orten des Austauschs und des Experimentierens für Widerstandsgruppen werden. Mitunter entstehen so ‚Parallelwelten', die über soziale Medien beworben werden und eine Strahlkraft weit über ihre Größe hinaus entwickeln. Wir haben es mit heterogenen Milieus zu tun, die eng mit anderen Szenen verschränkt sind. Zudem sind Überschneidungen mit esoterischen Ansätzen – im Fall der völkischen Siedler mit der Anastasia Bewegung, im Fall der Reichsbürger und Selbstverwalter auch mit ‚Preppern' und New-Age Bewegten – sichtbar. Sichtbar wird weiterhin in beiden Fällen, dass der Rückzug nie vollständig vollzogen wird, sondern immer auch mit anderen Formen des Aktivismus interagiert und damit an die Verhältnisse im Hier-und-Jetzt rückgebunden bleibt. Das Spannungsverhältnis zwischen der Umsetzung einer reinen Lehre und einer strategischen Dimension des Rückzugs wird dabei in der Praxis unterschiedlich austariert. Aus einer normativen Perspektive soll hier noch darauf aufmerksam gemacht werden, dass die beiden Bewegungen nicht deswegen als illegitim gelten müssen, weil sie sich aus den bestehenden Verhältnissen zurückziehen oder weil sie radikale Kritik üben. Vielmehr erscheint diese Praxis illegitim, weil sie sich aus einer Ideologie speist, welche von einer fundamentalen Ungleichwertigkeit bestimmter Menschengruppen ausgeht und weil so (zumindest indirekt) rassistische und antisemitische Gewalt befördert wird.

Ein erster Unterschied zwischen den analysierten Gruppen besteht darin, dass sich völkische Siedler eher kollektiv zurückziehen, während Reichsbürger und Selbstverwalter zumeist individualistisch agieren. Völkische Siedler schließen sich weiterhin meist als Familien politischen Siedlungsprojekten an, die durch ideologische Organisationen zentral gesteuert werden, während Reichsbürger erst im Exit langsam virtuelle Gemeinschaften aufbauen, ohne einer festgelegten politischen Agenda zu folgen. Zudem lässt sich noch ein weiterer Unterschied zwischen den Rückzugsbewegungen aufzeigen. So zielen die beschriebenen Siedler darauf, ganze Landstriche unter ihre Hegemonie zu bringen und sich missionarisch auszubreiten. Ihr Rückzug ist als innerweltlicher politischer Akt zu verstehen. Im Gegensatz dazu sind die Reichsbürger und Selbstverwalter eher auf der Suche nach einem sicheren Ort, um dort auf das Ende der derzeitigen Verhältnisse zu warten und diesen Prozess zu beschleunigen.

Insgesamt zeigt dieser Aufsatz, dass – auch jenseits der rechtsextremen Fallstudien – der Rückzug als radikaler Widerstand ernst zu nehmen ist. Die Erforschung von Radikalisierungsprozessen sollte sich daher von ihrem schmalen Fokus auf Gewalt lösen und stattdessen das Dreiecksverhältnis zwischen Ideologien, Strategien (von Widerstandsbewegungen) und politischen Ordnungen ins Zentrum der Analyse rücken. Ausgehend von unseren Überlegungen wäre es spannend, die Interaktionen zwischen verschiedenen rechtsextremen Bewegungen und deren strategische Diskurse über die Frage nach Gewalt und Rückzug über einen längeren Zeitraum zu untersuchen. Ebenso interessant wäre eine Untersuchung von internationalen Unterschieden zwischen Rückzugsbewegungen. So bilden beispielsweise „Aryan Settlements" (Simi und Futrell 2010) und die Souvereign Citizens Bewegung in den USA interessante Referenzfälle zu den analysierten Beispielen, an denen nationale Eigenheiten deutlich werden könnten. Insgesamt, so möchten wir

festhalten, führen digitale Medien und transnationale Diffusionsprozesse nach bisherigen Erkenntnissen zu einer Ausbreitung des radikalen Rückzugs und zu einer zunehmenden Überkreuzung dieser Praxis mit Gewalthandlung. Rückzugsbewegungen dürften sich also auch langfristig zu einer politischen Herausforderung entwickeln, der die Forschung zu Radikalisierung Rechnung tragen muss.

Literatur

Abay Gaspar, H.; Daase, C.; Deitelhoff, N.; Junk, J.; Sold, M. (2019) Vom Extremismus zur Radikalisierung. Zur wissenschaftlichen Konzeptualisierung illiberaler Einstellungen. In: Daase, C.; Deitelhoff, N.; Junk, J. (eds.) *Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*. Frankfurt: Campus.

Amadeu-Antonio-Stiftung (2017) *„Die Letzten von Gestern, die Ersten von Morgen"? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen*. Berlin.

Anderl, F.; Daase, C.; Deitelhoff, N.; Pfister, J.; Kempf, V.; Wallmeier, P. (2019) *Rule and resistance beyond the nation-state: Contestation, Escalation, Exit*. London, New York: Rowman and Littlefield international.

Bjørgo, T. (2009) Exit from right-wing extremist groups. Lessons from disengagement programs in Norway, Sweden and Germany. In: Bjørgo, T.; Horgan, J. (eds.) *Leaving terrorism behind. Individual and collective disengagement*. London: Routledge.

Brauckmann, S. (2012) Nach dem Vorbild der Artamanen. Völkische Siedlungsbewegung. In: *Politische Ökologie: Ökologie von Rechts* 131: 52-59.

Brause, C. (2019) *Soziale Netzwerke sind für extremistische Aussteiger ein Problem*. https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article195643499/Soziale-Netzwerke-sind-fuer-extremistische-Aussteiger-ein-Problem.html, (28/12/2019).

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2019) *Verfassungsschutzbericht 2018*.

Caspar, C.; Neubauer, R. (2017) „Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt" – „Reichsbürger" in der real existierenden Bundesrepublik Deutschland. In: *Landes- und Kommunalverwaltung* 27(1): 529-537.

Daase, C.; Deitelhoff, N. (2015) Jenseits der Anarchie: Widerstand und Herrschaft im internationalen System. In: *Politische Vierteljahresschrift* 56 (2): 299-318.

Drake, R. (1986) Julius Evola and the Ideological Origins of the Radical Right in Contemporary Italy. In: Peter H. Merkl (ed.) *Political violence and terror. Motifs and motivations*. Berkeley: University of California Press.

Evola, J. (1997) *Cavalcare la tigre. Den Tiger reiten*. Engerda: Arun.

Fielitz, M. (2019) Practicing the Radical Right Exit. The Case of the Völkisch Settlers. In: Allchorn, W. (ed.) *Tracking the Rise of the Radical Right Globally*. Stuttgart: Ibidem.

Geden, O. (1999) *Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus*. Berlin: Elefanten-Press-Verlag.

Ginsburg, T. (2018) *Die Reise ins Reich. Unter Reichsbürgern*. Berlin: Das Neue Berlin.

Goodrick-Clarke, N. (2002) *Black sun. Aryan cults, esoteric Nazism and the politics of identity*. New York: New York University Press.

Griffin, R. (2000) Between metapolitics and apoliteia: The Nouvelle Droite's strategy for conserving the fascist vision in the 'interregnum'. In: *Modern & Contemporary France* 8(1): 35-53.

Hirschman, A. (1985) *Exit, Voice, and Loyalty: Responses to decline in Firms, Organizations, and States*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Hirschman, A. (1986) Exit and Voice: An Expanding Sphere of Influence. In: Hirschman, A. (ed.) *Rival views of market society and other recent essays*. New York: Viking.

Hopfner, W. (2000) *Die Zukunft des Artglaubens*. https://web.archive.org/web/20030311013859/http://www.nordzeit.de/artgl.htm, (25/11/2019).

Janz, C.; Speit, A. (2018) „Wir sind im Krieg". Waffen innerhalb der Szene. In: Speit, A. (ed.) *Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Kaplan, J.; Bjørgo, T. (eds.) (1998): *Nation and race. The developing Euro-American racist subculture*. Boston: Northeastern University Press.

Keil, J.-G. (2015) Zwischen Wahn und Rollenspiel. Das Phänomen der „Reichsbürger" aus psychologischer Sicht. In: Wilking, D. (ed.): *Reichsbürger. Ein Handbuch*. Potsdam: Demos.

Khosrokhavar, F. (2016) *Radikalisierung*. Hamburg: CEP Europäische Verlagsanstalt.

Köhler, D. (2016) Deradikalisierung als Methode. In: Frindte, W.; Geschke, D.; Haußecker, N.; Schmidtke, F. (eds.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund". Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen*. Wiesbaden: Springer VS.

Kundnani, A. (2012) Radicalisation: the journey of a concept. In: *Race & Class* 54 (2): 3-25.

Linse, U. (2014) Völkisch-jugendbewegte Siedlungen im 20. und 21. Jahrhundert. In: Botsch, G. (ed.) *Jugendbewegung, Antisemitismus und rechtsradikale Politik. Vom Freideutschen Jugendtag bis zur Gegenwart*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.

McCauley, C.; Moskalenko, S. (2011) *Friction. How radicalization happens to them and us*. Oxford: Oxford University Press.

Moghaddam, F. (2005) The staircase to terrorism: a psychological exploration. In: *The American psychologist* 60(2): 161-169.

Mouffe, C. (2009) *Exodus und Stellungskrieg, die Zukunft radikaler Politik*. Wien: Turia+ Kant.

Neumann, P. (2013) The trouble with radicalization. In: *International Affairs* 89 (4): 873-893.

Neumann, P. (2016) *Der Terror ist unter uns. Dschihadismus, Radikalisierung und Terrorismus in Europa*. Berlin: Ullstein.

Paxton, R. (2004) *The anatomy of fascism*. New York: Vintage Books.

Rathje, J. (2017) *Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. Vom Wahn des bedrohten Deutschen*. Münster: Unrast.

Rathje, J. (2018) Die vermeintlichen „Mächte im Hintergrund". Antisemitismus im Milieu von Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Souveränisten. In: Speit, A. (ed.) *Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Reichardt, S. (2017) Radikalisierung. Zeithistorische Anmerkungen zu einem aktuellen Begriff. In: *Geschichte und Gesellschaft* 43: 68-91.

Röpke, A. (2018) Alte Netzwerke für Junge Kader. Die Verbindung Völkischer Familien zur Identitären Bewegung. In: Speit, A. (ed.) *Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Röpke, A.; Speit, A. (2019) *Völkische Landnahme. Alte Sippen, Junge Siedler, Rechte Ökos*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Sedgwick, M. (2010) The Concept of Radicalization as a Source of Confusion. In: *Terrorism and Political Violence* 22(4): 479-494.

Siebert, E. (2015) Völkische Netzwerke. Rechtsextreme 'Nebelstrukturen' Jenseits von Parteien und Vereinen. In: Heinrich, G; Wiersbinski, N.; Kaiser, K.-D. (eds.) *Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten*. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.

Simi, P.; Futrell, R. (2010) *American Swastika. Inside the White Power Movement's Hidden Spaces of Hate*. Blue Ridge Summit: Rowman & Littlefield Publishers.

Snow, D. (2004) Social movements as challenges to authority: Resistance to an emerging conceptual hegemony. In: Myers, D.; Cress, D. (eds.) *Authority in contention*. Amsterdam: Elsevier.

Tilly, C. (1978) *From mobilization to revolution*. Reading: Addison-Wesley.

Wallmeier, P. (2015) Dissidenz als Lebensform. Nicht-antagonistischer Widerstand in Öko-Dörfern. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Sonderband 2015 II: 181-200.

Wallmeier, P. (2017) Exit as critique – Communes and Intentional Communities in the 1960s and today. In: *Historical Social Research* 42(3): 147-171.

Wallmeier, P. (i.E.) *Rückzug als Widerstand – Dissidente Lebensformen in der globalen Politik*. Bielefeld: Transcript Verlag.

Wallmeier, P.; Fielitz, M. (2019) Withdrawal as Dissident Politics. In: Anderl, F.; Daase, C.; Deitelhoff, N.; Pfister, J.; Kempf, V.; Wallmeier, P. (eds.) *Rule and resistance beyond the nation-state: Contestation, Escalation, Exit*. London, New York: Rowman and Littlefield international.

Walzer, M. (1985) *Exodus and Revolution*. New York: Basic Books.

10.6094/behemoth.2019.12.2.1027

Rezension
Review

Jan Klaus Müggenburg: *Lebhafte Artefakte: Heinz von Foerster und die Maschinen des Biological Computer Laboratory* Konstanz: University Press 2018

Das sogenannte Dritte Gesetz des Science-Fiction-Autors Arthur C. Clarke lautet: „Any sufficiently advanced technology is indistinguishable from magic“ (39)**[1]** und lässt sich als Referenz auf die 2018 von Jan Müggenburg vorgelegte Studie anbringen. In *Lebhafte Artefakte: Heinz von Foerster und die Maschinen des Biological Computer Laboratory* entwickelt er eine Diskursgeschichte und Medienarchäologie eben dieses kybernetischen Forschungsinstitutes, das zwischen 1958 und 1976 an der *University of Illinois* existierte. Heinz von Foerster, der Leiter des *Biological Computer Laboratory* (*BCL*), wird von Müggenburg als „zaubernder Kybernetiker“ (267) vorgestellt, der es geschickt verstanden habe, durch regelmäßige Demonstrationen die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit, militärischer Geldgeber und der wissenschaftlichen Community auf seine „kuriose[n] Maschinen“ (15) zu lenken. Für die Kybernetiker des *BCL* sei es bei den Vorführungen ihrer Maschinen, die das Verhalten von Organismen imitieren sollten, wie in der Zauberei um das Spiel mit den Erwartungen und Wahrnehmungsmustern des Publikums gegangen. In spezifischen medialen Konfigurationen und unter der konstitutiven Bedingung des Nichtwissens sollten maschinelle Prozesse als „lebhaft“ (20) wahrnehmbar gemacht werden – also als ein eigenwilliges Verhalten und nicht als vorprogrammierter Ablauf erscheinen. Diese Verkörperung biologischer Funktionen durch Maschinen wurde in der Geschichtsschreibung der Kybernetik, z.B. von Andrew Pickering**[2]**, als ein quasi-magischer Moment beschrieben, der die überlieferten Denkgewohnheiten der Moderne – ihre Dichotomien wie Subjekt-Objekt oder Kultur-Natur – unterläuft. Zu diesen ontologischen Großthesen geht Müggenburg auf Distanz. In seiner Beschreibung von Heinz von Foerster als Zauberer konkretisiert sich sein methodologisches Vorgehen, das historisch nach den medialen, institutionellen und diskursiven Bedingungen für die Beobachtbarkeit bestimmter kybernetischer Wissensansprüche fragt. Zur Beobachtung einer Gegenwart, in der scheinbar intelligente Maschinen das Labor verlassen haben und in zunehmendem Maße in der sozialen Umwelt distribuiert sind, bietet diese Studie über die Wissenschaftsgeschichte hinausgehende Anknüpfungspunkte.

Die titelgebenden lebhaften Artefakte stehen im Fokus von Müggenburgs Arbeit. Dabei handelt es sich um Maschinen, die (theoretisch) analog zu der Funktionsweise neuronaler Netzwerke über eine nicht-triviale interne Organisation verfügen, und sich so an sich verändernde Umwelten anpassen können (vgl. 93ff.). Dieses konkrete Forschungsvorhaben, biologische Computer

[1] Clarke, Arthur C.: "Hazards of Prophecy: The Failure of Nerve." In: Ders.: *Profiles of the Future - An Inquiry into the limits of the Possible*. 2. Aufl., 1973 [1962], Pan Books LTD, London.

[2] Vgl. Pickering, Andrew: Kybernetik und neue Ontologien, Berlin 2007.

zu konstruieren, kontextualisiert der Autor zunächst diskurshistorisch: Nachdem das erste Kapitel die intellektuelle und biographische Entwicklung Heinz von Foersters nachverfolgt, wird im zweiten Kapitel nachgezeichnet, wie das Forscherteam um von Foerster an die Debatten der ersten Welle der Kybernetik anknüpft. Diskursanalytisch argumentiert Müggenburg, dass der Denk- und Möglichkeitsraum biologischer Computer insbesondere durch drei Entwicklungen eröffnet wurde: erstens die Ausweitung des behavioristischen Verhaltensbegriffs, zweitens die formallogische „Synthese von Logik und Physiologie“ (117) sowie drittens die Hinwendung zur Selbstorganisation in der Computerarchitektur. Das medienarchäologische Kernargument der Arbeit wird in Kapitel drei und vier an der konkreten Forschungspraxis im BCL an und mit biologischen Computern entwickelt. Überzeugend rekonstruiert Müggenburg, dass die am Institut entwickelten Artefakte wie der Adaptive Reorganizing Automaton oder der Digital Signal Analyzer als „epistemologische Dinge“ (176) betrachtet werden müssen, die im kybernetischen Diskursraum entstanden, dabei aber nicht auf die technische Umsetzung eines theoretischen Zusammenhangs reduziert werden dürfen. Die konstruierten Maschinen fungierten als Modelle der kybernetischen Theoriebildung, die „jederzeit unerwartete und unvorhersehbare epistemische Effekte“ (180) zeitigen konnten. Als Medien des Forschungsprozesses wiesen diese die Forscher immer wieder auf ihre eigene Funktion als Beobachter der lebhaften Artefakte hin. Diese experimentelle Dynamik hätte die Ausgangslage gebildet für den vor allem in den späteren Jahren des Labors ausgearbeiteten „Beobachterturn“ (33) in der kybernetischen Theoriebildung. „Die Maschinen des BCL wurden konstruiert, um wahrgenommen, beobachtet und interpretiert zu werden.“ (241)

So waren die lebhaften Artefakte nicht nur interpretationsbedürftig, sondern wurden in der Außenkommunikation – mit potenziellen Geldgebern, bei öffentlichen Vorführungen oder in didaktischer Hinsicht – auch immer wieder als interpretationsfordernd in Szene gesetzt. Für Müggenburg muss die Aufgabenstellung der Ingenieure des BCL gerade darin gesehen werden, nicht intelligente und selbst-organisierende Maschinen zu konstruieren, sondern Artefakte, „deren Funktionsweise als Nachahmung dieser postulierten Prinzipien wahrgenommen werden konnte“ (270). Zu diesen Interpretationsleistungen der Betrachtenden gehörte nicht zuletzt ein konstitutives Nichtwissen über das Innere der fraglichen Blackbox. Nicht nur epistemologisch, sondern auch inszenatorisch sei es Heinz von Foersters Leistung gewesen, über das BCL einen institutionellen Ort ins Leben gerufen zu haben, an dem interdisziplinäre Forschung militärischen Geldgebern und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit erfolgreich vermittelt werden konnte. Es ist die Leistung Jan Müggenburgs, die epistemologischen und medialen Bedingungen dieser Episode der Wissenschaftsgeschichte offengelegt zu haben, in der lebhafte Artefakte die Bühne der Wissenschaft betraten. Besonders hervorzuheben ist die methodologische Bemühung Müggenburgs, das Spannungsverhältnis zwischen den wissenschaftspolitischen Erwartungen, den konkreten Ergebnissen sowie den Praktiken und Strategien der Inszenierung aufrechtzuerhalten. Dadurch entsteht keine unmittelbare Nähe zur Jahrzehnte zurückliegenden Geschichte des BCL, aber eine intendierte Verfremdung des technologischen Heute, die in der interdisziplinären Erforschung digitaler Gesellschaften weiter kultiviert werden sollte.

Lebhafte Artefakte leistet eine wertvolle Historisierung des BCL und bietet aufschlussreiche Einsichten in die epistemischen, modellhaften und experimentellen Aspekte zurückliegender kybernetischer Forschungspraxis. Die dazu gewählte distanzierte und distanzierende Herangehensweise an die kybernetischen Ontologien und Artefakte erweist sich als wohltuende Stimmlage im Diskurs um den Status der Kybernetik im Wissen der Moderne. Es wäre wünschenswert gewesen, hätte der Autor am Ende des Buches die Debatte, ob die Kybernetik ein Gegenentwurf oder die Fortführung des modernen Wissens ist, erneut aufgegriffen und im Lichte seiner Ergebnisse systematisch diskutiert. So verbleibt es im Vagen, was genau unter einem ‚modernen Denkstil' verstanden werden muss, wenn der Autor etwa resümierend schreibt, man sollte

> die Maschinen des BCL als epistemologische Agenten einer fundamentalen konstruktivistischen Erkenntniskritik begreifen, anstatt in ihnen Vorboten einer posthumanistischen Weltsicht und die Schwächung moderner Denkstile zu sehen (241).

Damit widerspricht Müggenburg auch dem Protagonisten seiner Forschungsarbeit, Heinz von Foerster, über den er schreibt, er habe in Kybernetik und Systemtheorie „nicht weniger als die Rückkehr eines vormodernen magischen Denkens" (267) erkannt. Diese Ambivalenz in der Bewertung des historischen Status stellt nach wie vor den Faszinationskern der Wissenschafts- und Kulturgeschichte der Kybernetik dar.

Ole Bogner

10.6094/behemoth.2019.12.2.1028

Rezension
Review

Wendy Brown, Peter E. Gordon, Max Pensky: *Authoritarianism. Three Inquiries in Critical Theory*. London: UCP 2018

Wenn in der TRIOS-Reihe der University Press of Chicago ein Buch zum Autoritarismus erscheint, in dem drei Essays der renommiertesten Vertreter_innen der neueren kritischen Theorie versammelt und mit einem gemeinsamen Vorwort versehen sind, dann ist das für alle von Interesse, die das Aufkommen autoritärer Bewegungen und Parteien in Europa und den USA nicht als isoliertes und randständiges Phänomen, sondern als Auswuchs gesamtgesellschaftlicher Dynamiken begreifen und bekämpfen wollen.

Das nach der Jahrhundertwende geradezu nach Revision schreiende Wort Walter Benjamins, nach dem „das Staunen darüber, dass die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert ‚noch' möglich sind, kein philosophisches [sei]" (1), markiert, ihnen vorausgehend, den kritischen und geschichtsphilosophischen Anspruch der Untersuchungen. Als kritische Theoretiker_innen untersuchen die Autor_innen die Metamorphosen kapitalistischer Staats- und Gesellschaftsformationen und theoretisieren auf diese Weise das schwierige Verhältnis zwischen subjektiven Einstellungen und weitreichenden historischen Entwicklungen (vgl. 3). Da sich solche Transformationsprozesse den positivistischen Wissenschaften entziehen, sollen die hier versammelten Untersuchungen die (empirischen) Problemstellungen der gegenwärtigen „democratic crisis approaches" (3) ergänzen.

Somit ist das Problem – so der gemeinsame Ausgangspunkt – nicht nur, dass liberale Demokratien in einer tiefen Krise stecken und zunehmend von antidemokratischen Bewegungen ‚belagert' werden, sondern auch, dass den Sozialwissenschaften die Instrumente und Methoden fehlen, um die darin zum Ausdruck kommenden gesellschaftshistorischen Entwicklungs- und Erosionstendenzen angemessen zu analysieren. Die Krise der (politischen) Repräsentation ist auch eine Krise des etablierten Wissens und Verstehens. An dieser Stelle setzen die Autor_innen an und liefern, wie die Überschrift des Vorworts zu verstehen gibt, drei Ansätze einer „Critical Theory in an Authoritarian Age". Diese theoretische Arbeit verstehen sie als situierte Praxis der Kritik und Analyse, die sie an ein emanzipatorisches Projekt zurückbinden (vgl. 5).

Den Auftakt macht Wendy Brown mit ihrem Essay Neoliberalism's Frankenstein: Authoritarian Freedom in Twenty-First Century „Democracies". Brown zeigt sich irritiert von der geradezu grotesken Transformation liberaler Demokratien. Dabei geht es ihr nicht nur um die zunehmende Popularität autoritärer Bewegungen, sondern grundsätzlicher um die Transformation von Volkssouveränität als solcher (vgl. 7). Neue Fusionierungen aus sozialen,

politischen, technologischen und ökonomischen Kräften würden den liberaldemokratischen Kodex westlicher Gesellschaften zunehmend unterwandern. Vier Jahrzehnte neoliberaler Gouvernementalität und drei Jahrzehnte Finanzmarkt-Kapitalismus hätten, so die Kernthese der Autorin, das Monster der autoritären Freiheit geschaffen: „Freedom becomes a weapon against the needful or historically excluded and paradoxically solicits the growth of statist power in the form of paternal protectionism, both economic and securitarian" (34). Im Zentrum ihrer Argumentation steht die Kritik des neoliberalen Freiheitsbegriffs Hayekscher und Friedmanscher Provenienz und der daraus resultierenden polit- und rechtsökonomischen Programmatiken und Subjektformationen. Diese ergänzt Brown im Rückgriff auf Friedrich Nietzsches Überlegungen zum Zeitalter des Nihilismus und Herbert Marcuses Konzept der repressiven Entsublimierung zunächst moralphilosophisch und dann triebökonomisch.

Einen anderen Ansatz wählt Peter E. Gordon in seinem Essay The Authoritarian Personality Revisited: Reading Adorno in the Age of Trump. Ausgangspunkt seiner Revision der 1950 erschienenen Authoritarian Personality (AP) ist die Kritik psychologisierender Konzeptualisierungen des Autoritarismus. Diese würden, so Gordon, von stabilen psychologischen Variablen ausgehen und diese sozialen und kulturellen Faktoren voranstellen. Dadurch konstruierten Adorno et al. einen neuen anthropologischen Typ und betrieben auf diese Weise eine Verdinglichung der Persönlichkeit. In der AP ließe sich, so die Kernthese Gordons, jedoch ein weitaus radikaleres Argument finden, nach dem die autoritäre Persönlichkeit nicht einfach einen Charaktertypen unter anderen bezeichnet, sondern eine verhängnisvolle Entwicklungsdynamik moderner Gesellschaften zum Ausdruck bringt (vgl. 47). Dieses zweite Argument arbeitet der Autor entlang einer umfassenden Adorno-Lektüre aus. In Zeiten des Trumpismus und Cambridge Analyticas, der Kulturindustrie und faschistischer Propaganda kommt er zu dem Schluss, dass das, was heute in den USA als Politik bezeichnet würde, seine Ursprünge nicht etwa in bestimmten autoritären Persönlichkeitstypen hätte, sondern „in modes of mindless spectacle that may awaken doubt as to whether the ‚mind' remains a useful category of political analysis" (77).

Ähnlich argumentiert Max Pensky in seinem Essay Radical Critique and Late Epistemology: Tocqueville, Adorno, and Authoritarianism. Auch er macht weitverbreitete Überlegungen, die unter den Bedingungen des Neoliberalismus weiterhin von relativ stabilen und rational agierenden Individuen ausgehen, zum Gegenstand seiner radikalen Kritik (vgl. 87) und geht den methodologischen Möglichkeiten einer solchen Kritik nach. Dazu vergleicht er die mikrophänomenologischen Ansätze von Tocqueville und Adorno, die, so die erste Kernthese Penskys, beide – der erste am Anfang und der zweite am Ende der Ära des Liberalismus – die verhängnisvolle Wechselwirkung zwischen Subjektivitätsbildung und den Institutionen des politischen Lebens (vgl. 90) in den Blick nähmen und so Zugang zu einer „postsubjective political landscape" (91) erhielten. Diese Form der Gesellschaftsanalyse zeichnete sich durch einen hohen Grad an Selbstreflexivität aus. Beide Autoren verstünden sich, so Penskys weiter, als Vertreter einer verspäteten Epistemologie, die es ihnen ermöglichen würde, dem totalen Verblendungszusammenhang zu entkommen und autoritäre Kultur- und Subjekttransformationen zu erkennen und zu problematisieren.

Das Buch versammelt eine Vielzahl zentraler Gedanken der klassischen kritischen Theorie und reflektiert diese im Kontext der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Lage insbesondere in den USA. Das ist für all diejenigen von Bedeutung, die ihre Untersuchungen zum Autoritarismus durch kulturwissenschaftliche und politökonomische Analysen ergänzen wollen. Die von allen drei Autor_innen implizit vertretene These, dass es sich beim neuen Autoritarismus in erster Linie um ein massenpsychologisches und kulturindustrielles Phänomen handelt, müsste sich ihrerseits jedoch einer Kritik derjenigen Ansätze stellen, die nicht gänzlich auf individualpsychologische und sozialisationstheoretischen Erklärungsansätze verzichten und/oder ein Augenmerk auf die Länder-, Gruppen- und Situationsspezifik dieser Entwicklungen legen wollen. Für eine solche sozialontologische Grundsatzdiskussion, die angesichts der heterogenen Forschungs- und Erklärungsansätze zur gegenwärtigen Lage des Autoritarismus angebracht erscheint und insbesondere für diejenigen Forscher_innen, die an einer kritischen Sozialforschung zum Thema interessiert sind, ist der Band ein instruktiver Beitrag.

Maurits Heumann

10.6094/behemoth.2019.12.2.1029

Rezension
Review

Sebastian Huhnholz: *Von Carl Schmitt zu Hannah Arendt? Heidelberger Entstehungsspuren und bundesrepublikanische Liberalisierungsschichten von Reinhart Kosellecks Kritik und Krise* Berlin: Duncker & Humblot 2019

Wohl um kaum eine andere Dissertation haben sich so kontroverse Debatten entsponnen wie um Reinhart Kosellecks *Kritik und Krise*. Seine 1953 an der Universität Heidelberg eingereichte und 1959 veröffentlichte Studie, in der er die moralinduzierte Blindheit der Aufklärung gegenüber dem Politischen kritisiert, wurde sowohl als Zeugnis geistigen Totalitarismus als auch des Liberalismus interpretiert. Dabei steht diese Diskussion stets in Beziehung zu Fragen von Kontinuität und Bruch zwischen Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. Auch Koselleck selbst hat sich in späteren Jahren an solchen Deutungsversuchen beteiligt. So verwies er etwa auf den Einfluss, den Hannah Arendts *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* auf die veröffentlichte Fassung von *Kritik und Krise* gehabt habe; die Wahlverwandtschaft mit Arendt sei allerdings weitgehend ignoriert worden, da man ihn ausschließlich als Schüler des in das ‚Dritte Reich' verstrickten Juristen Carl Schmitt abgetan habe.

Es sind solche durch Selbst- und Fremdinterpretationen entstandenen „Deutungskrusten" (18), die Huhnholz aufbrechen möchte. Ihm geht es um die Überprüfung der mit dem Arendt-Vergleich „beanspruchten Liberalität von Kritik und Krise" (34). Dazu will er ermitteln, „was präzise wann geschehen und von wem gedacht" (25) wurde, um mögliche Einflüsse von Schmitt und Arendt auf die Entstehung des Buchs nachzuvollziehen. Aufgelockert wird die primär philologische und prosopographische Argumentation gelegentlich durch treffende wissenssoziologische Bemerkungen über das „Heidelberger Ideenlaboratorium" (17) der Nachkriegszeit.

Diese Grundideen sowie seine Kritik am Großteil der Koselleck-Forschung, die nach dem Muster „biographiepolitische[r] Psychologisierung" (49) eine Entwicklung Kosellecks vom Schmittianer zum Liberalen konstatiere, ohne die Eigenständigkeit seines Denkens anzuerkennen, entwickelt Huhnholz in den ersten drei Kapiteln. Dem Einfluss Schmitts auf *Kritik und Krise* wendet er sich im umfangreichsten, vierten Kapitel zu; auf dieses folgen drei weitere Kapitel zum Verhältnis des frühen Koselleck zu Arendt. Das letzte Kapitel fasst die Ergebnisse zusammen und kommt zum Schluss, dass die Betonung des Einflusses Arendts in erster Linie ein Mittel zur liberalen Selbstdeutung Kosellecks gewesen ist.

Huhnholz prüft zunächst den Einfluss Schmitts auf Koselleck. Dabei stellt er fest, dass der engere Kontakt zwischen beiden in eine Zeit fällt, in der die Grundlinien seiner Dissertation bereits feststanden. Die Kritik am utopischen Denken übernimmt er nicht allein von Schmitt, sie war vielmehr ein zeittypisches Thema, das auch von akademischen Lehrern Kosellecks wie Johannes Kühn und Karl Löwith verhandelt wurde. Schmitt erscheint in Huhnholz' Darstellung entsprechend eher als Stichwortgeber und anregender Gesprächspartner Kosellecks, von dem beispielsweise das „Paradigma" (69) vom Weltbürgerkrieg stammte, demzufolge sich im Kalten Krieg zwei Spielarten des in der Französischen Revolution siegreichen aufklärerischen Denkens entgegenstehen. Anders als Schmitt wollte Koselleck aber nicht selbst Partei im Weltbürgerkrieg ergreifen, sondern kritisierte „Terror im Namen kollektivistischer Tugend und dessen Bekämpfungen" (82). Huhnholz macht an diesem Beispiel klar, dass sich die Wirkung Schmitts auf Koselleck vor allem auf die methodische Ebene beschränkt. In *Kritik und Krise* „politischen Schmittianismus" (132) oder gar einen neokonservativen Angriff auf die junge Bundesrepublik zu erkennen, wie es manche Interpretatoren unterstellen, ist hingegen, wie Huhnholz zutreffend festhält, falsch.

Um den Einfluss Arendts auf den frühen Koselleck zu prüfen, geht Huhnholz in zwei Schritten vor. Zunächst versucht er akribisch, Arendts Reiseplan für 1956 und 1958 in Europa zu rekonstruieren, um Kosellecks Aussage zu überprüfen, er habe Arendt 1956 für einen Vortrag nach Heidelberg eingeladen. Am Ende steht das vage Ergebnis, dass ein Besuch Arendts in beiden Jahren nicht belegt, ein Vortrag 1958 aber nicht gänzlich auszuschließen ist. Dieser Aufwand Huhnholz' überrascht, beschränkt sich doch die von Koselleck erwähnte Auseinandersetzung mit Arendt in *Kritik und Krise* auf eine einzige Endnote. Zweifel daran, dass Arendts *Elemente und Ursprünge* maßgeblichen Einfluss auf die Überarbeitung hatten, sind also begründet und werden von Huhnholz in einem zweiten Schritt bestätigt, indem er Kosellecks Kritik an Arendts Hobbes-Auslegung in der entsprechenden Endnote darlegt. Entscheidend ist hier, dass Arendt in Hobbes bereits einen Vorläufer des Totalitarismus erkennt. Koselleck besteht hingegen mit Schmitt darauf, dass die Wurzeln der totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts im Widerstand gegen Hobbes' Forderung nach dem unbedingten Gehorsam gegenüber dem Souverän liegen. Trotz der gemeinsamen antitotalitären Stoßrichtung von Arendt und Koselleck gab es, das macht Huhnholz über diese Gegenüberstellung deutlich, keine Liberalisierung von *Kritik und Krise* durch eine Lektüre Arendts. Stattdessen interpretiert Huhnholz die Arendt-Kritik als sachlich begründeten Versuch Kosellecks, seine Eigenständigkeit auszuweisen: Indem er Arendt mit Schmitt kritisiert, ohne diesen zu nennen, erscheint seine Haltung „nicht mehr als übernommene, sondern als eine aus selbstständiger Gegenargumentation eigens entwickelte." (141)

Für Huhnholz war Koselleck also weder jemals bloßer Schmittianer, noch hat er sich durch Arendt zum Liberalen verwandelt. Die Stoßrichtung der Studie, Koselleck nicht als bloßen Adepten Schmitts darzustellen, ist ebenso berechtigt wie die Frage nach dem Einfluss Arendts, den die Forschung oft ungeprüft übernimmt. Über die Konstellation dieser drei Denker gelingt es Huhnholz außerdem stellenweise ein größeres geistesgeschichtliches Bild der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit zu zeichnen, sodass er seine eigene recht enge philologische Fragestellung übersteigt. Insbesondere werden über Koselleck mit Schmitt und Arendt zwei auch heute noch

wirkmächtige Konzeptionen des Politischen in Beziehung gesetzt und erstaunliche Nähen – etwa in ihrer Liberalismus- und Imperialismuskritik – zwischen beiden aufgezeigt. Zwei Kritikpunkte lassen sich jedoch anführen: Zum einen ist zweifelhaft, ob das philologische und prosopographische Vorgehen immer ergiebig ist. „[W]ild spekulierend denkbar[e]“ und „rein hypothetische“ (137) Überlegungen, die aus Briefen und Reiseberichten abgeleitet werden, laden eher zu weiterer Spekulation ein. Zum anderen überrascht der oft scharfe Ton, mit dem – wenn auch nicht immer treffende – Kritiken an Koselleck etwa als „Mäkeleien“ (44) abgetan werden, da sie die Eigenständigkeit der Kosselleckschen Position verfehlten. Ganz gelingt es also auch Huhnholz nicht, sich dem Gravitationsfeld dieser Dissertation, das zur Parteinahme auffordert, zu entziehen.

Lukas Potsch

10.6094/behemoth.2019.12.2.1030

Rezension
Review

Jürgen Link: *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne. Krise, New Normal, Populismus.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018

Mit *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne* (2018) legt Jürgen Link ein Werk vor, in dem er seine vielbeachtete Theorie des Normalismus weiterdenkt. In den gut 20 Jahren seit dem *Versuch über den Normalismus* (1996) hat sich die von Jürgen Link diagnostizierte normalistische Gesellschaft gewandelt und so bedarf es einer analytischen Aktualisierung: Die Emergenz des ‚Normalen', wie sie erst durch die Verdatung und statistische Erfassung der Bevölkerung und der Umwelt seit dem 19. Jahrhundert möglich war, führt zu einer normalistischen Subjektivierung, die Individuen anleitet, sich stets an der Mitte zu orientieren. Die (fluiden) Grenzen des Normalspektrums bilden dabei die zu meidenden Demarkationslinien, denn die Denormalisierung wird zum modernen Schreckgespenst, welches seine Wirkmacht sowohl auf der individuellen als auch auf der Ebene der Bevölkerungspolitik entfaltet. Im vorliegenden Band stellt Link nun die Frage nach der Persistenz des epochal dominanten Normalismus angesichts der Krisenkaskaden des 21. Jahrhunderts wie der „Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 ff." oder der „Flüchtlings- und Populismuskrise von 2015 ff." (21). Hierfür erweitert er die Normalismustheorie um einen operativen Antagonismusbegriff, welcher den Blick auf die Postmoderne in ihrer zeitdiagnostischen Ambivalenz schärfen kann: Lässt sich eine Tendenz zu einer „definitiven Normalisierung des Globus", also zu einer historischen Antagonismuslosigkeit erkennen oder weist insbesondere das krisenhafte 21. Jahrhundert auf eine Ausbreitung von Antagonismen und damit auf eine „definitive[] Denormalisierung" (18) hin?

Der rund 430 Seiten starke Band soll dabei zugleich kulturwissenschaftlich-theoretische Abhandlung wie auch gegenwartsdiagnostische Studie sein (17). Grob lassen sich die sechsundzwanzig Kapitel in diese beiden Ansprüche unterteilen: Zunächst (Kapitel 1 bis 9) kontextualisiert Link die Verknüpfung von Normalismus und Antagonismus zeitlich vor der Folie von Moderne und Postmoderne. Kapitel 10 bis 14 sind der Rekapitulation und Aktualisierung der Normalismustheorie gewidmet, in die nun Antagonismuskonzepte eingearbeitet werden. Im zweiten Block (Kapitel 15-16) konfrontiert Link seine Thesen mit aktuellen politischen Themen – Finanzkrise (Kapitel 17), Big Data (Kapitel 18) oder Nachhaltigkeitsdebatte (Kapitel 25) –, denkt seine Theorie mit ‚fünf Normalitätsklassen' auf einer globalen Skala weiter (Kapitel 16, 21) und zeichnet einige prognostische Szenarien (Kapitel 24-26).

Den titelgebenden *Antagonismus* bringt Link als Komplementärbegriff zum Normalismus in Stellung. Letzteren bestimmt er als „Dispositivnetz zur Vermeidung oder sogar Beseitigung von Antagonismen" (18). Die zentrale theoretische sowie praktische Frage ist die nach dem Auftauchen, der Lebensdauer und der Beschaffenheit von Antagonismen unter normalistischen Bedingungen: Um sich der Analyse der Verhältnisse zu nähern, schlägt Link ein *zyklologisches Modell* vor, in dem Geschichte als plurale Reproduktion verschiedener Zyklen verstanden wird. Diese Vielzahl von Zyklen – wie der des Wissens (in Form von Diskursen), der Technik oder der Massenproduktion – ergeben zusammen das „zyklologische Kombinat der Moderne" (98). In der Reproduktion dieser Zyklen sind Reibungen und Konflikte vorprogrammiert. Wenn sich diese jedoch zu manifesten Störungen innerhalb eines Zyklus oder zwischen zwei/mehreren Zyklen ausweiten, können sie als Antagonismen verstanden werden (101).

In der zweiten Hälfte des Bandes zeigt Link das analytische Potenzial der aktualisierten Theorie: Anhand des Verlaufs der 2007 beginnenden ‚Finanzkrise' in Bezug auf die „Normalisierungsdiktatur" (274) der EU gegenüber Griechenland arbeitet Link die Machtstrukturen im Streben nach Normalisierung heraus. Das Ideal der quasi-natürlichen Normalverteilung wird durch die lenkenden Eingriffe ad absurdum geführt, indem eine definierte Normalität herbeireguliert wird. Auf Seiten der diktierenden Akteure (der EU und insbesondere Deutschland) diagnostiziert Link letztlich dieselben hektischen Versuche zur Wiederherstellung einer Normalität, die allerdings – und das ist die Brisanz dieser Diagnose – seit 2007 nie mehr erreicht wurde. Vielmehr handelt es sich um „gekaufte Zeit" (Streeck, zit. 276), die einen manifesten Antagonismus verhindern beziehungsweise aufschieben soll. Im Endeffekt stehen alle weiteren Krisen des 21. Jahrhunderts nach Link in Zusammenhang mit eben dieser (blinden) Dominanz des Normalismus und beschreiben Reibungen in der zyklischen Reproduktion (Flüchtlingskrise: sozialer Zyklus, Populismuskrise: politischer Zyklus, Konjunkturkrise: ökonomischer Zyklus etc.). So lässt sich die Pluralität der genannten Krisen in Links zyklologischem Modell sowohl detailliert als antagonistische Hiate zwischen oder innerhalb verschiedener Zyklen analysieren als auch in der Kopplung der Zyklen als verschleierte Megakrise der normalistischen Gesellschaft betrachten. Die Postmoderne wird so – entgegen der von Francis Fukuyama prominent vertreten These der Antagonismuslosigkeit – als Dauerkrise beschreibbar. In diesem Sinne formuliert Link abschließend drei Szenarien: die Etablierung eines New Normal als Status, der das Krisenhafte integriert oder zumindest auf Zeit spielt (376f.), die multiple Eskalation von Reproduktionszyklen, welche in düsteren Prognosen von lokaler wie globaler Bellisierung und Notstandsregimen münden (378-393) und das Szenario eines Transnormalismus (397-404). Letzterer steht für einen „Ausweg aus der exponentiellen Wachstumsdynamik der profitzwanggetriebenen westlichen Moderne", (400) ohne der „Illusion einer Flucht aus der conditio moderna" (400) aufzusitzen. Im finalen Kapitel (405-431) lotet Link affirmativ die aktuellen Möglichkeiten dieser, wie er betont, notwendigen ‚transnormalistischen Alternative' aus.

Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne trägt den zeitgenössischen Tendenzen, die den Normalismus des 20. Jahrhunderts konfrontieren, Rechnung. Die Auswirkungen des Normalitätsdispositivs auf Kollektivsymbolik, Regierungstechnologien und Subjektanrufung lassen

sich eindrücklich aufzeigen und spiegeln sich in der Diversität der angeführten Analysegegenstände wider. Das zeitdiagnostische Potenzial beschränkt sich dabei nicht auf die Studie eines Milieus oder anderer Rahmenfokussierungen, sondern nimmt ein allumfassendes, genuin modernes Phänomen in den Blick. Der Preis eines dermaßen umfassenden Erklärungsanspruchs ist jedoch eine gewisse Beliebigkeit, womit eine Grundproblematik des Normalismus als Diagnose und zugleich theoretisches Konzept erhalten bleibt: Der Normalismus durchdringt alles, sodass auch alles anhand des Normalismus analysierbar wird. Das ermöglicht zwar weitreichende Aufschlüsse über die Mechanismen der Lenkung und Subjektivierung – was ohne Vorbehalte zu würdigen ist – erschwert jedoch den Zugang zu nicht-normalistischen Tendenzen sowie den darunter liegenden Machtstrukturen. Im Vokabular der ‚irreversiblen Denormalisierung' findet keine Aufhebung des Normalismusgedankens statt, sondern es wird eine normalistische Dystopie umschrieben, die die Normalität als Referenzpunkt beibehält, womit unsagbar bleibt, wie eine Welt oder auch nur soziale Elemente jenseits des Normalismus aussehen (könnten). Auch die erwähnte ‚transnormalistische Alternative' verpflichtet sich den normalistischen Termini und lässt offen, ob es sich in der Wortwahl um das *Ergebnis* der Gegenwartsdiagnose handelt oder ob hier politisch-analytische *Operatoren* vorgeschlagen werden. Insgesamt hätte die Normalismustheorie von einer Thematisierung ihrer eigenen Grenzen gewonnen, was viele Anknüpfungspunkte für weitere Analysen liefern könnte. Nichtsdestoweniger stellt der vorliegende Band eine beeindruckende konzeptionelle Erweiterung und Aktualisierung der Normalismustheorie dar. Das Buch bietet eine bemerkenswerte Fülle an thematischen Kommentaren, die sich in der zweiten Hälfte des Buches informativ und anregend lesen, im Theorieteil allerdings fragmentarisch und mitunter assoziativ bleiben und gespickt mit vielen Neologismen der kohärenten Theorieentwicklung eher entgegenstehen. Dadurch schöpft der kulturwissenschaftlich-theoretische Teil des Buches sein Potenzial nicht aus. Sehr ergiebig ist jedoch die gegenwartsdiagnostische-aktualhistorische Ebene des Bandes, die sich in der zweiten Hälfte der Studie beeindruckend entfaltet.

Florentine Schoog